Zeitschrift: Zeitschrift für schweizerisches Recht = Revue de droit suisse = Rivista di diritto svizzero = Revista da dretg svizzer : Halbband II. Referate und Mitteilungen des SJV

Herausgeber: Schweizerischer Juristenverein

Band: 61 (1942)

Rubrik: Übersicht über die schweizerische Rechtsgesetzgebung des Jahres 1941

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 24.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Übersicht über die schweizerische Rechtsgesetzgebung des Jahres 1941

unter Mitwirkung von

Prof. H. Fritzsche, Dr. R. v. Segesser und Dr. H. Stofer

herausgegeben von

Dr. Alfred Chevalier (Basel) und
Dr. Walter Flügel (Basel)

Der Raumersparnis halber sind die stereotypen Teile der Überschriften der Erlasse abgekürzt und meist umgestellt worden.

Abkürzungen:

B	=	Beschluss	CSt	=	Consiglio di Stato
BB	=	Bundesbeschluss	GrR	=	Grosser Rat
BG	=	Bundesgesetz	GrC	=	Grand Conseil Gran Consiglio
BRB	=	Bundesratsbeschluss	KBl	=	Kantonsblatt
BBl	=	Bundesblatt	KRB	=	Kantonsratsbeschluss
B. o.	=	Bollettino officiale, Bulletin officiel	LRB	=	Landratsbeschluss
VO	=	Verordnung	LdgB	=	Landsgemeindebeschluss
VVO	=	Vollziehungsverordnung	RRB	=	Regierungsratsbeschluss
Vfg	=	Verfügung	ABl	=	Amtsblatt, für Zürich: Textteil
A	=	Arrêté	F. o.	=	Feuille officielle Foglio officiale
D	=	Dekret, Décret, Decreto	LB	=	Landbuch
D esec., leg.	=	Decreto esecutivo, legislativo	StR	=	Staatsrat
G	=	Gesetz			
CE	=	Conseil d'Etat			

Erster Teil.

Eidgenössisches Recht.

(Die Seitenzahlen beziehen sich auf N. F. Band 57 der eidg. Gesetzessammlung.)

I. Internationale Kollektivverträge.

Internationales Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen vom 27. Juli 1929.

1. Ratifikation durch *Kolumbien.* 12. Juni. S. 728.

Internationales Abkommen über die Betäubungsmittel vom 19. Februar 1925.

2. Beitritt *Paraguays*. 18. Juli. S. 944.

Internationales Abkommen zur Beschränkung der Herstellung und zur Regelung der Verteilung der Betäubungsmittel, vom 13. Juli 1931.

3. Ratifikation *Paraguays*. 17. Juli. S. 911.

Internationales Übereinkommen über Unfallverhütungsvorschriften bei Hochbauarbeiten, abgeschlossen in Genf am 23. Juni 1937.

4. Ratifikation durch die Schweiz. BB 20. Juni 1939. S. 903 (und Eidg. GS 56 S. 953).

Mindestvorschriften, die der Unfallverhütung dienen sollen (zum Schutz der Arbeitnehmer in bezug auf Gerüste, Hebevorrichtungen). Das Abkommen erhält die Form eines „Entwurfs" und ist begleitet von einer „Empfehlung" von Mustervorschriften. Die Durchführung soll nicht durch eine allzu starre Fassung erschwert werden. Immerhin verpflichten sich die Vertragsstaaten zu einer entsprechenden Gesetzgebung, daneben zur Erstattung von Berichten und zur Lieferung statistischer Angaben an das Internationale Arbeitsamt.

Internationales Abkommen über die Unterdrückung des Handels mit volljährigen Frauen, vom 11. Oktober 1933.

5. Beitritt der *Türkei*. 3. April. S. 352.

II. Staatsverträge.

6. *Vereinbarung mit Liechtenstein über die Regelung der fremdenpolizeilichen Beziehungen, abgeschlossen in Bern am 23. Januar 1941.* Inkrafttreten 1. Februar 1941. S. 93.

7. *Zweites Zusatzabkommen zum Abkommen über den deutsch-schweizerischen Verrechnungsverkehr vom 9. August 1940.* Abgeschlossen am 18. Juli. S. 777.

8. *Notenwechsel über den Rechtshilfeverkehr in Zivil- und Strafsachen, Beglaubigungswesen, Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und Schiedssprüchen im Verhältnis der Schweiz zum Deutschen Reich, vom 30. Juni.* S. 861.

Feststellung der Anwendbarkeit des Zivilprozessübereinkommens und diverser früherer Staatsverträge auf die Reichsgaue der Ostmark, den Reichsgau Sudetenland und das Protektorat Böhmen und Mähren.

9. *Fünfzehnte Zusatzvereinbarung zu dem deutsch-schweizerischen Abkommen über den gegenseitigen Warenverkehr, abgeschlossen am 18. Juli.* Inkrafttreten 15. August. S. 813 (mit Schlussprotokoll).

Zollvereinbarungen bezüglich Vanillin, Lichtmaschinen, Magnetzündapparate.

10. *Übereinkommen zwischen der Schweiz und Deutschland betreffend den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenschutz, vom 13. April 1892/26. Mai 1902.* Notenwechsel 9. Oktober. S. 1180.

Anwendung des Uebereinkommens auf Ostmark etc.

11. *Zusatzprotokoll zum Handelsvertrag zwischen der Schweiz und Italien vom 27. Januar 1923, unterzeichnet am 20. Juni 1936.* Vorläufiges Inkrafttreten 1. Juli 1936. S. 1012.

12. *Zusatzabkommen vom 14. Juni 1941 zur Vereinbarung über den Zahlungsverkehr im Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr zwischen der Slowakei und der Schweiz vom 15. Juli 1939.* S. 956.

Verlängerung der Geltung und Ergänzungen.

13. *Übereinkunft mit Dänemark über die Behandlung der gegenseitigen Finanzforderungen.* Abgeschlossen in Bern am 6. März. Inkrafttreten 6. März. S. 253.

14. *Zweites Protokoll zum Abkommen vom 5. Juli 1939 über den Waren- und Zahlungsverkehr zwischen der Schweiz und Ungarn.* Abgeschlossen in Budapest am 10. Dezember 1940, unterzeichnet in Bern am 27. Dezember 1940. Inkrafttreten: 16. Dezember 1940. S. 106.

15. *Drittes Protokoll zum Abkommen vom 5. Juli 1939 über den Waren- und Zahlungsverkehr zwischen der schweiz. Eidgenossenschaft und Ungarn, unterzeichnet in Bern am 26. Mai.* Inkrafttreten 1. Juli. S. 955.

Verlängerung der Geltung des früheren Abkommens über diesen Gegenstand (von 1939) bis zum 30. September 1941.

16. *Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr zwischen Ungarn und der Schweiz, vom 11. Oktober.* Inkrafttreten 1. Oktober 1941. S. 1200.

17. *Clearing-Abkommen zwischen der Schweiz und Bulgarien, abgeschlossen in Sofia am 22. November 1941.* Inkrafttreten 1. Dezember 1941. S. 1365.

18. *Vereinbarung mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den Warenverkehr.* Abgeschlossen in Moskau am 24. Februar. Inkrafttreten 1. März. S. 255.

19. *Zusatzvertrag zum Auslieferungsvertrag zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika, abgeschlossen in Bern am 31. Januar 1940.* Inkrafttreten 8. April 1941. Genehmigt durch BB vom 18. September 1940. S. 397, 398.

Beifügung von Erpressung in die Liste der Auslieferungsdelikte. Ferner Einfügung von Frauen- und Kinderhandel, Freiheitsberaubung und Entführung (an Stelle der bisherigen Umschreibung: Menschenraubs, Entführung von Minderjährigen).

20. *Handelsabkommen zwischen der Schweiz und der Republik Uruguay, abgeschlossen in Montevideo am 4. März 1938.* Inkrafttreten 21. Oktober 1941. S. 1135.

III. Staatsrecht.

21. *BRB über Aenderung der Vorschriften über Erwerb und Verlust des Schweizerbürgerrechts vom 11. November.* S. 1257.

Der Entscheid über die Erteilung der bundesrätlichen Bewilligung zur Aufnahme ins Schweizerbürgerrecht wird der Polizeiabteilung überwiesen. Sie soll einen Ausländer nur aufnehmen, wenn er sich den schweizerischen Anschauungen angepasst hat und wenn erwartet werden kann, dass er ein zuverlässiger Schweizer werde.

Bei der Aufnahme wenig bemittelter Ausländer, die in der Schweiz aufgewachsen sind, besteht die Möglichkeit, dass die Bundesbehörde eine Garantieerklärung abgibt, wonach der Bund allfällige Armenleistungen, die für den Aufgenommenen innert der nächsten 15 Jahre aufzubringen sein werden, zur Hälfte zurückvergütet.

Dem Justiz- und Polizeidepartement wird sodann die Befugnis eingeräumt, eine vollzogene Einbürgerung innert 10 Jahren als nichtig zu erklären, falls der Bewerber unrichtige Auskünfte erteilt hat oder falls er eine unschweizerische Gesinnung an den Tag legt. Das Justiz- und Polizeidepartement kann auch den durch Eheschluss mit einem Schweizer eingetretenen Bürgerrechtserwerb innert fünf Jahren hinfällig erklären, wenn der Eheschluss offenkundig die Umgehung der Einbürgerungsvorschriften bezweckte.

Gegenüber Doppelbürgern, die noch das Bürgerrecht eines ausländischen Staates besitzen, kann der Entzug des Schweizerbürgerrechtes verfügt werden, falls ihr Verhalten den Interessen oder dem Ansehen der Schweiz erheblich nachteilig ist.

Im Beschluss wird sodann ausdrücklich anerkannt, dass Schweizerinnen, die einen Ausländer heiraten, dann das Schweizer Bürgerrecht nicht verlieren, wenn sie andernfalls unvermeidlich staatenlos würden. Hat die Frau die Möglichkeit, durch Abgabe einer Erklärung oder Stellung eines Gesuches die fremde Staatsangehörigkeit zu erwerben und tut sie dies nicht, so wird ihr in diesem Fall das Schweizerbürgerrecht nicht erhalten, auch wenn sie staatenlos wird. Absätze 3 und und 4 von Art. 5 regeln die Stellung von ehelichen Kindern solcher Schweizerinnen.

Zugleich wird die Passverordnung von 1928 dahin geändert, dass einem Schweizer der Pass verweigert oder entzogen werden könne, wenn von seinem Aufenthalt im Ausland eine erhebliche Verletzung oder Gefährdung staatlicher Interessen zu befürchten sei.

Für die Dauer des BRB werden sodann die Art. 4, Abs. 3, 8 Abs. 2, Art. 11 und 12 des Bürgerrechtsgesetzes ausser Wirksamkeit erklärt. A. C.

IV. Zivilrecht. Prozessverfahren. Zwangsvollstreckung.

22. *BG über die Heimarbeit, vom 12. Dezember 1940.* S. 1461. Inkrafttreten 1. April 1942.

Wie schon das Bundesgesetz über die Handelsreisenden, will auch dieses Bundesgesetz das Obligationenrecht insofern erweitern, als es Vorschriften für ein spezielles Arbeitsdienstverhältnis, die Heimarbeit, aufstellt. Das Obligationenrecht kommt auf die Heimarbeit insofern zur Anwendung, als das Spezialgesetz nicht besondere Bestimmungen enthält. Charakteristikum dieses Gesetzes ist, dass die Verletzung der meisten darin festgesetzten (zivilrechtlichen?) Verpflichtungen mit Strafe (Busse bis 1000 Fr.) geahndet wird, es treten nicht bloss zivilrechtliche Folgen ein. Das Gesetz erhält damit einen gewissen polizeilichen Charakter. Hervorzuheben sind aus dem Inhalt des Gesetzes die Verpflichtung des Arbeitgebers, vor der Arbeitsaufnahme die Vertrags- und Arbeitsbedingungen bekanntzugeben, der Ausschluss von Kindern bis zum vollendeten 15. Altersjahr, das Verbot der Ausgabe und Abnahme von Heimarbeit an Sonn- und Festtagen, die Pflicht des Arbeitgebers, Lieferfristen so zu bemessen, dass in der Nachtzeit und während des Sonntags nicht gearbeitet werden muss. Für die Auszahlung der Entlöhnungen werden bestimmte Fristen gesetzt. Ferner sind stets Abrechnungen auszustellen. Das Gesetz sieht im weiteren die Schaffung von Fachkommissionen für die einzelnen Erwerbszweige vor, denen es obliegt, die Verhältnisse zu studieren und den Bundesbehörden Anregungen zu unterbreiten. Insbesondere ist es ihre Aufgabe, bei der Beobachtung ungenügender Löhne die Festsetzung von Minimallöhnen zu beantragen. Dem Bundesrat steht der Erlass entsprechender Verordnungsvorschriften zu. Ferner kann er bestehende Gesamtarbeitsverträge und Lohntarife für alle Angehörigen bestimmter Erwerbszweige allgemeinverbindlich erklärten. Hiebei kann er auch auf andere Betriebsgruppen übergreifen, die im gleichen Erwerbszweig tätig sind, um Ungleichheiten zu vermeiden.

Zur Kontrolle haben sich die Arbeitgeber in das im Wohnsitzkanton geführte Register eintragen zu lassen; sie haben über ihre Heimarbeiter Verzeichnisse zu führen.

Gemäss Art. 23 bleiben neben den bundesrechtlichen Bestimmungen weiter in Geltung die kantonalen Vorschriften über die Arbeitszeit der Heimarbeiter etc. A. C.

23. *BRB über die Bewertung von Obligationen, Pfandbriefen und dauernden Beteiligungen, vom 14. Januar.* S. 28.

Erleichterungen für die Bilanzaufstellung von Unternehmen. (Einsetzung höherer Kurse unter Anbringung eines entsprechenden Vermerks; Verwendung des Jahreserträgnisses; Beschränkung der Gewinnausschüttung auf 4% des einbezahlten Grundkapitals).

24. *VO über vorübergehende Milderungen der Zwangsvollstreckung.* BR 24. Januar. S. 61.

Notstundung. Rechtsstillstand wegen Militärdienstes. Pfändungsbeschränkungen. Aufschiebung der Verwertung. Ausschluss der zweiten Steigerung, Verschiebung der Konkurseröffnung (um

drei Monate). Verlängerung der Frist zur Bezahlung des Mietzinses. Erstreckung der Auflösung des Mietvertrages. Nachlassvertrag.

25. *BG betreffend die Verwertung von Urheberrechten, vom 25. September 1940.* Inkrafttreten 15. Februar 1941. S. 117.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nötig für öffentliche Aufführung musikalischer Werke; berechtigt kann nur ein einziger Personenverband werden. Ernennung einer Schiedskommission (zur Genehmigung eines Tarifs etc.).

26. *VVO dazu.* BR 7. Februar. S. 121.

27. *Abänderung der VO vom 20. Februar 1918 betreffend die Gläubigergemeinschaft bei Anleihensobligationen.* BR 24. März. S. 343.

Aufstellung von abweichenden Vorschriften für die Obligationen von Unternehmungen, die lediglich die Liquidation anderer Unternehmungen bezwecken und für die ein Kanton die Haftung übernommen hat.

28. *VO über die Beurkundung von Todesfällen im aktiven Militärdienst.* BR 4. April. S. 345.

29. *Verlängerung der Antragsfrist für Versicherungs- und Kreditgenossenschaften betreffend Weitergeltung des alten Rechtes.* BRB 13. Mai. S. 553.

Erstreckung der in Art. 2, Abs. 4, der Schluss- und Uebergangsbestimmungen festgesetzten Frist bis 30. Juni 1942.

30. *Moratorium zugunsten in Spanien niedergelassener Personen in Sachen des gewerblichen Eigentums.* BRB 4. März 1938. Inkrafttreten 29. Mai 1941. S. 597.

Wiederherstellung der wegen Nichtbezahlung von Gebühren schon erloschenen Patente etc.

31. *BG über das Anstellungsverhältnis der Handelsreisenden, vom 13. Juni.* S. 1049. Inkraftsetzung auf 1. Januar 1942. S. 1057.

Mit diesem Bundesgesetz wird ein weiterer Vertragstyp, eine Abart des Dienstvertrages, neben den im Obligationenrecht geregelten Vertragsverhältnissen Gegenstand der gesetzlichen Regelung. Art. 1 enthält die Begriffsbestimmung des Reisenden. Wer sich nur nebenbei als Reisender betätigt, also nicht vorwiegend, oder wer auf eigene Rechnung als Reisender tätig ist, fällt nicht unter das Gesetz. Soweit das Bundesgesetz keine Regelung trifft, findet auf das Anstellungsverhältnis das Obligationenrecht Anwendung. Das Anstellungsverhältnis „ist durch schriftlichen Vertrag zu regeln" (Art. 3). Geschieht dies nicht, so entsteht das Anstellungsverhältnis gleichwohl, doch finden die im Gesetz aufgestellten subsidiären Vorschriften Anwendung und im weiteren gelten die „üblichen Anstellungsbedingungen". Schriftlich zu regeln sind: a) Dauer und Beendigung, b) Vollmachten, c) Entgelt und Auslagenvergütung, d) anwendbares Recht und Gerichtsstand, wenn eine Vertragspartei ihren Wohnsitz im Ausland hat.

Nicht überall wäre klar zu erkennen, welche Bestimmungen des Gesetzes als zwingendes, auch durch schriftliche Vertragsabrede nicht abänderbares Recht zu gelten haben, sofern nicht der Art. 19 die zwingenden Bestimmungen einzeln bezeichnete. In gewissen Fällen ist eine freie Abrede nur innert eng gezogenen Schranken zulässig. Nicht vereinbart kann z. B. werden, dass der Reisende für die Zahlung von Verbindlichkeiten von Kunden einzustehen habe (Delcredere), Art. 6, immerhin ist es gestattet, den Reisenden, der zum Abschluss und nicht bloss zur Vermittlung von Geschäften ermächtigt ist, einen Viertel des bei einem einzelnen Geschäft eintretenden Schadens tragen zu lassen, sofern dem Reisenden eine angemessene Delcredere-Provision vergütet wird. Im Zweifel (d. h. ohne anderslautende schriftliche Abrede) darf der Reisende Geschäfte nur vermitteln (nicht auch im Namen des Dienstherrn abschliessen). Die Art. 8 bis 15 regeln die Rechte und Pflichten des Dienstherrn. Das Entgelt muss stets aus einem festen Gehalt, kann nicht nur aus Provision bestehen. Immerhin ist auch dies zulässig, sofern dies schriftlich vereinbart wird und die Provision ein angemessenes Entgelt für die Dienstleistung des Reisenden ergibt. Bei Zuteilung eines bestimmten Reisegebietes ist die Provision stets verdient, wenn zwischen dem Geschäftsherrn und einem Kunden dieses Geschäftskreises ein Geschäft zum Abschluss gelangt, wenn auch ohne seine Mitwirkung (also auch dann, wenn es der Dienstherr selber abschliesst). Der Anspruch auf die verdiente Provision fällt nachträglich dahin, wenn das Geschäft vom Dienstherrn ohne sein Verschulden nicht ausgeführt wird oder wenn der Kunde seine Verbindlichkeiten nicht erfüllt. Geregelt werden im weiteren die Fälligkeit der Entgeltforderung des Reisenden und die Art der Abrechnung, die Bemessung des Entgeltes bei Verhinderung des Reisenden infolge von Krankheit etc., der Auslagenersatz durch den Dienstherrn. Der Reisende besitzt für seine fälligen Ansprüche aus dem Anstellungsverhältnis, bei Zahlungsunfähigkeit des Dienstherrn auch für die nicht fälligen Ansprüche, ein Retentionsrecht an den beweglichen Sachen und Wertpapieren gemäss ZGB 895—898, sowie an den auf Grund einer Inkassovollmacht entgegengenommenen Zahlungen von Kunden. Im Abschnitt „Beendigung" regelt das Gesetz das Kündigungsrecht, die Ansprüche des Reisenden bei der Beendigung des Anstellungsverhältnisses und die Rückgabepflichten der beiden Parteien. Beim Dienstherrn handelt es sich hiebei um die Verpflichtung, eine allfällige Kaution zurückzugeben (eventuell sie gerichtlich zu hinterlegen). A. C.

32. *BRB betreffend ausserordentliche Massnahmen auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes, vom 25. Juni.* S. 696.

Durch Art. 1 wird das Ende von früher bis auf weiteres erstreckten Fristen für die Erhaltung von Patentrechten etc. auf den 31. Dezember 1941 angesetzt.

Für Berechtigte, die infolge des Krieges verhindert waren, die in Art. 3 bezeichneten Fristen einzuhalten, wird die Möglichkeit eröffnet, innert der Frist von zwei Monaten nach Wegfall des Hindernisses Wiedereinsetzung in den früheren Stand zu verlangen.

Der Vorbehalt von Rechten Dritter ist in den Art. 7—10 geordnet.

33. *Verfügung betreffend ausserordentliche Massnahmen auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes.* Justiz- und Polizeidepartement 26. Juni. S. 700.

Fortlaufende Veröffentlichung von Wiedereinsetzungsgesuchen, von wieder in Kraft gesetzten Patenten, der abgewiesenen Wiedereinsetzungsgesuche etc.

34. *Ergänzung der VO über vorübergehende Milderungen der Zwangsvollstreckung.* BR 12. August. S. 865.

Anwendung auf Angehörige von Arbeitsdetachementen für die Landesverteidigung und auf Arbeitsdienstpflichtige.

35. *BB über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen, vom 1. Oktober.* S. 1106.

Dieser in seiner Wirksamkeit bis 31. Dezember 1943 befristete Bundesbeschluss ermöglicht die Allgemeinverbindlicherklärung von Bestimmungen, die in bestehenden Gesamtarbeitsverträgen vereinbart sind. Damit die Allgemeinverbindlicherklärung erfolgen kann, müssen die Mehrzahl der Arbeitgeber und die Mehrzahl der Arbeitnehmer dem Gesamtarbeitsvertrag zugestimmt haben. Die Zustimmung eines Verbandes gilt als Zustimmung der sämtlichen diesem Verband angeschlossenen Mitglieder.

Zuständig für die Allgemeinverbindlicherklärung ist, wenn das Gebiet eines Kantons nicht überschritten wird, die Kantonsregierung, sonst der Bundesrat. Die Entscheide der Kantonsregierungen bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Bundesrates.

Der Entscheid hat zur Wirkung, dass die allgemeinverbindlich erklärten Bestimmungen des Gesamtarbeitsvertrages auch für Arbeitgeber und Arbeitnehmer Geltung haben, die nicht Mitglieder der vertragschliessenden Verbände sind (Art. 14). Er hat hinsichtlich der durch die genehmigten Bestimmungen geregelten Punkte zur Folge, dass für alle Beteiligten eine sogenannte Friedenspflicht eintritt, also jeden Kampf (unter Straffolge bei Nichteinhaltung) ausschliesst.

Bei Wegfall des Gesamtarbeitsvertrages treten die allgemeinverbindlich erklärten Bestimmungen allgemein ausser Kraft. A. C.

36. *Massnahmen gegen die Wohnungsnot.* BRB 15. Oktober. S. 1148.

Ermächtigung der Kantone. Beschränkung des Kündigungsrechts. Inanspruchnahme unbenützter Wohnräume. Beschränkung der Freizügigkeit.

37. *BRB betreffend die Ausbeutung von Lagerstätten mineralischer Rohstoffe, vom 28. Oktober.* S. 1193.

Unterstellung der Erschliessung und Ausbeutung sowie des Betriebs der Bergwerke unter die Aufsicht des Volkswirtschaftsdepartements. Recht, Versuchsbohrungen durchführen zu lassen. Möglichkeit der Enteignung und Zwangspacht.

Ueber Entschädigungsansprüche entscheiden die Kriegswirtschaftsgerichte.

38. *Verlängerung der Anpassungsfrist für Gesellschaften und Genossenschaften des alten Rechts.* BRB 31. Oktober. S. 1237.

Erstreckung bis 30. Juni 1944.

39. *Abänderung der Massnahmen gegen die Bodenspekulation sowie zum Schutze der Pächter.* BRB 7. November. S. 1253.

Die Genehmigungspflicht für Handänderungen und Belastungen wird ausgedehnt auf alle land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke, ohne Rücksicht auf ihr Ausmass. Nur für die kleinen Grundstücke bis zu 36 a können die Kantone die Anwendung des Bundesratsbeschlusses ausschliessen.

Etwaige Bedingungen und Auflagen, die bei der Bewilligung einer Handänderung festgesetzt werden, können nun im Grundbuch angemerkt werden. Bei Gefahr einer „wirtschaftlich schädlichen Handänderung" soll jetzt die Genehmigung, Ausnahmefälle (= wichtige Gründe) vorbehalten, versagt werden, bis dahin durfte sie bloss versagt werden. Diese hier in Frage stehenden Versagungsgründe werden von bloss „fakultativen" zu „bedingten" erhoben.

Bei Ablauf der Pachtdauer hat eine Erneuerung stets auf mindestens drei Jahre zu erfolgen. Bei stillschweigender Fortsetzung des Pachtverhältnisses gilt der Vertrag als auf diese Dauer verlängert.

40. *BRB über den Fristenlauf an Samstagen, vom 11. November.* S. 1261.

Gleichstellung des Samstags mit einem staatlich anerkannten Feiertag.

41. *BRB über die Beschränkung der Verfügung über Binnenschiffe, vom 5. Dezember.* S. 1405.

Rechtsgeschäfte über die Veräusserung oder Belastung bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung des Volkswirtschaftsdepartements.

Für die Streichung eines Schiffes im Schiffsregister ist gleichfalls die Zustimmung erforderlich.

Der Beschluss regelt sodann die Beschlagnahme und Enteignung von Binnenschiffen und setzt eine Auskunftspflicht des Eigentümers über den Standort fest.

42. *BB über Verlängerung der Geltungsdauer und Abänderung der vorübergehenden rechtlichen Schutzmassnahmen für notleidende Bauern, vom 11. Dezember.* S. 1442.

Verlängerung bis 31. Dezember 1943.

43. *VVO zum BG über die Heimarbeit.* BR 16. Dezember. S. 1469.

44. *VO über vorübergehende rechtliche Schutzmassnahmen für die Hotel- und die Stickereiindustrie.* BR 19. Dezember. S. 1493.

Stundung. Vom Betriebsergebnis abhängige Verzinsung. Barabfindung von Zinsen und Steuern. Nachlass der Kurrent-

forderungen. Stellung der Bürgen. Verfahren. Beiziehung der Hotel-Treuhand-Gesellschaft und Verfügungsbeschränkung des Schuldners bei Gesuch um Einberufung einer Gläubigergemeinschaft. Gesetzliches Pfandrecht ohne Eintragung für Vorschüsse der Hotel-Treuhand-Gesellschaft. Nachlass oder Stundung von Hotelpachtzinsen. Anwendung auf Erziehungsinstitute und die Stickereiindustrie.

45. *BRB über die weitere Anwendung der Gläubigergemeinschaft auf notleidende Wirtschaftszweige, vom 19. Dezember.* S. 1514.

Verlängerung bis 1943. Diverse Aenderungen des Beschlusses vom 1. Oktober 1935, sowie der Verordnung betreffend die Gläubigergemeinschaft bei Anleihensobligationen vom 20. Februar 1918 (Art. 16, Ziffern 2, 3, 11).

46. *BRB betreffend Verwertung von Urheberrechten, vom 30. Dezember.* S. 1562.

Die Verwertungsgesellschaft kann auf Grund gesetzlicher Bestimmung auch für solche Urheber tätig sein, die ihr keine Vollmacht erteilt haben, dagegen zessiert ihr Vertretungsrecht, sobald die Urheber oder ihre Erben die Aufführungsrechte persönlich verwerten.

Siehe auch Nr. 334 (Seeschiffahrtsrecht).

V. Strafrecht. Strafverfahren. Vollzug.

47. *Verfahrensreglement für die durch Bundesratsbeschlüsse vom 1. September 1939 und 26. November 1940 eingesetzten sieben erstinstanzlichen strafrechtlichen Kommissionen des Volkswirtschaftsdepartements, vom 4. Dezember 1940.* S. 87. Berichtigung S. 296.

48. *BRB über den besonderen Strafvollzug an Internierten, vom 21. Januar.* S. 43.

49. *Erhöhung der Bussen für verbotene Abholzungen.* BRB 6. Mai. S. 506.

Die Busse wird auf 20—40 Fr. pro Festmeter erhöht.

50. *Einstellung der Strafverfolgung bei kriegswirtschaftlichen Widerhandlungen.* Volkswirtschaftsdepartement 21. Mai. S. 589.

Das Generalsekretariat des Volkswirtschaftsdepartements entscheidet über Einstellung oder Ueberweisung. Ein allfälliger Kostenentscheid wird einem Urteil im Sinne von Art. 80 Schuldbetreibungsgesetz gleichgestellt.

51. *BG betreffend Anpassung des Militärstrafgesetzes und der Militärgerichtsordnung an das schweizerische Strafgesetzbuch, vom 13. Juni.* S. 1269.

Diese Anpassung will eine möglichste Gleichheit der beiden Gesetze, des bürgerlichen Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes, herbeiführen. Diese Gleichheit war schon bei der bisherigen Fassung des Militärstrafgesetzes weitgehend verwirklicht, was sich daraus erklärt, dass seinerzeit das Militärstrafgesetz in engster Anlehnung an die damals bestehenden Entwürfe für ein neues bürgerliches Strafgesetzbuch erlassen worden ist. Jetzt handelte es sich darum, Differenzen des Militärstrafgesetzes, die gegenüber der definitiv gewordenen Fassung des bürgerlichen Strafgesetzes bestehen, noch zu beseitigen. Meist wurde die wortgleiche Fassung gewählt. Diese Uebereinstimmung der Begriffsbestimmungen und Umschreibungen kann nur von Vorteil sein, sie erleichtert die Anwendung dieses Spezialgesetzes ganz ausserordentlich.

Das Gesagte gilt namentlich für den allgemeinen Teil, der ein fast genaues Abbild der in Frage kommenden Bestimmungen des bürgerlichen Strafrechts darstellt.

Eine materielle Aenderung ist in Art. 2 enthalten, indem Zivilpersonen nun auch wegen Sabotage bestraft werden können. Solche Aenderungen, die nicht durch die Anpassung bedingt sind, finden sich auch sonst.

Bei der Gefängnisstrafe wird das Mindestmass auf acht Tagen belassen (gegenüber drei Tagen beim StGB).

Beim bedingten Strafvollzug verbleiben gewisse Abweichungen, indem z. B. der Widerruf des bedingten Strafvollzuges ausgesprochen werden kann, wenn sich der Verurteilte bei militärischen Aufgeboten nicht gut hält.

Aber auch bei der Revision des speziellen Teils ist darnach getrachtet worden, die Tatbestandsumschreibungen des bürgerlichen Strafrechts in das Militärstrafgesetz hinüberzunehmen, und es ist hinsichtlich der Strafnormen der Grundsatz massgebend gewesen, dass für die Regel eine Uebereinstimmung der Höhe der Strafdrohungen im militärischen und im bürgerlichen Strafrecht durchaus wünschenswert sei. Die dem StGB eigenen, weitgespannten Strafnormen schienen auch für das militärische Recht voll zu genügen.

Im letzten Teil sind eingehende Bestimmungen über die Begnadigung aufgenommen worden. Diese sind ebenfalls im wesentlichen dem StGB entnommen, und es sind die entsprechenden Bestimmungen der Militärstrafgerichtsordnung vom 28. Juni 1889 ausser Kraft getreten. A. C.

52. *Strafbestimmungen gegen die Störung der Beziehungen zum Ausland.* BRB 29. Juli. S. 811.

53. *Strafbestimmungen für die Hospitalisierung.* BRB 6. August. S. 873.

Die in der Schweiz übernommenen Militärpersonen unterstehen dem schweizerischen Militärstrafrecht.

Als weitere Disziplinarstrafen sind noch zulässig: Alkohol- und Wirtschaftsverbot, Konsignierung, Rückweisung in den Uebergabestaat.

54. *BRB betreffend die disziplinarische Bestrafung von Zivilpersonen, vom 15. Oktober.* S. 1145.

Anwendbarerklärung der Disziplinarstrafordnung (Militärstrafgesetz Art. 180 ff.). Erlass eines Disziplinarstrafbefehls (sofern Busse oder Arrest bis fünf Tage in Betracht kommen). Recht des Angeschuldigten auf Einsprache und Weiterziehung durch Beschwerde an das eidg. Militärdepartement.

55. *VO über das Strafregister.* BR 14. November. S. 1297.

56. *Berichtigung von Fehlern im deutschen Text des schweizerischen Strafgesetzbuches.* BRB 20. November. S. 1328.

57. *BB betreffend vorläufige Aenderungen in der Bundesrechtspflege, vom 11. Dezember.* S. 1436.

Dieser nur bis zum 31. Dezember 1944 in Wirksamkeit bleibende Bundesbeschluss nimmt die wichtigsten Aenderungen voraus, die bei der bevorstehenden Gesamtrevision an der bestehenden Gesetzgebung vorgenommen werden sollen. Bisher bestand die Vorschrift, dass in den Abteilungen des Bundesgerichts je 7 Richter mitzuwirken haben, diese Zahl wird auf 5 herabgesetzt, vorbehalten die Fälle, wo das Gesetz es anders bestimmt. Bei wichtigen staatsrechtlichen Geschäften kann die Richterzahl auf 7 erhöht werden. Für den Kassationshof (der Strafsachen beurteilt) wird die Bildung eines Ausschusses von 3 Mitgliedern vorgesehen, der bei Einstimmigkeit über offensichtlich unzulässige oder unbegründete Nichtigkeitsbeschwerden entscheiden kann.

Bei Zivilrechtsstreitigkeiten kann das Bundesgericht von einer öffentlichen Beratung in gewissen Fällen absehen, wenn es den Entscheid mit Einstimmigkeit fasst.

In Strafsachen wird die Bestimmung, dass die Richter des Kassationshofes öffentlich zu beraten und zu stimmen haben, fallen gelassen und jetzt Nichtöffentlichkeit für alle Strafgerichte des Bundes statuiert. Oeffentlich bleiben nur noch die Verhandlungen.

Im Abschnitt über die Nichtigkeitsbeschwerde werden die Art. 268 bis 273 sowie die Art. 275 und 276 geändert. Für gewisse kleinere Strafsachen wird die Nichtigkeitsbeschwerde an den Kassationshof ausgeschlossen (wenn die Verurteilung wegen Beschimpfung und einfacher Körperverletzung oder wegen Uebertretungen erfolgte und nur Busse bis 150 resp. 50 Fr. ausgesprochen wurde). Immerhin bleibt auch in diesen Fällen das Rechtsmittel gewahrt, sofern kantonales statt eidgenössisches Recht angewendet worden ist oder sofern die eidg. Bestimmungen über die sachliche oder örtliche Zuständigkeit nicht eingehalten wurden). Unter den Personen, welche Nichtigkeitsbeschwerde erheben können, wird derjenige, der den Strafantrag gestellt hat, nicht mehr aufgeführt. An Stelle des Bundesrates wird jetzt der Bundesanwalt berechtigt erklärt, in den Fällen, bei welchen der Bund interessiert ist, die Nichtigkeitsbeschwerde zu erheben. In einer Reihe von Vorschriften wird bestimmt, inwiefern wegen des Zivilpunktes Nichtigkeitsbeschwerde stattfinden und ein Entscheid ergehen kann. Eine weitere Aenderung betrifft den Beginn der Frist zur Einreichung

der Begründung nach Ablauf der Frist für die Beschwerdeerhebung. Sie hat innert 20 Tagen nach Zustellung der schriftlichen Ausfertigung des angefochtenen Entscheides zu erfolgen. Ein neuer Art. 272bis enthält nähere Bestimmungen über den Inhalt der Beschwerdeschrift und über die Anzahl der Ausfertigungen, die dem Gericht einzureichen sind. A. C.

58. *BRB über die Mitteilung kantonaler Strafentscheide gemäss schweizerischem Strafgesetzbuch und andern Bundesvorschriften, vom 12. Dezember.* S. 1479.

59. *Verschärfung der kriegswirtschaftlichen Strafbestimmungen und deren Anpassung an das schweizerische Strafgesetzbuch.* BRB 24. Dezember. S. 1551.

Herbeiführung einer einheitlichen Strafnorm für diese Gruppe von Widerhandlungen. Generell wird jetzt Busse bis 30 000 Fr. oder Gefängnis bis zu zwei Jahren angedroht. Alle diese Widerhandlungen werden dadurch zu „Vergehen".

In Fällen von Gewinnsucht oder bei bedeutendem volkswirtschaftlichem Schaden kann die Busse über das Maximum hinausgehen, ebenso bei Rückfälligkeit.

In leichten Fällen kann eine blosse Verwarnung durch das Generalsekretariat des Volkswirtschaftsdepartements oder durch die strafrechtlichen Kommissionen ausgesprochen werden, wobei der Verwarnte die Kosten zu tragen hat.

Nur in den drei genannten qualifizierten Fällen werden die Urteile dem Strafregister gemeldet und vermögen sie ein früher ergangenes Urteil mit bedingtem Strafvollzug vollziehbar zu machen.

Wer jemanden zu einer kriegswirtschaftlichen Widerhandlung zu bestimmen sucht, wird wegen Versuchs dieser Widerhandlung bestraft (Art. 7).

VI. Verwaltungsrecht.

Sicherheit des Landes. Presse. Geldsammlungen. Zeit. Volkszählung. Wissenschaftliche Berufe. Militär. Luftschutz. Lohnersatz.

60. *Errichtung einer Verbindungsstelle für das Pressewesen.* BRB 31. Januar. S. 97.

Ueber die Aufgaben und Tätigkeit wird ein Pflichtenheft aufgestellt.

61. *BRB über Sammlungen zu wohltätigen und gemeinnützigen Zwecken, vom 28. Februar.* S. 237.

Einführung einer Bewilligungspflicht. Die Bewilligung erteilt, bei Sammeltätigkeit innerhalb des Gebietes eines einzigen Kantons, die vom Kanton bezeichnete Behörde, bei grösseren Sammelaktionen das eidg. Kriegs-Fürsorge-Amt.

62. *BRB über die Abänderung der gesetzlichen Zeit, vom 7. März.* S. 248.

Beginn der Sommerzeit am 5. Mai 1941.

63. *Durchführung einer eidg. Volkszählung im Jahre 1941.* BRB 8. Juli. S. 749.

64. *VO für die Durchführung der eidg. Volkszählung am 1. Dezember 1941.* BR 4. September. S. 968.

65. *BRB über die Abänderung der gesetzlichen Zeit, vom 9. September.* S. 1005.

Späterverlegung um 60 Minuten ab 6. Oktober 1941.

66. *Verfügung I über Sammlungen zu wohltätigen und gemeinnützigen Zwecken.* Volkswirtschaftsdepartement 10. Oktober. S. 1169.

Ausführliche Bestimmungen über die Veranstaltungen, für die die Bewilligung nötig ist. Vorgeschriebene Angaben auf Drucksachen und Aufrufen; usw.

67. *Ueberwachung der politischen, militärischen oder wirtschaftlichen Schriften.* BRB 30. Dezember. S. 1554.

Anmeldepflicht. Ueberwachung durch die Abteilung Presse und Funkspruch des Armeestabes. Anordnung der Vorzensur. Beschwerde an Rekurskommission bei Verbot von Schriften etc.

68. *Neugründung von Zeitungen, Zeitschriften, sowie von Presse- und Nachrichtenagenturen.* BRB 30. Dezember. S. 1556.

Verbot von Neugründungen.

---

69. *BRB über die Durchführung der Maturitätsprüfungen an den vom Bundesrat anerkannten Schulen im Jahre 1941, vom 14. März.* S. 269.

Vorverschiebung der Prüfung auf Ende Juni oder Anfang Juli etc.

70. *Verzeichnis der Schulen, deren Maturitätsausweise durch den Bundesrat anerkannt werden.* BRB 10. Juni. S. 653.

---

71. *Solderhöhung für Unteroffiziere.* BRB 10. Januar. S. 26.

72. *Abänderung der VO über die Requisition und Einschatzung der Motorfahrzeuge.* BR 13. Januar. S. 27.

Tägliches Mietgeld (Art. 25 Abs. 1).

73. *BRB betreffend Widerhandlungen gegen Massnahmen des passiven Luftschutzes, vom 28. Januar 1941.*

Festsetzung eines Bussenminimums von 10 Fr. etc. Rasches Verfahren (der Strafentscheid muss innert Monatsfrist erfolgen). Recht der Organe des Luftschutzes, ev. Taschenlampen etc. zu beschlagnahmen oder den elektrischen Strom zu entziehen.

74. *Festsetzung der Entschädigungen für requirierte Militärmagazine.* BRB 1. Februar. S. 99.

75. *Festsetzung der Entschädigungen für requiriertes bewegliches Eigentum.* BRB 4. Februar. S. 101.

76. *Abänderung der VO vom 29. Juni 1909 über die Offiziersausrüstung.* BR 5. Februar. S. 102.

Preis für Uniformstücke (Bezug einer Uniform zum Vorzugspreis).

77. *Technische Anforderungen und Höhe der Beiträge für armeetaugliche Motorlastwagen, Jahrgang 1941.* BRB 5. Februar. S. 126.

78. *Verfügung betreffend den BRB über die Ausfuhr und den Verkauf von Karten, Plänen und andern Geländedarstellungen und deren Herstellungsmaterial.* Militärdepartement 24. Februar. S. 214.

Sie tritt an die Stelle der früheren vom 28. November 1939.

79. *Tagesentschädigung für Pferde und Maultiere im aktiven Dienst.* BRB 25. Februar. S. 180.

3 Franken.

80. *BRB betreffend die Fahrbereitschaft der mit einem Aufgebot belegten Motorfahrzeuge, vom 7. März.* S. 245.

81. *Leistungen des Bundes für die Unterkunft der Internierten.* BRB 18. März. S. 271.

82. *Abänderung des Art. 33 der VO über die Hilfsdienste.* BR 17. April. S. 404.

Sold für Hilfsdienstpflichtige, die aus dem Auszug, der Landwehr oder dem Landsturm übergetreten sind.

83. *Abänderung der VO betreffend Alarm im Luftschutz.* BR 9. Mai. S. 521.

Zeichen „Fliegeralarm" und „Endalarm".

84. *Abänderung der VO über die Requisition und Einschatzung der Motorfahrzeuge.* BR 13. Mai. S. 523.

Schatzungsverfahren etc.

85. *Auslandsurlaub und Bewilligungen für vorübergehenden Auslandsaufenthalt während des Aktivdienstes.* Verfügung des Militärdepartements und des Generaladjutanten der Armee 15. Mai. S. 558.

86. *Sold- und Krankengeldleistungen an kranke Wehrmänner.* BRB 21. Mai. S. 556.

87. *BRB über die Unterkunft der Truppe während des Aktivdienstes, vom 27. Mai.* S. 577.

88. *Verfügung betreffend Ausfuhr und Veräusserung von Pferden, Maultieren, Brieftauben, Kriegshunden, Motor-*

fahrzeugen und Luftfahrzeugen. Militärdepartement 25. Juni. S. 703.

Zuständige Stelle für die Bewilligung der Ausfuhr: Militärdepartement,

für die Bewilligung der Veräusserung im Inland von (mit einem Aufgebot belegten) Motorfahrzeugen: die Sektion Mobilmachung im Armeestab,

für die von Pferden und Maultieren: die Pferdestellungsoffiziere,

für die von Brieftauben: die Verbindungssektion im Armeestab,

für die von Kriegshunden: die Abteilung für Sanität im Armeestab,

für die von Luftfahrzeugen: der Kommandant der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen.

89. *BRB über das Festungswesen, vom 25. Juni.* S. 729.

Leitung. Festungswachtkorps.

90. *Ergänzung von Luftschutz-Erlassen.* BRB 11. Juli. S. 750.

Durchsetzung der Forderung des Eigentümers gegen die Mieter im Betreibungsverfahren (Anspruch auf provisorische Rechtsöffnung).

91. *Abänderung der Beförderungsverordnung.* BR 11. Juli. S. 752.

Aenderung der Liste der Gradabstufungen (Art. 1), der Beförderung im Landsturm (Art. 12) und Aenderung diverser anderer Bestimmungen.

92. *Abänderung der Beschlüsse der Bundesversammlung betreffend die Organisation des Heeres, die Organisation der Landwehr zweiten Aufgebots und der Landsturm-Infanterie und die Organisation der Spezialtruppen des Landsturms.* BR 14. Juli. S. 757.

Ersetzung der Bezeichnung „Subalternoffiziere" durch „Zugführer".

93. *Ergänzung des BRB über die Unterkunft der Truppe während des Aktivdienstes.* BR 13. August. S. 867.

Entschädigung für Benützung von Räumlichkeiten für Bureaux von Stäben und Einheiten.

94. *Festsetzung und Auszahlung des ordentlichen jährlichen Beitrages für armeetaugliche Motorlastwagen im Jahre 1941.* BRB 13. August. S. 868.

95. *Tagesentschädigung für Pferde und Maultiere im Aktivdienst.* BRB 1. September. S. 965.

Tagesentschädigung 1 Fr.

96. *Ergänzung der VO über das Dienstverhältnis des Instruktionskorps.* BR 28. Oktober. S. 1197.

Verkauf des Rationspferdes.

97. *Teuerungszulage zu den Militärpensionen.* BRB 18. November. S. 1296.

98. *VO über den Vorunterricht.* BR 1. Dezember. S. 1369.

---

99. *Verfügung Nr. 16 zur Lohn- und Verdienstersatzordnung.* Volkswirtschaftsdepartement 5. Februar. S. 152.

Klassifikation der Ortschaften.

100. *Verfügung Nr. 17 zur Verdienstersatzordnung.* Volkswirtschaftsdepartement 2. April. S. 347.

Veranlagung der Landwirtschaftsbetriebe.

101. *Verfügung Nr. 18 zur Lohn- und Verdienstersatzordnung.* Volkswirtschaftsdepartement 17. April. S. 409.

Ausgleichskasse für Auslandschweizer.

102. *Verfügung Nr. 19 zur Lohn- und Verdienstersatzordnung.* Volkswirtschaftsdepartement 13. August. S. 915.

Buchführungsweisungen.

103. *Verfügung Nr. 20 zur Verdienstersatzordnung.* Volkswirtschaftsdepartement 15. August. S. 948.

Unterstellung der Viehhändler.

104. *Verfügung Nr. 21 zur Lohn- und Verdienstersatzordnung.* Volkswirtschaftsdepartement 29. September. S. 1122.

Mahn- und Bussenwesen.

105. *Verfügung Nr. 22 zur Lohn- und Verdienstersatzordnung.* Volkswirtschaftsdepartement 30. September. S. 1125.

Ausgleich der Verwaltungskosten.

106. *Verfügung Nr. 23 zur Lohn- und Verdienstersatzordnung.* Volkswirtschaftsdepartement 8. Oktober. S.1162.

Bemessung der zusätzlichen Entschädigungen.

107. *Verfügung Nr. 24 zur Verdienstersatzordnung.* Volkswirtschaftsdepartement 9. Oktober. S. 1167.

Herabsetzung des Gewerbebeitrages und Erlass der Beiträge.

108. *Errichtung einer besonderen Lohn- und Verdienstausgleichskasse für Auslandschweizer.* BRB 17. April. S. 400.

109. *Abänderung der Lohnersatzordnung.* BR 19. September. S. 1058.

Betrag der Entschädigung für Alleinstehende. Erhebung von Kostenbeiträgen durch die Ausgleichskassen. Uebernahme von Verwaltungskosten durch die zentrale Kasse. Ahndung von Verletzungen der Ordnungs- und Kontrollvorschriften (Ordnungsbusse bis 50 Fr.).

110. *Abänderung der Verdienstersatzordnung.* BR 19. September. S. 1060.

Verschiedene Ergänzungen (Erlass der Beiträge in Härtefällen, Uebernahme von Verwaltungskosten durch die zentrale Kasse, Einführung einer Bussenkompetenz zur Ahndung von Verletzungen der Ordnungsvorschriften).

111. *Aufbringung der Mittel für die Lohnausfallentschädigungen an Wehrmänner sowie für die Arbeitsbeschaffung und die Arbeitslosenfürsorge.* BRB 7. Oktober. S. 1116.

Aufbringung durch Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Bund und Kantone. Einzahlungen in und Entnahmen aus Ausgleichfonds.

Zoll. Ein- und Ausfuhr.

112. *Verfügung Nr. 11 über die Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr.* Volkswirtschaftsdepartement 14. Januar. S. 32.

Einfuhr fester fossiler Brennstoffe (Einfuhr durch die „Carbo" und ihre Mitglieder).

113. *Verfügung Nr. 12.* Volkswirtschaftsdepartement 21. Januar. S. 50.

Einfuhr flüssiger Kraft- und Brennstoffe (Einfuhrberechtigung der „Petrola" und ihrer Mitglieder).

114. *Verfügung Nr. 13.* Volkswirtschaftsdepartement 17. Februar. S. 159.

Einfuhr von Maschinenschmierölen (ausschliesslich vorbehalten dem Verband Schweiz. Schmierölimporteure und dessen Mitgliedern).

115. *Verfügung Nr. 14.* Volkswirtschaftsdepartement 25. März. S. 302.

Einfuhr von Feld-, Wald- und Gartengewächsen.

116. *Verfügung Nr. 15.* Volkswirtschaftsdepartement 29. April. S. 437.

Einfuhr von Chemikalien zu gewerblichem Gebrauch und von technischen Fetten und Oelen.

117. *Verfügung Nr. 16.* Volkswirtschaftsdepartement 31. Mai. S. 640.

Einfuhr von Kalziumkarbid.

118. *Verfügung Nr. 17.* Volkswirtschaftsdepartement 22. Juli. S. 782.

Einfuhr von Speiseölen, Speisefetten sowie Rohstoffen und Halbfabrikaten zu deren Herstellung.

119. *Verfügung Nr. 18.* Volkswirtschaftsdepartement 20. August. S. 929.

Einfuhr von Bitumen und Butangas.

120. *Verfügung Nr. 19.* Volkswirtschaftsdepartement 20. August. S. 930.

Einfuhr von Mineralschmierfett.

121. *Verfügung Nr. 20.* Volkswirtschaftsdepartement 16. Dezember. S. 1488.

Einfuhr von Eiern (einfuhrberechtigt sind nur die „Cibaria" und deren bisher einfuhrberechtigt gewesene Mitglieder).

122. *Bundesratsbeschluss Nr. 3 über die Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr, vom 13. Juni.* S. 670.

Verbot der Ausfuhr von Waren aller Art im Briefpostverkehr etc.

Diesem Bundesratsbeschluss unterstehen nicht: Gold, Banknoten, Wechsel, Wertpapiere, Briefmarken, Zeitungen, Bücher etc.

---

123. *Rückvergütung der fiskalischen Belastung auf den in der Zeit vom 1. Juli 1940 bis 30. Juni 1941 ausgeführten alkoholhaltigen Erzeugnissen.* BRB 13. September. S. 1021.

Steuern. Abgaben. Gebrannte Wasser.

124. *Erhebung eines Auswanderer-Wehrbeitrages.* BRB 3. Januar. S. 5.

Er wird erhoben von Schweizerbürgern, die in der Zeit vom 31. August 1939 bis zum 31. Dezember 1945 auswandern. Die Beitragspflicht beginnt bei einem Reinvermögen von mehr als 50 000 Fr.; der Abgabesatz beträgt 5% bis 12 ½%. Einen Wehrbeitrag haben ferner zu bezahlen Schweizerbürger, die einem ausgewanderten nahen Verwandten erhebliche Zuwendungen (von über 20 000 Fr.) machen; der Satz beträgt einheitlich 7 ½%.

125. *Abänderung des BRB vom 24. Dezember 1937 über die Besteuerung des Tabaks.* BR 21. Januar. S. 37.

Betrag der Fabrikationsabgabe; Rückvergütung; Zollansätze.

126. *Verfügung über Verzinsung und Stundung von Wehropferbeträgen.* Finanz- und Zolldepartement. 4. Februar. S. 150.

127. *Verfügung über die Behandlung von Gesuchen um Erlass der allgemeinen Wehrsteuer.* Finanz- und Zolldepartement. 10. März. S. 258.

Die Verfügung enthält u. a. eingehende Bestimmungen über die Eidgenössische Wehrsteuer-Erlasskommission.

128. *Regulativ über die eidgenössische Ausgleichssteuerkommission.* BR 11. März. S. 249.

129. *Verfügung betreffend die Bemessung des der allgemeinen Wehrsteuer unterliegenden Teils des Militärsoldes.* Finanz- und Zolldepartement 20. März. S. 301.

130. *Erhöhung der Biersteuer.* BRB 29. März. S. 325.

131. *Verfügung über die Pauschalierung der allgemeinen Wehrsteuer.* Finanz- und Zolldepartement 17. April. S. 406.

132. *Ergänzung des BRB über die Erhebung eines einmaligen Wehropfers und des BRB über die Erhebung einer Wehrsteuer.* BR 7. Mai. S. 509.

Steuerbefreiung zugunsten von Personalfürsorgestiftungen (Ergänzung des Art. 12, resp. des Art. 16).

133. *Abänderung des BRB über die Erhöhung der Biersteuer.* BR 28. Mai. S. 588.

Zulassung des 4-dl-Schenkmasses noch bis zum 30. Juni 1941.

134. *Verfügung betreffend die Bewertung der Grundstücke für die Wehrsteuer.* Finanz- und Zolldepartement 12. Juni. S. 674.

135. *BRB über die Warenumsatzsteuer, vom 29. Juli.* S. 793.

136. *Verfügungen Nr. 1—4 des Finanz- und Zolldepartements betreffend die Warenumsatzsteuer.* 30. Juli S. 842, 1048, 852, 860; 1. September S. 1007.

Tarif der Steuer auf der Wareneinfuhr. Freiliste der Grosshandelswaren. Liste der Waren, für die der Steuersatz von 2 ½ % Anwendung findet. Steuer auf dem Umsatz von Bier und Tabakfabrikaten.

Berichtigung von Verfügung Nr. 1 S. 1048.

137. *Besteuerung der Warenvorräte von Detaillisten.* BRB 26. September. S. 1081.

Diese Ergänzungssteuer zur Warenumsatzsteuer wird mit zwei Einschränkungen auf den Vorräten erhoben, die sich am 1. Oktober 1941 im Inland befinden.

138. *Zeitlich beschränkte Befreiung der Umsätze von Butter und Käse von der Warenumsatzsteuer.* BRB 30. September. S. 1086.

Die Befreiung gilt für die Zeit vom 1. Oktober 1941 bis 31. Januar 1942.

139. *Abänderung der Vorschriften über die eidg. Kriegsgewinnsteuer.* BR 18. November. S. 1289.

Erhöhung der Steuer auf mindestens 50 % und höchstens 70 % des steuerbaren Kriegsgewinnes (Art. 16). Ferner enthält der Beschluss verschiedene Präzisierungen und geringfügigere Aenderungen (Befreiung der inländischen Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, neue Umschreibung des von der Steuerpflicht erfassten, im Ausland erzielten Kriegsgewinnes sowie der „Gewinnungskosten" und der „steuerfreien Quote" etc.).

140. *Verlängerung der Ausführungsvorschriften zur Besteuerung des Biers und des Tabaks.* BRB 8. Dezember. S. 1451.

Weitergeltung der Bierbesteuerung (VVO vom 27. November 1934) und der Tabakbesteuerung bis zum 31. Dezember 1945.

---

141. *Ausrichtung eines ausserordentlichen Kostenzuschlages für den von der Alkoholverwaltung übernommenen Kernobstbranntwein und dessen Verkaufspreis.* BRB 13. Mai. S. 522.

Zuschlag zum normalen Uebernahmspreis von 30 Rp. pro Liter.

142. *BRB über die Ablieferung und Besteuerung gebrannter Wasser, vom 5. September.* S. 993.

143. *Verkaufspreise der Alkoholverwaltung für gebrannte Wasser zum Trinkverbrauch.* BRB 5. September. S. 997.

144. *für Sprit zur Herstellung pharmazeutischer Erzeugnisse, Riech- und Schönheitsmittel.* BRB 5. September. S. 999.

145. *für Industriesprit.* BRB 5. September. S. 1001.

146. *für Brennspiritus.* BRB 5. September. S. 1003.

147. *Verfügung über die Kontingentierung des Verkaufs gebrannter Wasser.* Alkoholverwaltung 30. Oktober. S. 1216.

Einführung der Kontingentierung für Lieferungen auf Grund des Bezugs vom 1. Juli 1939 bis 30. Juni 1941.

Handel. Gewerbe. Arbeitsrecht. Münzwesen. Staatliche Notmassnahmen. Zahlungs- und Warenverkehr mit dem Ausland.

148. *Abänderung der VO über die Kreditkassen mit Wartezeit.* BR 21. Januar. S. 41.

Minimalbetrag der eigenen Mittel; Aufnahme und Verwendung von Fremdgeld; Abänderung der Ansprüche der Kreditnehmer auf Zuteilung etc. (neuer Art. 33bis).

149. *Verfügung über die wöchentliche Ruhezeit des Personals der Bewachungsunternehmungen.* Volkswirtschaftsdepartement 31. Januar. S. 110.

Jede Woche sind mindestens 24 aufeinanderfolgende Stunden Freizeit zu gewähren. Besondere Vorschrift bei blossem Sonntagsdienst.

150. *Verfügung betreffend Abänderung einiger Tarife und Zahlungsbedingungen in der Uhrenindustrie.* Volkswirtschaftsdepartement 11. Februar. S. 154.

151. *Abänderung der VO vom 1. Dezember 1936 über die Statistik des Warenverkehrs der Schweiz mit dem Ausland.* BR 18. Februar. S. 158.

Aussteller der Deklarationen.

152. *Regelung der Betriebsdauer der Schifflistickmaschinen.* BRB 7. Mai. S. 507.

153. *Abänderung der Tarife sowie der Mindest- und der Verkaufspreise in der Uhrenindustrie.* Volkswirtschaftsdepartement 14. Juli. S. 767.

Genehmigung von Tariferhöhungen.

154. *Abänderung der Tarife sowie der Mindestpreise in der Roskopfuhren-Fabrikation.* Volkswirtschaftsdepartement 30. Juli. S. 827.

Genehmigung neuer vom Verband schweizerischer Roskopfuhren-Industrieller angenommener Tarifbestimmungen. Sie werden allgemeinverbindlich erklärt.

155. *Anpassung der Arbeitszeit an die Bedürfnisse der Kriegswirtschaft und des Arbeitsmarktes.* BRB 4. September. S. 966.

Erteilung einer Ermächtigung an das Volkswirtschaftsdepartement, Anordnungen über die Dauer und Lage der Arbeit in den Betrieben der Industrie, des Gewerbes, des Handels, Verkehrs und verwandter Wirtschaftszweige zu treffen.

156. *BRB über die Gewerbehilfe durch die gewerblichen Bürgschaftsgenossenschaften, vom 13. September.* S. 1024.

Hilfsaktion für Unternehmungen des Gewerbes und des Detailhandels, die durch den Militärdienst des Betriebsinhabers oder mittelbar infolge der Kriegsmobilmachung in finanzielle Bedrängnis geraten sind. Die Hilfeleistung erfolgt u. a. durch Begutachtung, Führung der Buchhaltung, Verhandlungen mit Gläubigern, Verbürgung von Darlehen bis höchstens 6000 Fr. für jede Unternehmung.

Eine weitergehende Hilfe findet statt für Unternehmungen an Grenzorten, Fremdenplätzen und für Unternehmungen des Autogewerbes. Voraussetzung ist, dass sich der Kanton beteiligt.

Die Durchführung erfolgt durch den schweizerischen Verband der gewerblichen Bürgschaftsgenossenschaften und die ihm angeschlossenen Genossenschaften.

157. *BRB betreffend Abänderung des BG über das Münzwesen, vom 21. Oktober.* S. 1185.

Aufnahme der „Kupfernickelmünzen".

158. *Verfügung zum Vollzug des vorstehenden BRB.* Volkswirtschaftsdepartement 27. Oktober. S. 1204.

Bezeichnung der für die Entgegennahme des Hilfegesuches in den einzelnen Kantonen zuständigen Bürgschaftsgenossenschaften. Verzeichnis der „Grenzorte" und „Fremdenplätze", für die die besondere Gewerbehilfe stattfinden kann.

159. *Abänderung der Tarife in der Uhrenindustrie.* Volkswirtschaftsdepartement 14. November. S. 1313.

Genehmigung neuer Tarife, die allgemeinverbindlich erklärt werden.

160. *Verfügung über die Arbeitszeit.* Volkswirtschaftsdepartement 15. November. S. 1315.

Zulassung von Abweichungen von den bestehenden Bestimmungen für die vom Bundesamt erteilten Arbeitszeitbewilligungen, soweit die Bedürfnisse der Landesverteidigung, der Landesversorgung, der Arbeitsbeschaffung und des Arbeitsmarktes es erfordern.

161. *Verfügung betreffend Abänderung der Tarife sowie der Mindestpreise in der Roskopfuhren-Fabrikation.* Volkswirtschaftsdepartement 1. Dezember. S. 1387.

162. *BB über das Verbot der Eröffnung und Erweiterung von Warenhäusern, Kaufhäusern, Einheitspreisgeschäften und Filialgeschäften, vom 11. Dezember.* S. 1424.

Der Beschluss hat für die Jahre 1942—1944 Gültigkeit.

163. *BB über Massnahmen zum Schutze des Schuhmachergewerbes, vom 11. Dezember.* S. 1431.

Der Beschluss gilt für die Jahre 1942—1944.

164. *Erneuerung des BRB über das Verbot der Eröffnung und Erweiterung von Betrieben der Schuhindustrie.* BRB 16. Dezember. S. 1486.

Verlängerung bis 31. Dezember 1942.

165. *BRB über die Bewilligungspflicht für Eröffnung und Erweiterung von Beherbergungsstätten, vom 19. Dezember.* S. 1511.

Unter diese Einschränkungen fallen auch private Erziehungsinstitute und Pensionate.

Der Vollzug des BRB liegt den Kantonen ob.

Die Kantonsregierungen können die Vermietung möblierter Zimmer an nicht ortsansässige Personen verbieten.

166. *VVO zum Art. 13 des BB über das Verbot der Eröffnung und Erweiterung von Warenhäusern, Kaufhäusern, Einheitspreisgeschäften und Filialgeschäften.* BR 30. Dezember. S. 1563.

Genehmigung von Vereinbarungen über die Einsetzung besonderer Schiedsstellen zur Durchführung des Bewilligungsverfahrens. Die gefällten Schiedssprüche sind dem Bundesamt und der Kantonsregierung mitzuteilen.

---

167. *Verfügung über die vorsorgliche Schliessung von Geschäften, Fabrikationsunternehmungen und andern Betrieben.* Generalsekretariat des Volkswirtschaftsdepartements 26. November 1940. S. 220.

Delegierung der Befugnisse an die eidg. Preiskontrollstelle.

168. *Verfügung Nr. 6 betreffend die Kosten der Lebenshaltung und den Schutz der regulären Marktversorgung.* Volkswirtschaftsdepartement 24. April. S. 435.

Errichtung einer Preisausgleichskasse für Häute und Leder.

169. *Verfügung Nr. 7.* Volkswirtschaftsdepartement 1. Mai. S. 511.

Genehmigungspflicht der Preise neuer Waren, Tarife und Mietzinse.

170. *Verfügung Nr. 8.* Volkswirtschaftsdepartement 17. Juni. S. 689.

Errichtung einer Preisausgleichskasse für Rohgummi.

171. *Verfügung Nr. 9.* Volkswirtschaftsdepartement 14. August. S. 927.

Anwendung der Verfügung Nr. 3 auf Transportleistungen.

172. *Verfügung Nr. 10.* Volkswirtschaftsdepartement 16. September. S. 1028.

Preisausgleichskasse für Buntmetalle.

173. *Verfügung Nr. 11.* Volkswirtschaftsdepartement 22. September. S. 1068.

Ueberwälzung der Warenumsatzsteuer.

174. *Verfügung Nr. 11a.* Volkswirtschaftsdepartement 1. Dezember. S. 1389.

Neue Vorschriften betreffend Ueberwälzung der Warenumsatzsteuer.

175. *Verfügung Nr. 12.* Volkswirtschaftsdepartement 31. Oktober. S. 1244.

Milchpreis im Kanton Tessin; Preisausgleichskasse für Konsummilch.

176. *Verfügung Nr. 13.* Volkswirtschaftsdepartement 27. November. S. 1393.

Preisausgleichskasse für Sauerkraut.

177. *Verfügung Nr. 14.* Volkswirtschaftsdepartement 2. Dezember. S. 1395.

Preisausgleichskasse für die Baumwollindustrie.

178. *Verfügung Nr. 16 über die Sicherstellung der Versorgung von Volk und Heer mit technischen Rohstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten.* Volkswirtschaftsdepartement 4. Januar. S. 10.

Verbot von Ausverkäufen.

179. *Verfügung Nr. 17.* Volkswirtschaftsdepartement 10. Januar. S. 33.

Produktionslenkung für Textilien.

180. *Verfügung Nr. 18.* Volkswirtschaftsdepartement 17. Januar. S. 45.

Gummireifen und Luftschläuche für Fahrzeuge.

181. *Verfügung Nr. 19.* Volkswirtschaftsdepartement 5. Februar. S. 112.

Sicherstellung der inländischen Wolle für den Heeresbedarf.

182. *Verfügung Nr. 20.* Volkswirtschaftsdepartement 12. Februar. S. 156.

Verbot von Konfettis, Papierschnitzeln und Papierschlangen.

183. *Verfügung Nr. 21.* Volkswirtschaftsdepartement 19. Februar. S. 161.

Produktionslenkung in der chemischen und pharmazeutischen Industrie.

184. *Verfügung Nr. 22.* Volkswirtschaftsdepartement 26. Februar. S. 207.

Produktionslenkung in der Eisen- und Metallindustrie.

185. *Verfügung Nr. 23.* Volkswirtschaftsdepartement 26. Februar. S. 210.

Abgabe von rationierten Dienstkleidern durch öffentliche Verwaltungen und Transportanstalten.

186. *Verfügung Nr. 24.* Volkswirtschaftsdepartement 6. März. S. 262.

Abänderung der Verfügung Nr. 18.

187. *Verfügung Nr. 25.* Volkswirtschaftsdepartement 25. März. S. 313.

Produktions- und Verbrauchslenkung in der Papierbranche.

188. *Verfügung Nr. 26.* Volkswirtschaftsdepartement 2. April. S. 332.

Produktion, Verteilung und Verwendung von Holz und Holzkohle.

189. *Verfügung Nr. 27.* Volkswirtschaftsdepartement 24. April. S. 416.

Abänderung der Verfügung Nr. 11 (Einführung einer Schuhkarte).

190. *Verfügung Nr. 28.* Volkswirtschaftsdepartement 8. Mai. S. 599.

Abgabe und Bezug von Textilien.

191. *Verfügung Nr. 29.* Volkswirtschaftsdepartement 30. Mai. S. 603.

Abänderung der Verfügung Nr. 23.

192. *Verfügung Nr. 30.* Volkswirtschaftsdepartement 30. Juli. S. 823.

Bezugssperre und Bestandesaufnahme auf dem Gebiete der Kautschukversorgung.

193. *Verfügung Nr. 31.* Volkswirtschaftsdepartement 10. Oktober. S. 1137.

Verpflichtung der Spinnereien zur Entrichtung einer Abgabe auf Baumwollgarnen an die Preisausgleichskasse.

194. *Verfügung Nr. 32.* Volkswirtschaftsdepartement 10. Oktober. S. 1221.

Produktions- und Verbrauchslenkung in der Leder- und Kautschukindustrie.

195. *Verfügungen Nr. 3—7 betreffend die Schuhrationierung.* Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amt 28. Dezember 1940 S. 1; 7. Januar 1941 S. 19; 24. April S. 443; 25. April S. 448; 9. Oktober S. 1140.

Kontrolle des Warenverkehrs (Liefermeldungen etc.), Bestandesaufnahme, Aufhebung der Freiliste Nr. 2 etc.

Am 1. Dezember und 16. Dezember ergingen Weisungen der Sektion für Schuhe, Leder und Kautschuk über eine Bezugssperre und Bestandesaufnahme. S. 1403, 1492.

196. *Verfügungen Nr. 5—14 betreffend die Textilrationierung etc.* Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amt 22. Januar—22. Dezember. S. 57, 263, 288, 451, 546, 604, 644, 647, 1266, 1521.

Gegenstand: Produktionslenkung in der Textilindustrie, Rationierung, Bestandesaufnahme, Bezugsperre, Einschränkung der Garnverarbeitung in den Zwirnereien, Verbot der Herstellung von Teppichknüpfgarnen etc.

Ferner ergingen die Weisungen Nr. 1 und Nr. 2 der Sektion für Textilien des Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amtes (über Liefermeldungen und die Belieferung von Arbeitsschulen). S. 35, 266.

197. *Verfügungen Nr. 1—5 über Abgabe und Bezug von Gummireifen und Luftschläuchen.* Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amt 7. Januar S. 16, S. 17; 23. Juli S. 790; 16. Oktober S. 1224, S. 1227.

198. *Verfügungen Nr. 3—9 des Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amtes über die Sicherstellung der Versorgung mit Fetten und Oelen für technische Zwecke.* 28. Januar—29. Dezember. S. 81, 334, 572, 831, 1039, 1212, 1572.

199. *Verfügung Nr. 16 des Volkswirtschaftsdepartements betreffend die Landesversorgung mit flüssigen Kraft- und Brennstoffen.* 28. Januar. S. 80.

Auf Grund der Verfügungen Nr. 6 und Nr. 8 des Volkswirtschaftsdepartements erliess im fernern das Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amt über die Zuteilung von Benzin und verwandten Stoffen eine Verfügung über die Zuteilung für den Monat Februar 1941.

Mit dem Erlass eines neuen Bundesratsbeschlusses (vom 21. Februar 1941) beginnt die Zählung der später ergehenden Verfügungen wieder mit Nr. 1, 2 . . . (siehe Nr. 200 und 201).

200. *BRB über die Landesversorgung mit flüssigen Kraft- und Brennstoffen und Mineralölen, vom 21. Februar.* S. 185.

Mit diesem neuen Beschluss tritt der frühere vom 26. September 1939 ausser Kraft.

201. *Verfügungen Nr. 1—13 des Volkswirtschaftsdepartements über die Landesversorgung mit flüssigen Kraft- und Brennstoffen und Mineralölen.* 26. Februar—17. September. S. 189, 192, 198, 201, 203, 205, 311, 513, 536, 708, 825, 1031, 1033.

Rationierungsvorschriften, Einführung der Bewilligungspflicht für die Ausrüstung von Motorfahrzeugen mit Generatoren, Einschränkung des Verkehrs mit Gesellschaftswagen, Verbot von Vergnügungsfahrten etc.

Ferner ergingen die Verfügungen Nr. 1 bis Nr. 13 des Kriegs-Industrie- und -Arbeitsamtes (über Einteilung der Personenwagen, Lieferwagen, Motorräder in die Bezugsgruppe I; Verwendung der Vorräte etc.), S. 231, 317, 424, 538, 551, 613, 713, 833, 953, 1089, 1214, 1345, 1570;

ferner am 26. Februar eine Verfügung Nr. 1 der Sektion für Chemie und Pharmazeutika des Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amtes betreffend die Rationierung von rumänischem Benzin etc. für chemischen und mechanischen Gebrauch. S. 233.

202. *Verfügung Nr. 12 über einschränkende Massnahmen für die Verwendung von festen und flüssigen Kraft- und Brennstoffen sowie von Gas und elektrischer Energie.* Volkswirtschaftsdepartement 14. Februar. S. 160.

Aufhebung der Verfügungen Nr. 7 und Nr. 8.

203. *Verfügung Nr. 13.* Volkswirtschaftsdepartement 27. August. S. 977.

Raumheizung.

204. *Verfügung Nr. 14.* Volkswirtschaftsdepartement 27. August. S. 980.

Oeffnungszeiten für Laden- und Verkaufsgeschäfte etc.

Zu dieser Verfügung erging eine weitere des Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amtes vom 27. September 1941 über Brennstoffeinsparungen in Betrieben. S. 1091. Sie regelt die Lösung von Konflikten mit Vorschriften des Fabrikgesetzes.

205. *Verfügung Nr. 15.* Volkswirtschaftsdepartement 30. Oktober. S. 1238.

Warmwasserversorgung.

206. *Verfügung Nr. 16.* Volkswirtschaftsdepartement 3. November. S. 1240.

Einsparungen im Elektrizitätsverbrauch.

207. *Verfügungen Nr. 1—3 betreffend Kohlenrationierung.* Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amt 15. April S. 391; 26. April S. 449; 29. Juli S. 829.

208. *Verfügung Nr. 1 über den Verbrauch von festen Brennstoffen durch industrielle Grossverbraucher.* Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amt 25. März. S. 319.

Die Gültigkeit der Verfügung Nr. 11 des Volkswirtschaftsdepartements wird bis 30. April 1941 verlängert; der Verbrauch an festen Brennstoffen für industrielle Grossverbraucher wird demnach auf 80% des früheren Verbrauchs festgesetzt.

209. *Verfügungen Nr. 1—4 über die Produktion von Holzkohle etc.* Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amt 16. April S. 392 und S. 394; 18. November S. 1339 und S. 1341.

210. *Verfügung Nr. 4 betreffend die Rationierung von Seifen und Waschmitteln.* Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amt 16. Januar. S. 53.

Einführung der Seifenkarte. Zu Verfügung Nr. 14 (Volkswirtschaftsdepartement).

211. *Weisungen Nr. 1—3 der Sektion für Chemie und Pharmazeutika des Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amtes betreffend die Produktion in der Seifenindustrie.* 19. März S. 291; 29. Mai S. 652; 16. September S. 1041.

212. *Weisungen Nr. 1—6 der Sektion für Chemie und Pharmazeutika betreffend die Rationierung von Seifen und Waschmitteln* 16 Mai S. 574; 27. Mai S. 595; 29. Juli S. 835; 16. September S. 1046; 30. September S. 1133; 27. Oktober S. 1218.

Ferner erging am 20. Dezember eine Weisung über eine Bestandesaufnahme. S. 1523.

213. *Verfügungen Nr. 1 und 2 des Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amtes betreffend Produktions- und Verbrauchslenkung in der Papierbranche.* 25. März S. 315; 15. April S. 375.

Einführung der Bewilligungspflicht für die Ausführung von Druck- und Buchbinderaufträgen aus dem Ausland. Beschränkung der Fabrikation von Papieren und Kartons. Einführung von Formatvorschriften. Kennzeichnung aller Papierprodukte durch Aufdruck der Herstellerfirma.

214. *Verfügung über die technisch verwertbaren Altstoffe und Abfälle.* Volkswirtschaftsdepartement 18. Februar. S. 163.

215. *Verfügungen Nr. 1—7 des Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amts über die technisch verwertbaren Altstoffe und Abfälle.* 13. März—18. November. S. 282, 285, 387, 542, 721, 899, 1318.

Gegenstand: Bewirtschaftung der technischen Altöle, des Altgummis, des Schrotts, der Altmetalle, der Baumwollabgänge, der Textilabfälle und Lumpen. Erfassung der Abwasserfette.

216. *Verfügung Nr. 2 über die Verwendung von Weissblechen und Glanzblechen.* Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amt 3. März. S. 243.

217. *Verfügung Nr. 3 betreffend Bewilligungspflicht für die Ausfuhr von Erzeugnissen der schweizerischen Eisen- und Metallindustrie.* Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amt 15. April. S. 395.

218. *Verfügung Nr. 4 über die Verwendung von Grob- und Mittelblechen.* Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amt 22. April. S. 422.

219. *Verfügung Nr. 5 über Handel und Verkehr mit Baueisen und Schwarzblechen.* Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amt 4. November. S. 1252.

Abänderung der Verfügung Nr. 1 (Bewilligungspflicht für Bauten mit einem Eisenbedarf von mehr als 500 kg).

220. *Verfügungen Nr. 1—5 des Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amtes betreffend die Landesversorgung mit Metallen.* 14. Mai S. 591; 23. Juli S. 791; 26. August S. 950; 14. Oktober S. 1189; 2. Dezember S. 1401.

Bewilligungspflicht für Abgabe von Kupfer und Kupferfabrikaten, Nickel, Zinn, ebenso für Verwendung von Nickel und Zinn. Verbotene Verwendung von Kupfer. Ausdehnung der Bewilligungspflicht auf die Abgabe und Verwendung weiterer Metalle (Hüttenweichblei, Antimon, Kadmium etc.). Einschränkung der Verwendung des Aluminiums. Bewirtschaftung des Platins. Bestandesaufnahme.

221. *Beteiligung der Eidgenossenschaft an Grossrisiken der Transportversicherung.* BRB 25. Februar. S. 177.

222. *BRB über kriegswirtschaftliche Syndikate, vom 28. Februar.* S. 227.

Er ersetzt den BRB vom 22. September 1939.

223. *Verfügung Nr. 2 betreffend die Förderung der Benzolauswaschung etc.* Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amt 29. März. S. 336.

Erteilung einer Vollmacht an die Sektion für Chemie und Pharmazeutika zum Erlass von Vorschriften über Teer und Teerprodukte. Teilweise Aenderung der Verfügung Nr. 1 vom 27. Juni 1940 (hinsichtlich der Teerdestillation).

Verteilungsschlüssel für die Abgabe an die Verbrauchergruppen.

Verbot der Gewinnung von Gas aus Holz, Lignit etc.

224. *BRB über die kriegswirtschaftliche Bewilligungspflicht für die Eröffnung von Betrieben, vom 1. April.* S. 326.

Vollmachtsbeschluss zugunsten des Volkswirtschaftsdepartements, die Eröffnung von Betrieben der Industrie, des Gewerbes und des Handels sowie verwandter Wirtschaftszweige im Interesse der Landesversorgung der Bewilligungspflicht zu unterstellen.

225. *BRB über den Arbeitseinsatz bei Bauarbeiten von nationalem Interesse, vom 17. April.* S. 401.

Vorrang solcher Arbeiten gegenüber andern; Ausrichtung von Versetzungsentschädigungen an Arbeitskräfte etc.

226. *Verfügungen Nr. 1—3 des Volkswirtschaftsdepartements bei Bauarbeiten von nationalem Interesse.* 17. April S. 411; 30. Juni S. 717; 16. August S. 946.

Vollzugsbestimmungen zum Bundesratsbeschluss. Aufgebot von Militärdienstpflichtigen (denen ein Rekursrecht zusteht). Abgabe von Transportgutscheinen.

227. *Verfügung betreffend die Verwendung von Methylalkohol als Dämpfungsmittel für motorische Zwecke.* Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amt 22. April. S. 417.

Abgabe nur gegen Rationierungsausweise.

228. *Verfügung über die Landesversorgung mit Kalziumkarbid (Pos. 1010).* Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amt 22. April. S. 418.

229. *Verfügung betreffend die Schweizerische Seifenkonvention.* Volkswirtschaftsdepartement 25. April. S. 510.

Unterstellung des kriegswirtschaftlichen Syndikats „Schweizerische Seifenkonvention" unter die Aufsicht der Sektion für Chemie und Pharmazeutika.

230. *Verfügung Nr. 1 über die Lenkung von Produktion und Absatz.* Kriegs-Ernährungs-Amt 9. Mai. S. 549.

Schokolade-Industrie.

231. *Verfügung Nr. 2 betreffend die Erzeugung und Verwendung von Glyzerin.* Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amt 3. Juni. S. 649.

Weitere Förderung der Glyzerinproduktion.

Die Sektion für Chemie und Pharmazeutika erliess am 3. Juni und 15. November die Weisungen Nr. 1 und Nr. 2 über Einsparung von Glyzerin und über Verteilung und Verwendung. S. 651, 1323.

232. *BRB über die Einführung der Bewilligungspflicht für Transporte von für die Landesversorgung wichtigen Gütern, vom 13. Juni.* S. 671.

Zu diesem BRB erliess das Volkswirtschaftsdepartement die beiden Verfügungen Nr. 1 und Nr. 2 (Transport von Tafel- und Wirtschaftsobst, Transport von Holz und Holzkohle). S. 1262, 1454.

233. *Verfügung über Sparmassnahmen im Wäsche- und Seifenverbrauch.* Verfügung des Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amtes 16. Juli. S. 770.

Verbot, in Restaurants, Hotels, Pensionen Stoffservietten zu verabreichen.

234. *Verfügung betreffend das schweizerische Spediteur-Syndikat.* Volkswirtschaftsdepartement 17. Juli. S. 781.

Die Durchführung internationaler Bahntransporte ist nur Mitgliedern des Schweizerischen Spediteur-Syndikates gestattet.

235. *Abänderung des BRB vom 17. April 1941 über den Arbeitseinsatz bei Bauarbeiten von nationalem Interesse.* BR 24. Juli. S. 945.

Fahrtkostenvergütung bei Rekrutierung von Arbeitskräften durch den Bund.

236. *Verfügung Nr. 2 über die Lenkung von Produktion und Absatz.* Kriegs-Ernährungs-Amt 9. August. S. 896.

Konservenindustrie.

237. *Verfügungen Nr. 1—3 über Gasholz des Kriegs-Industrie- und Arbeits-Amts.* 26. August S. 960; 24. Oktober S. 1232.

238. *Verfügung betreffend die Bewirtschaftung von Trichloraethylen und verwandten Produkten (Perchloraethylen, Netolin etc.).* Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amt 1. September. S. 987.

239. *Verfügung Nr. 2 über Rundholz.* Kriegs-Industrie- und Arbeits-Amt 29. September. S. 1094.

240. *Verfügung Nr. 1 über die Verwendung der Mineralöle.* Kriegs-Industrie- und Arbeits-Amt 17. Oktober. S. 1192.

Verbot sie als Treibstoff zu verwenden.

241. *Verfügung über die Sicherstellung der Versorgung mit Fetten und Oelen für die Ernährung und für technische Zwecke.* Kriegs-Ernährungs-Amt und Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amt 3. November. S. 1249.

Bewirtschaftung der Knochen.

242. *Weisung Nr. 1 über die Verwendung von leinölhaltigen Anstrichstoffen und Imprägnierungsmitteln.* Sektion für Chemie und Pharmazeutika 15. November. S. 1321.

Verbot und Einschränkung der Oelfarbanstriche.

243. *Weisung über die Verteilung von Kupfersalzen für industrielle, gewerbliche und militärische Zwecke.* Sektion für Chemie und Pharmazeutika 25. November. S. 1352.

244. *Weisungen Nr. 1 über Kalziumkarbid (Pos. 1010) für motorische Zwecke.* Sektion für Kraft und Wärme 15. November. S. 1353.

Bestandesaufnahme. Rationierung.

245. *Weisung Nr. 1 über Methylalkohol für motorische Zwecke.* Sektion für Kraft und Wärme 15. November. S. 1355.

246. *Befreiung der aufgebotenen Arbeitsdienstpflichtigen von Aufenthaltsgebühren.* BRB 28. November. S. 1359.

247. *Verfügung Nr. 1 über die kriegswirtschaftliche Bewilligungspflicht für die Eröffnung von Betrieben.* Volkswirtschaftsdepartement 17. Dezember. S. 1565.

(Bedingtes) Verbot der Eröffnung von Metalle verarbeitenden Betrieben, Fahrradfabriken, Textilfabriken, Spinnereien, Webereien, Färbereien, Gerbereibetrieben, Papierfabriken, Zement- und Gipsfabriken, Sägereien und vielen andern.

248. *Verfügung Nr. 2.* Volkswirtschaftsdepartement 17. Dezember. S. 1568.

Einbeziehung weiterer Betriebsarten unter das Verbot wie Metzgereien, Bäckereien, Biskuit- und Konfiseriefabriken, Teigwarenfabriken und Kundenmühlen.

---

249. *Abänderung des BRB vom 20. April 1937 über den Zahlungsverkehr mit Ungarn.* BR 31. Januar. S. 104.

Neue Festsetzung der Zahlungen nach Ungarn, die über die Nationalbank erfolgen müssen (im Hinblick auf das am 10. Dezember 1940 abgeschlossene zweite Protokoll zum Abkommen vom 5. Juli 1939).

250. *Abänderung der Verfügung vom 23. April 1937 betreffend die Anmeldung der Forderungen aus Warenlieferungen nach Ungarn und deren Bezahlung.* Volkswirtschaftsdepartement 5. Februar. S. 151.

Neue Fassung von Art. 2, Abs. 3.

251. *Abänderung des BRB vom 10. Februar 1937 über die Durchführung des schweizerisch-polnischen Abkommens vom 31. Dezember 1936 über die Regelung der kommerziellen Zahlungen.* BR 25. Februar. S. 181.

Aufnahme einer neuen Vorschrift, wonach Schuldbeträge zugunsten von Gläubigern mit unbekanntem Aufenthalt an die Nationalbank „zugunsten wessen Rechts" einzuzahlen sind.

252. *Abänderung des BRB vom 19. Juli 1940 über die Durchführung des Abkommens vom 15. Juli 1940 über den Waren- und Zahlungsverkehr zwischen der Schweiz und Dänemark.* BR 11. März. S. 251.

Berücksichtigung der Uebereinkunft vom 6. März 1941.

253. *BRB betreffend die Erfüllung von Verbindlichkeiten aus spanischen Leistungen im Transitverkehr, vom 29. April.* S. 430.

254. *Verfügung betreffend Clearingzertifikate im Zahlungsverkehr mit dem Ausland.* Volkswirtschaftsdepartement 6. Mai. S. 515.

255. *Anwendung des BRB vom 6. Juli 1940 über die vorläufige Regelung des Zahlungsverkehrs zwischen der Schweiz und verschiedenen Ländern auf Jugoslawien und Griechenland.* BRB 13. Mai. S. 525.

256. *Verfügung betreffend die Anmeldung von Verpflichtungen aus gewerblichem und geistigem Eigentum im Zahlungsverkehr mit Frankreich.* Volkswirtschaftsdepartement 24. Juni. S. 710.

Die Anmeldung hat bei der Verrechnungsstelle in Zürich zu erfolgen.

257. *Anwendung des BRB vom 6. Juli 1940 über die vorläufige Regelung des Zahlungsverkehrs zwischen der Schweiz und verschiedenen Ländern auf die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.* BRB 25. Juni. S. 695.

258. *Verfügung betreffend die Anmeldung von Verpflichtungen aus gewerblichem und geistigem Eigentum und dergleichen im Zahlungsverkehr mit Belgien, den Niederlanden und Norwegen.* Volkswirtschaftsdepartement 21. Juli. S. 820.

259. *Einbeziehung des Zahlungsverkehrs der Schweiz mit dem Elsass, Lothringen, Luxemburg und der Untersteiermark in den deutsch-schweizerischen Verrechnungsverkehr.* BRB 24. Juli. S. 775.

In Durchführung des am 18. Juli 1941 abgeschlossenen zweiten Zusatzabkommens.

260. *Verfügung Nr. 2 betreffend die Durchführung der mit Deutschland getroffenen Vereinbarungen über den deutsch-schweizerischen Reiseverkehr.* Volkswirtschaftsdepartement 24. Juli. S. 778.

261. *Vorläufige Regelung des Zahlungsverkehrs zwischen der Schweiz und der Türkei.* BRB 31. Juli. S. 816.

262. *BRB über die Durchführung des Abkommens vom 10. September 1941 über den Waren- und Zahlungsverkehr zwischen der Schweiz und Kroatien, vom 22. September.* S. 1062.

263. *Ergänzung des BRB vom 2. Oktober 1940 über die Durchführung des Abkommens über den Waren- und Zahlungsverkehrs zwischen der Schweiz und Finnland.* BR 15. Oktober. S. 1154.

Das Volkswirtschaftsdepartement wird ermächtigt, die Zulassung von Warenforderungen zum Zahlungsverkehr von besonderen Bedingungen abhängig zu machen.

264. *Verfügung hiezu.* Volkswirtschaftsdepartement 16. Oktober. S. 1155.

Besondere Bedingung: dass der schweizerische Exporteur die von der Handelsabteilung festgesetzte, zur Preisüberbrückung für den Import finnischer Waren erforderliche Prämie bei der Nationalbank erlegt.

265. *Verfügung über die Anmeldung von Zahlungen für bei der schweizerischen Verrechnungsstelle angemeldete Forderungen auf Ungarn.* Volkswirtschaftsdepartement 21. Oktober. S. 1188.

266. *Geltungsbereich und Abänderung des BRB vom 20. April 1937 über den Zahlungsverkehr mit Ungarn.* BR 24. Oktober. S. 1198.

Anpassung an neues Abkommen vom 11. Oktober 1941.

267. *Verfügung betreffend Reiseverkehr Ungarn-Schweiz.* Volkswirtschaftsdepartement 12. November. S. 1264.

268. *BRB über die Durchführung des Clearingabkommens zwischen der Schweiz und Bulgarien vom 22. November 1941, vom 28. November.* S. 1360.

269. *Abänderung des BRB vom 28. November 1941 über die Durchführung des Clearingabkommens zwischen der Schweiz und Bulgarien.* BR 16. Dezember. S. 1485.

Besondere Bedingungen für die Zulassung zum Zahlungsverkehr können nun für alle Arten von Forderungen gestellt werden.

Landwirtschaft. Landesversorgung. Vieh. Lebensmittel. Jagd.

270. *Abänderung von Art. 1 des BG betreffend die Bekämpfung von Tierseuchen, vom 12. Dezember 1940.* S. 341.

Beifügung eines 3. Absatzes zu Art. 1 betreffend die Aufhebung der Bestimmungen des Gesetzes durch den Bundesrat für Krankheiten, die den Charakter der Gemeingefährlichkeit verloren haben.

271. *Verfügung Nr. 3 betreffend eine vorübergehende Abänderung der VO über den Verkehr mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen.* Departement des Innern 9. Januar. S. 31.

Verwendung von Saccharin.

272. *Verfügung Nr. 4.* Departement des Innern 24. Februar. S. 229.

Fettgehalt der Margarine, der Emulsionsfette für Bäckereien; Zusätze zu Schokolade.

273. *Verfügung Nr. 5.* Departement des Innern 15. März. S. 278.

Mindestgehalt des Bieres an Stammwürze.

274. *Verfügung Nr. 6.* Departement des Innern 3. Juni. S. 639.

Rahmeis. Bouillon-Präparate.

275. *Verfügung Nr. 7.* Departement des Innern. 21. Juni. S. 702.

Kaffe-Ersatzmittel.

276. *Verfügung Nr. 8.* Departement des Innern 4. August. S. 840.

Künstliche Süsstoffe (Saccharin etc.), Verschnitte von Cognac und Armagnac, Branntweine, Liköre.

277. *Verfügung Nr. 9.* Departement des Innern 2. Oktober. S. 1120.

Bindemittel für Salatsaucen, Süsstoff als Ersatz von Zucker. Schwarztee-Ersatzmittel.

278. *Verfügung Nr. 10.* Departement des Innern 20. Oktober. S. 1187.

Verschnitt von Weinen.

279. *Verfügung Nr. 11.* Departement des Innern 6. Dezember. S. 1452.

Meldung von neuen Lebensmitteln an das Eidgenössische Gesundheitsamt. Kupferverbindungen bei Gemüsekonserven. Fruchtsaftkonzentrate. Gewürzersatzmittel.

280. *Verfügung Nr. 12.* Departement des Innern 23. Dezember. S. 1519.

Yoghurt. Eierteigwaren, Schokolade und Kakaowaren.

281. *Ergänzung der VO über den Verkehr mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen.* BRB 24. Januar. S. 76.

Kanzleigebühr für Bewilligungen von gesundheitlichen Anpreisungen von Lebensmitteln etc.

282. *Verfügungen Nr. 13—25 des Volkswirtschaftsdepartements betreffend die Sicherstellung der Landesversorgung mit Lebens- und Futtermitteln.* 8. Januar—11. Dezember. S. 13, 261, 305, 526, 527, 657, 739, 887, 1070, 1128, 1186, 1330, 1487.

Gegenstand: Einsparungen an Lebensmitteln, Lagerhaltungspflicht der Müller, Fleischverbrauch, Eierversorgung, Ablieferung der inländischen Produktion an Getreide, Bohnen, Erbsen, Zuckerrübenverwertung etc.

Ferner ergingen die Verfügungen Nr. 12—Nr. 43 des Kriegs - Ernährungs - Amtes (über Kontingentierung der Schweineschlachtungen, Einschränkung des Fleischverbrauchs, Abgabe von Zucker, Rationierung von Kaffee, Thee, Käse, Nährmitteln, Eiern, über die Selbstversorger etc.).

283. *Verfügungen Nr. 1—4 betreffend die Getreide- und Futtermittelversorgung.* Volkswirtschaftsdepartement 20. Januar S. 49; 30. Mai S. 661; 20. August S. 931; 14. Oktober S. 1174.

Zentralisation der Einfuhr. Ablieferungspflicht von Neben- und Abfallprodukten zu Futterzwecken.

284. *Verfügungen XVIII bis XXXV des Kriegs-Ernährungs-Amtes über den Kauf und den Verkauf von Mahlprodukten zur menschlichen Ernährung, vom 15. Januar bis 9. Dezember.* S. 51, 86, 176, 221, 223, 265, 374, 440, 568, 691, 724, 941, 942, 1036, 1179, 1210, 1456, 1457.

285. *Herstellung und Vertrieb von landwirtschaftlichen Hilfsstoffen.* BRB 10. Januar. S. 22.

Förderung der Herstellung von Dünge- und Futtermitteln, Pflanzenschutzmitteln etc.; Untersuchungen. Unwahre Angaben beim Verkauf.

286. *Ausserordentliche Bodenverbesserungen zur Vermehrung der Lebensmittelerzeugung.* BRB 11. Februar. S. 137.

Der Bund leistet an die Gesamtkosten einen Beitrag von 30 bis 50 Prozent.

Die kantonalen Regierungen können für Bodenverbesserungen abweichende Verfahrensvorschriften erlassen. (Art. 6).

Das Volkswirtschaftsdepartement kann im Einvernehmen mit der kantonalen Regierung die zwangsweise Durchführung einer Bodenverbesserung anordnen.

Aufnahme einer Anmerkung über die Mitgliedschaft in das Grundbuch; Rechte und Pflichten gehen bei Veräusserung auf den Erwerber über.

287. *BRB über den Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft, vom 11. Februar.* S. 142.

288. *Verfügungen Nr. 1—3 des Volkswirtschaftsdepartements über den Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft.* 11. Februar S. 147; 26. Februar S. 240; 17. März S. 279.

289. *VO über die eidg. Viehzählung 1941.* BR 25. Februar. S. 183.

290. *Regelung des Mehl- und Brotpreises.* BRB 18. März. S. 275.

291. *Verfügung betreffend Veräusserung von Heu, Emd und Streue ab Wiese.* Volkswirtschaftsdepartement 20. März. S. 309.

Die Veräusserung ist nur mit Einwilligung der kantonalen Kriegswirtschaftsämter zulässig. Parzellen, deren Ertrag zur Veräusserung angeboten wird, können für den Mehranbau in Zwangspacht genommen werden.

292. *Erweiterung des Ackerbaues und Ersatzleistungen für Waldrodungen.* BRB 21. März. S. 297.

Nach einem vorliegenden Rodungsplan sollen vorläufig insgesamt 2000 ha Waldfläche gerodet werden.

Die gerodeten Flächen werden durch Aufforstungen in den Gebirgsgegenden ersetzt werden; an solche Projekte gewährt der Bund Beiträge bis 25 Prozent.

293. *Schaffung von Forstreservekassen des öffentlichen Waldbesitzes.* BRB 24. März. S. 299.

In diese Kassen sind Gelderträge aus zusätzlichen Holz- und Nebennutzungen einzulegen. Sie dienen zum späteren Ausgleich von Mindererträgen aus den Waldungen, zur Ausführung von forstlichen Verbesserungsarbeiten und zu Waldankäufen.

294. *Verfügung Nr. 7 über die Verarbeitung von Weizen, Roggen und Dinkel etc.* Volkswirtschaftsdepartement 27. März. S. 330.

Verkaufspreis für Backmehl etc. ab 1. April 1941. Erhöhung des Brotpreises ab 14. April 1941.

295. *Verfügung Nr. 1 betreffend die Getreide- und Futtermittelversorgung.* Kriegs-Ernährungs-Amt 31. März. S. 414.

Erhebung gestaffelter Preiszuschläge auf Brotgetreide und Hartweizen.

296. *Erhebung über den Anbau von Ackerkulturen.* Volkswirtschaftsdepartement 23. April. S. 433.

297. *Aufhebung des BRB vom 18. Oktober 1940 über die Erhebung von Ausgleichsabgaben auf Mahlweizen, Mahlroggen, Mahldinkel und Hartweizen.* BRB 24. April. S. 429.

298. *Streichung der Schweineseuche aus den Bestimmungen der Tierseuchengesetzgebung.* BRB 2. Mai. S. 505.

299. *BRB über die Sicherstellung der Landesversorgung mit Tieren, Fleisch, Fleischprodukten und tierischen Fetten, vom 9. Mai.* S. 517.

Ermächtigungsbeschluss zugunsten des Volkswirtschaftsdepartements.

In Art. 7 wird je eine 3tägige Beschwerde gegen Verfügungen von untern Stellen an das Kriegs-Ernährungs-Amt und gegen solche dieses letztern an das Volkswirtschaftsdepartement eingeräumt, das dann endgültig entscheidet.

Zu diesem BRB erliess das Volkswirtschaftsdepartement die Verfügungen Nr. 1 bis Nr. 3 (über Enteignung von Tieren, Handel und Verkehr, sowie Einlagerung von Fleisch). S. 530, 761, 1209.

Ferner erliess das Kriegs-Ernährungs-Amt eine Verfügung Nr. 1 über die Einlagerung von Fleisch (Unterstellung unter Bewilligungszwang). 28. Oktober. S. 1235.

300. *Verfügung über das Meldewesen im Gemüsebau.* Volkswirtschaftsdepartement 14. Mai. S. 534.

Die Meldungen haben zu erfolgen über Anbauflächen, Erntemengen und Vorräte an Gemüse. Die Sammlung der Meldungen erfolgt bei den Treuhandstellen der Schweizerischen Gemüse-Union. Zentralstelle ist das Kriegs-Ernährungs-Amt.

301. *Regelung des Mehl- und Brotpreises.* Volkswirtschaftsdepartement 30. Mai. S. 641.

Erhebung eines Ausgleichsbeitrags.

302. *Verfügung III über das Verbot des Verkaufes von frischem Brot.* Kriegs-Ernährungs-Amt 30. Mai. S. 642.

Verkauf von Kleingebäck. Führung einer Backkontrolle etc.

303. *Verfügung Nr. 1 über Herstellung und Vertrieb von landwirtschaftlichen Hilfsstoffen.* Volkswirtschaftsdepartement 10. Juni. S. 678.

Futtermittel.

304. *Abänderung von Art. 43, Ziff. 5, und Art. 55 des BG über Jagd und Vogelschutz, vom 13. Juni.* S. 1097.

Verbot von Stockflinten, Repetierwaffen, Luftgewehren etc. Strafbarkeit des Vorsatzes und der Fahrlässigkeit bei Jagdübertretungen (neue Fassung von Art. 55).

305. *Verwertung der Kirschenernte 1941.* Volkswirtschaftsdepartement 13. Juni. S. 663.

306. *Verfügung über die Verwertung der inländischen Kartoffelernte 1941 und die Kartoffelversorgung des Landes.* Volkswirtschaftsdepartement 18. Juni. S. 705.

307. *Verfügung über die Ernte, den Ankauf und Verkauf, den Transport, die Lagerhaltung und die Verwendung von Kartoffeln.* Kriegs-Ernährungs-Amt, Sektion für Kartoffeln etc. 1. Juli. S. 771.

Verpflichtung, die Kartoffeln voll ausreifen zu lassen. Abgabe nur zum normalen Bedarf etc.

308. *Organisation der eidg. Versuchsanstalt für Obst-, Wein- und Gartenbau, Wädenswil, und der eidg. Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau, Lausanne.* BRB 4. Juli. S. 734.

309. *Herabsetzung der Preiszuschläge auf Speisefetten und Speiseölen.* BRB 17. Juli. S. 759.

310. *VO über die eidg. Jagdbannbezirke und Wildasyle.* BR 12. August. S. 869.

311. *Ausübung der Jagd im Jahre 1941.* BRB 16. August. S. 913.

312. *Verfügung betreffend Förderung des Viehabsatzes.* Volkswirtschaftsdepartement 21. August. S. 932.

Bedingungen für die Gewährung ausserordentlicher Bundesbeiträge an den Ankauf von Zuchtstieren durch Zuchtgenossenschaften. Frachterleichterungen für Transporte von Gross- und Kleinvieh.

313. *Verwertung der Pflaumen-, Mirabellen- und Zwetschgenernte 1941.* Verfügung des Volkswirtschaftsdepartements 28. August. S. 957.

314. *Massnahmen zur Verwertung der Kernobsternte 1941 und Versorgung des Landes mit Tafel- und Wirtschaftsobst.* BRB 5. September. S. 989.

315. *Ergänzung des BRB über die Ausübung der Jagd im Jahre 1941.* BR 13. September. S. 1023.

Erteilung von Sonderbewilligungen zur Jagd in Befestigungszonen.

316. *Verfügung über die Landesversorgung mit Rauhfutter und Streuemitteln.* Kriegs-Ernährungs-Amt 20. September S. 1073. Berichtigung S. 1096.

317. *Abänderung der Fleischschauverordnung.* BR 29. September. S. 1085.

Bankwürdigkeit von Kalbfleisch etc.

318. *Verfügung über den Umbau und den Einsatz von landwirtschaftlichen Traktoren.* Volkswirtschaftsdepartement 27. September. S. 1087.

Massnahme zur Ausdehnung des Ackerbaues. Halter umgebauter Traktoren können verpflichtet werden, Arbeiten auf Rechnung Dritter auszuführen. Durchführung von Traktorenkursen.

319. *Massnahmen zur Umstellung des Obstbaues.* BRB 3. Oktober. S. 1113.

Zur Gewinnung von gutem Tafelobst und vollwertigem Mostobst und zugleich zur Verminderung des Brennobstanfalles. (Unterstützung von Baumpflegeaktionen, Kursen, Vorträgen etc.).

320. *Verfügungen Nr. 1 und 2 über die Ausdehnung des Ackerbaues.* Volkswirtschaftsdepartement 4. Oktober. S. 1156; 11. November S. 1306.

Selbstversorgungspflicht der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung etc.

321. *Schaffung von Forstreservekassen.* BRB 18. November. S. 1294.

Verpflichtung aller Eigentümer von öffentlichen Waldungen. Neu ist, dass die Einlage in besonderen Fällen durch Schuldentilgung erfolgen kann. Im übrigen stimmt dieser neue Beschluss mit dem früheren (vom 21. März 1941) fast wörtlich überein.

322. *Verfügung Nr. 1 über die Erzeugung, Verteilung und Verwendung von Kupfersalzen und kupferhaltigen*

Pflanzenschutzmitteln. Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amt und Kriegs-Ernährungs-Amt 25. November. S. 1347.

Zu dieser Verfügung erliess die Sektion für Düngewesen und Abfallverwertung eine Weisung (Abgabe nur gegen Rationierungsausweis etc.). S. 1350.

323. *Erhebung eines Ausgleichsbeitrages auf Hartweizen.* Volkswirtschaftsdepartement 26. November. S. 1392.

324. *Abänderung des BRB über die Hebung der Pferdezucht.* BR 28. November. S. 1357.

Berechnung der Prämien. Neu ist die Ermächtigung des Volkswirtschaftsdepartements, Leistungsprüfungen zu organisieren und hiezu Prämien zu verabfolgen.

325. *Abänderung der VVO zum BG betreffend die Bekämpfung von Tierseuchen.* BR 5. Dezember. S. 1447.

Verpflichtung der amtlichen Tierärzte, an besonderen Fortbildungskursen teilzunehmen.

326. *BRB über das Schlagen von Nuss-, Edelkastanien- und andern Laubholzbäumen, vom 8. Dezember.* S. 1448.

Behördliche Schlagbewilligung. Verbot des Kaufs und Verkaufs von stehenden Nussbäumen.

327. *Verfügung über die Anmeldung und die Verwendung der Kartoffelvorräte.* Sektion für Kartoffeln, Obst und Alkohol 10. Dezember. S. 1458.

328. *Verfügung über den Arbeitseinsatz bei Bodenverbeserungen zur Vermehrung der Lebensmittelerzeugung.* Volkswirtschaftsdepartement 17. Dezember. S. 1489.

Ausdehnung der Arbeitsdienstpflicht auf Bodenverbesserungen. Die Bodenverbesserungsarbeiten gelten als Bauwerke im Sinne von Art. 2 des BRB vom 17. April 1941 und es kommen dessen Vorschriften auch hier zur Anwendung.

329. *BRB über Massnahmen zur Bekämpfung des Rinderabortus Bang, vom 29. Dezember.* S. 1549.

Der neue Beschluss ersetzt den vom 6. August 1935.

330. *BRB betreffend die Vergütung der Seuchenschäden und die Ausrichtung von Bundesbeiträgen für die Bekämpfung der Seuchen, vom 30. Dezember.* S. 1547.

Der neue Beschluss ersetzt den vom 29. Dezember 1939.

Autoverkehr. Post. Seeschiffahrt.

331. *Abänderung von Art. 69 der VVO zum Bundesgesetz über den Motorfahrzeug- und Fahrradverkehr.* BR 21. Mai. S. 554.

Anhänger.

332. *Herabsetzung der Beförderungstaxe für abonnierte Zeitungen.* Post- und Eisenbahndepartement 15. November. S. 1317.

333. *BRB über die Erneuerung des Führerausweises, vom 5. Dezember.* S. 1410.

Abnahme einer Kontrollprüfung, wenn seit 2 Jahren keine Erneuerung mehr stattgefunden hat. Besondere Bestimmung für Personen, die im Militärdienst Motorfahrzeuge führen.

---

334. *BRB über die Seeschiffahrt unter der Schweizerflagge, vom 9. April.* S. 353.

Der rechtlichen Regelung dieses Bundesratsbeschlusses unterstehen diejenigen Seeschiffe, für die die Voraussetzungen des Bundesratsbeschlusses erfüllt sind. Als schweizerische Seeschiffe werden Seeschiffe anerkannt, die auf Grund einer vom Bundesrat erteilten Verleihung zur Führung der Schweizerflagge berechtigt und in das vom eidgenössischen Schiffsregisteramt geführte Register der Seeschiffe aufgenommen worden sind (Art. 5). Das Nähere über die Verleihung des Flaggenrechtes ist in den Art. 6 bis 9 bestimmt. Gemäss Art. 10 muss auch ein Dritter (Ausrüster), der das Schiff in seinen Betrieb übernehmen will, sich vom Bundesrat das Recht zur Führung der Schweizerflagge verleihen lassen. Solange die Schiffahrt mit dem Schiff durch einen Ausrüster betrieben wird, ruht das Flaggenrecht des Eigentümers. Jedes schweizerische Seeschiff hat die im Beschluss genau beschriebene Schweizerflagge zu führen, es darf nur einen Namen führen, der vom Seeschiffahrtsamt genehmigt worden ist. Für jede Aenderung des Namens ist die Genehmigung des Seeschiffahrtsamtes notwendig. In Basel wird ein Seeschiffahrtsamt der Schweizerischen Eidgenossenschaft eingerichtet. Gegen seine Verfügungen kann innert 10 Tagen beim Bundesrat als einziger Instanz Beschwerde geführt werden (Art. 2). Ebenfalls in Basel befindet sich der Registerhafen der schweizerischen Seeschiffe. Ferner wird in Basel ein eidgenössisches Schiffsregister geführt. Die schweizerischen Seeschiffe müssen in das vom Schiffsregisteramt geführte Register der Seeschiffe aufgenommen werden (Art. 14 und 75). Ueber das Recht zur Flaggenführung stellt der Bundesrat dem Beliehenen für jedes einzelne Schiff ein Flaggenzeugnis aus (Art. 21). Jeder Schiffseigentümer oder Ausrüster erhält einen vom Seeschiffahrtsamt in Verbindung mit dem Schiffsregisteramt ausgestellten Seebrief (Art. 22). Der Seebrief beurkundet, dass das Schiff zur Führung der Schweizerflagge berechtigt ist, ferner enthält er den wesentlichen Inhalt des dem Schiff im Register eröffneten Blattes.

Auf das Eigentum und die beschränkten dinglichen Rechte an schweizerischen Seeschiffen finden die Bestimmungen des Bundesgesetzes über das Schiffsregister vom 28. September 1923 Anwendung, soweit der vorliegende Bundesratsbeschluss nichts Abweichendes festsetzt (Art. 24). Den im Register eingetragenen Schiffsverschreibungen gehen die gesetzlichen Pfandrechte (Privilegien) laut internationalem Uebereinkommen vom 10. April 1926 vor.

Als Schiffsbesatzung dürfen nur Personen mit Befähigungsausweis angestellt werden (Art. 28). Das Seeschiffahrtsamt kann jederzeit die sofortige Entlassung unfähiger Angehöriger der Schiffsbesatzung verlangen. Für das Dienstverhältnis gelten die Bestimmungen des internationalen Uebereinkommens vom 24. Juni 1926 über den Heuervertrag der Schiffleute, sowie noch gewisse weitere internationale Uebereinkommen.

Näheres über die Stellung des Kapitäns enthalten die Art. 32—47 (nautische Führung des Schiffes, kommerzielle Führung des Schiffes, zivilrechtliche Verantwortlichkeit).

Es folgen Bestimmungen über das für schweizerische Seeschiffe geltende Frachtrecht, über die bei Schiffsunfällen massgebenden Rechtsregeln (anwendbar sind Bestimmungen der beiden internationalen Uebereinkommen vom 23. September 1910 zur einheitlichen Feststellung von Regeln über den Zusammenstoss von Schiffen und zur einheitlichen Feststellung von Regeln über die Hilfeleistung und Bergung in Seenot), über die grosse Haverei, über die Haftung des Eigentümers und über den Ausrüster (Art. 48—56).

Strafrecht für die schweizerischen Seeschiffe ist das neue schweizerische Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937, für die Angehörigen der Schiffsbesatzung auch das Militärstrafgesetz vom 13. Juni 1927. Für die Zuwiderhandlung gegen die Neutralitätspflichten gilt die besondere Vorschrift von Art. 59. Neue, speziell die Seeschiffahrt betreffende Straftatbestände werden in den Art. 60 bis 63 aufgestellt (unberechtigte Führung der Schweizerflagge, Entziehung schweizerischer Schiffe, unwahre Angaben im Verfahren über die Verleihung des Flaggenrechts, Verschweigung einer im Ausland erfolgten Registrierung, Bezeichnung eines Schiffes mit einem nichtgenehmigten Namen, Pflichtwidrigkeiten des Kapitäns etc.).

Nach Art. 65 gelten die schweizerischen Seeschiffe als schweizerisches Gebiet im Sinne der Art. 92 und 93 des Militärstrafgesetzes vom 13. Juni 1927 sowie im Sinne der Verordnung über die Handhabung der Neutralität vom 14. April 1939 und der weiteren, zur Aufrechterhaltung der Neutralität erlassenen allgemeinen oder besonderen Anordnungen und Weisungen.

Für alle Zivilklagen, die gegen den Eigentümer, Besitzer oder Kapitän eines schweizerischen Seeschiffes erhoben werden, besteht ein Gerichtsstand im Kanton Basel-Stadt (Art. 69).

Zur Verfolgung und Beurteilung der auf Seeschiffen begangenen strafbaren Handlungen sind die Behörden des Kantons Basel-Stadt zuständig; unter gewissen Voraussetzungen greift die Militärgerichtsbarkeit Platz.

Eine Wegleitung darüber, wie der Zivilrichter zu verfahren habe, wenn er bei der Beurteilung eines Rechtsstreites dem vorliegenden Bundesratsbeschluss und den in diesem Beschluss bezeichneten Uebereinkommen keine Norm entnehmen kann, enthält der Art. 72.

Die verschiedenen, im Bundesratsbeschluss genannten internationalen Uebereinkommen (denen die Schweiz nicht beigetreten ist, die aber vom Bundesrat als für die Schweiz verbindlich bezeichnet worden sind) sind in der Eidg. Gesetzessammlung auf S. 453 ff. abgedruckt worden. Es sind dies:

Internationales Uebereinkommen zur einheitlichen Feststellung einzelner Regeln über Hypotheken und Privilegien an Seeschiffen vom 10. April 1926, S. 453.

Internationales Uebereinkommen über den Heuervertrag der Schiffsleute vom 24. Juni 1926, S. 460.

Internationales Uebereinkommen über das Mindestalter für die Zulassung von Kindern zur Arbeit auf See, vom 9. Juli 1920, S. 464.

Internationales Uebereinkommen über die Gewährung einer Entschädigung für Arbeitslosigkeit infolge von Schiffbruch, vom 9. Juli 1920, S. 466.

Internationales Uebereinkommen über die pflichtmässige ärztliche Untersuchung der in der Seeschiffahrt beschäftigten Kinder und Jugendlichen, vom 11. November 1921, S. 468.

Internationales Uebereinkommen über das Mindestalter für die Zulassung von Jugendlichen zur Beschäftigung als Kohlenzieher oder Heizer, vom 11. November 1921, S. 470.

Internationales Uebereinkommen über die Heimschaffung der Schiffsleute, vom 23. Juni 1926, S. 472.

Internationales Uebereinkommen zur einheitlichen Feststellung einzelner Regeln über die Konnossemente, vom 25. August 1924, S. 475.

Internationales Uebereinkommen zur einheitlichen Feststellung einzelner Regeln über den Zusammenstoss von Schiffen, vom 23. September 1910, S. 482.

Internationales Uebereinkommen zur einheitlichen Feststellung einzelner Regeln über die Hilfeleistung und die Bergung in Seenot, vom 23. September 1910, S. 486.

Die York-Antwerpener-Regeln von 1924 betreffend die grosse Haverei (von de Konferenz der International Law Association in Stockholm angenommen), S. 490.

Internationales Uebereinkommen zur einheitlichen Feststellung einzelner Regeln über die Beschränkung der Haftung der Eigentümer von Seeschiffen, vom 25. August 1924, S. 498.

Die Angabe der Staaten, die den einzelnen Uebereinkommen ebenfalls angehören, befindet sich jeweils am Schluss des einzelnen Uebereinkommens. A. C.

Versicherung. Fürsorge. Sanität. Arbeitslose.

335. *BRB über die Ausdehnung der durch das Bundesgesetz betreffend Betäubungsmittel eingeführten Kontrolle, vom 9. Januar.* S. 21.

Ausdehnung auf Dihydrodesoxymorphin und dessen Salze.

336. *BRB über die Beteiligung des Bundes durch Vorschüsse an der vorläufigen Vergütung von Bombardierungsschäden, vom 28. Februar.* S. 225.

337. *BRB über den Beitrag der ausländischen Flüchtlinge an die Hilfsorganisationen für Emigranten, vom 18. März.* S. 273.

Die in der Schweiz zugereisten ausländischen Flüchtlinge, die mindestens ein Vermögen von Fr. 20 000.— besitzen, haben eine

einmalige Beisteuer zu leisten; diese setzt sich zusammen aus der Grundtaxe von Fr. 200.— und einem Hauptbeitrag von 1% bis maximal 12% des Vermögens. Der Satz von 12% kommt bei Vermögen von einer Million Franken und mehr zur Anwendung.

338. *Abänderungen und Ergänzungen zu der Pharmacopoea Helvetica, Editio quinta.* BR 29. März. S. 324.

Ermächtigung des eidg. Departement des Innern, die wegen der bestehenden Schwierigkeiten in der Beschaffung der Arzneistoffe notwendigen Abänderungen und Ergänzungen vorzunehmen.

339. *Versicherung der Besatzung der schweizerischen Seeschiffe gegen Unfall und Krankheit.* BRB 13. Juni. S. 669.

Ausschluss des Betriebes der gesamten Seeschiffahrt von der obligatorischen Versicherung.

Verpflichtung der Schiffseigentümer und Ausrüster zum Abschluss von Versicherungen.

340. *Verfügung über Versicherung der Besatzung der schweizerischen Seeschiffe gegen Unfall und Krankheit.* Volkswirtschaftsdepartement 6. August. S. 884.

Umfang der von den Schiffseigentümern und Ausrüstern abzuschliessenden Versicherungen.

341. *Abänderung von Art. 43 der VO betreffend den Verkehr mit Betäubungsmitteln.* BR 26. September. S. 1084.

Gebühr für Ein- und Ausfuhr.

342. *Beitragsleistung des Bundes an Notstandsaktionen zugunsten der minderbemittelten Bevölkerung.* BRB 10. Oktober. S. 1141.

Als Notstandsaktionen, für die der Bund Beiträge gewährt, gelten Zuwendungen in natura, die Abgabe von Gutscheinen zum Bezuge verbilligter Lebensmittel, Brennmaterial, Mietzins- und Barzuschüsse. Der Beitrag des Bundes beträgt einen Drittel.

343. *Ausrichtung von Teuerungszulagen an Rentenbezüger der beiden Personalversicherungskassen des Bundes für die Jahre 1941 und 1942.* BRB 18. November. S. 1325.

344. *Teuerungszulagen an Rentner der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt.* BRB 18. November. S. 1525.

345. *Verlängerung der Geltungsdauer des BRB betreffend die Kontrolle der Sera und Impfstoffe für die Verwendung am Menschen.* BRB 26. November. S. 1329.

Verlängerung auf unbestimmte Zeit.

346. *Abänderung der VO über die Beaufsichtigung von privaten Versicherungsunternehmungen.* BR 19. Dezember. S. 1516.

Von den vielen Aenderungen, die durch den obigen BRB herbeigeführt werden, sind hervorzuheben: die Erleichterung hinsichtlich des Sicherungsfonds, indem der sog. Zuschuss auf 1%

des Deckungskapitals bestimmt wird und nicht zu steigern ist, die Verpflichtung, den ganzen Bestand an schweizerischen Versicherungen nur in Schweizerwährung abzuschliessen und die Verpflichtung, den Sicherungsfonds für die auf schweizerische Währung lauteten Verpflichtungen im ganzen Umfang in schweizerischen Werten zu bestellen, das Recht des eidg. Versicherungsamtes, jetzt hinsichtlich aller Arten von Anlagewerten Bedingungen aufzustellen oder die Zulassung zu beschränken, die Verpflichtung, die Kaution nun im ganzen Betrag in schweizerischen Werten zu bestellen.

347. *BRB über Alters- und Hinterlassenenfürsorge, vom 24. Dezember.* S. 1527.

Der Bund stellt den Kantonen zur Fürsorge von Greisen, Witwen und Waisen 19 Millionen Franken zur Verfügung. Daraus sollen an bedürftige Greise, Witwen und Waisen schweizerischer Nationalität, die bisher nicht oder nur vorübergehend Armenunterstützungen erhielten, Fürsorgebeiträge ausgerichtet werden. Diese Fürsorgebeiträge dürfen nicht als Armensache behandelt werden.

Weitere 2,5 Millionen Franken werden der Stiftung für das Alter gewährt.

348. *BRB über Fürsorge für ältere Arbeitslose, vom 24. Dezember.* S. 1537.

Der Bund gewährt den Kantonen für die Jahre 1942 bis 1945 Beiträge von 80% der entsprechend den Bundesvorschriften ausgerichteten Fürsorgebeiträge. Zum Bezug sind nur dauernd arbeitslos gewordene bedürftige Personen von 55 bis 65 Jahren schweizerischer Nationalität berechtigt. Ausnahmsweise kann die Fürsorge bis zum 70. Altersjahr gewährt werden, jedoch längstens auf drei Jahre. Die Fürsorge für ältere Arbeitslose darf nicht als Armensache behandelt werden.

Die in die Fürsorge für ältere Arbeitslose einbezogenen Personen können weder der Arbeitslosenversicherung noch der Krisenhilfe weiterhin teilhaftig werden. Sie haben sich zur Arbeitsvermittlung in einem besonderen Register einzuschreiben.

349. *Beitragsleistung an die Schweizerische Winterhilfe.* BRB 24. Dezember. S. 1545.

Einmaliger Bundesbeitrag von 500 000 Franken mit näheren Bestimmungen über die Verwendung (Berücksichtigung der Gebirgsgegenden etc.). Der Bundesrat bestellt zwei Vertreter in den Leitenden Ausschuss, die Kantonsregierungen entsenden je einen Vertreter in die kantonalen Komitees.

VII. Rechtsorganisation.

350. *Aenderung des BRB vom 5. Oktober 1929 über die Einreihung der Aemter der Beamten (Aemterklassifikation).* IX. Nachtrag. BR 11. Februar. S. 157.

Betrifft Amt für Verkehr (früher genannte Eisenbahnabteilung).

351. *Aenderung der Gebührenordnung zum BG über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer.* BR 7. März. S. 247.

Neu: Erstbehandlungszuschlag.

352. *Gebührentarif Nr. 36 über die Erteilung von Einfuhrbewilligungen.* Volkswirtschaftsdepartement 25. März. S. 303.

Zu Verfügung Nr. 14.

353. *Vorläufige Neuordnung der Bezüge und der Versicherung des Bundespersonals.* BRB 30. Mai. S. 617.

354. *Vorübergehende Herabsetzung der Gehälter und Pensionen der Mitglieder des Bundesrates, des Bundeskanzlers, der Mitglieder der beiden eidgenössischen Gerichte, von Kommandanten von Heereseinheiten und der Professoren der Eidg. Technischen Hochschule.* BRB 25. Juni. S. 693.

355. *Vorübergehende Verstärkung des eidg. Versicherungsgerichts.* BRB 24. Juli. S. 773.

Die Wahl der Ersatzmitglieder wird neu geregelt; ferner wird die Zuständigkeit für Streitsachen von 10 000 Fr. an neu geordnet.

356. *Ausrichtung von Herbstzulagen an das Bundespersonal.* BRB 21. Oktober. S. 1181.

357. *Abänderung des BRB vom 5. Oktober 1929 über die Einreihung der Aemter der Beamten (Aemterklassifikation). X. Nachtrag.* BR 27. November. S. 1446.

Hauptbuchhalter und Revisoren der Steuerverwaltung.

358. *Ergänzung des BRB über die vorläufige Neuordnung der Bezüge und der Versicherung des Bundespersonals.* BR 12. Dezember. S. 1477.

Heiratszulagen.

359. *Unterstellung der Abteilung Presse und Funkspruch im Armeestab unter den Bundesrat.* BRB 30. Dezember. S. 1560.

Zweiter Teil.

Kantonales Recht.

I. Konkordate.

360. *Internationale Uebereinkunft betreffend die Ausübung des Viehhandels. Beitritt der Kantone St. Gallen und Schwyz.* 18. Oktober. Eidg. GS 57, S. 1268. Schwyz RR 19. September. ABl Schwyz Nr. 39. St. Gallen GrR 13. Mai. GS St. Gallen XVII S. 197.

361. *Abänderung von Art. 12 des Uebereinkommens zwischen den Kantonen St. Gallen und Glarus betreffend die Regelung der Schiffahrt auf dem Walensee vom 21. April 1921/17. Mai 1922.* Genehmigt vom Eidg. Post- und Eisenbahndepartement am 20. Juni 1941. Glarus: Nachträge zum LB, 5. Heft S. 178.

362. *Melioration der Linthebene in den Kantonen Schwyz und St. Gallen. Geschäftsreglement.* Meliorationskommission 30. Oktober 1941. Vom BR genehmigt am 14. November. Text ABl Schwyz Nr. 52.

363. *Compléments au concordat sur la pêche dans le lac de Neuchâtel, du 7 octobre 1936, pour l'année 1942.* Commission intercantonale 13. octobre. Vaud F. o. No. 102. Neuchâtel F. o. No. 102.

364. *Modifications et adjonctions au concordat sur la pêche dans les eaux suisses du lac Léman.* Commission intercantonale 25 novembre 1940. Genève F. o. No. 25.

365. *Compléments au concordat susmentionné.* Commission intercantonale 18 décembre. Genève F. o. No. 298. Recueil p. 172. Vaud F. o. No. 102.

II. Staatsrecht.

366. Bern. *Geschäftsordnung für den GrR (Abänderung).* GrR 19. November. ABl Nr. 94. GS S. 103.

Erhöhung der Taggelder.

367. Uri. *Abänderung der VO betreffend Stimmrecht und kantonale geheime Abstimmung vom 8. April 1929.* LR 20. März. ABl Nr. 13.

Aufstellung der Stimmurnen (Zeit).

368. Schwyz. *Aufstellung einer Stimmurne auf dem Stoos, Gemeinde Morschach.* KR 29. Januar. ABl Nr. 8.

369. Obwalden. *Ausserordentliche Vollmachten.* Ldg 27. April. LB VII S. 348.

Ermächtigung des KR für die Dauer der kriegswirtschaftlichen Massnahmen deren Vollzug durchzuführen, selbst wenn dadurch seine verfassungsmässige Ausgabenkompetenz überschritten werden sollte.

370. Nidwalden. *VO über die Wahl der eidgenössischen Geschworenen.* LR 5. April. ABl Nr. 15.

371. Nidwalden. *Kriegswirtschaftliche Kompetenzen an den LR.* Ldg 27. April. ABl Nr. 18.

Ermächtigung des LR während der Dauer von zwei Jahren auch diejenigen kriegswirtschaftlich bedingten Massnahmen des Kantons durchzuführen, die nach der Verfassung der Ldg zustehen. Der LR ist angewiesen, von diesen Vollmachten sparsamsten Gebrauch zu machen und gehalten, der nächsten Ldg von den getroffenen Massnahmen Kenntnis zu geben.

372. Schaffhausen. *VerfassungsG betreffend Abänderung der Art. 30, 74, 79 und 87 der Kantonsverfassung.* GrR 22. September. Volksabstimmung 14. Dezember. Text s. BBl 1942 S. 92. Eidg. Gewährleistung durch BB vom 20. März 1942. Eidg. GS 58 S. 292.

Durch Art. 30 wird die parlamentarische Immunität der Mitglieder des GrR und des RR verankert, die bisher schon galt, obwohl ihr durch die Aufhebung des VerantwortlichkeitsG der Boden entzogen worden war. Die übrigen Aenderungen betreffen die Zuständigkeit der Gerichte und das Verfahren in Strafsachen.

373. Graubünden. *Abänderung von Art. 50 der Kantonsverfassung.* Volksabstimmung 2. März. Text separat erschienen. Eidg. Gewährleistung durch BB vom 5. Dezember. Eidg. GS 57 S. 1422.

Aufhebung der Verfassungsbestimmung über die Anklagekammer, die im EinführungsG zum Strafgesetzbuch neu organisiert wurde.

374. Aargau. *G über das Bürgerrecht.* GrR 29. Oktober 1940. Volksabstimmung 26. Januar. GS XVI Nr. 54.

Bisher entschieden die Ortsbürgergemeinden über die Aufnahme ins Bürgerrecht, während die Armenunterstützung seit 1936 auf den Einwohnergemeinden, die bei der Aufnahme nichts zu sagen hatten, lastete. Die daraus entstandenen Unzuträglichkeiten löst das neue G durch eine Teilung des Bürgerrechts: Die Einwohnergemeinde entscheidet über die Aufnahme ins Gemeindebürgerrecht und setzt die Einkaufssumme fest. Die Ortsbürgergemeinde kann dann nachträglich noch die Aufnahme ins Ortsbürgerrecht vollziehen, die zum Genuss des Bürgernutzens (des sog. „Bürgerknebels") berechtigt. Die Einbürgerung von Bewerbern, die schon lange im Kanton wohnhaft sind, wird erleichtert, anderseits aber für Ausländer erschwert, die mindestens 10 Jahre in der Schweiz und 5 Jahre in der betreffenden Gemeinde gewohnt haben müssen. Angehörige anderer Kantone haben, auch wenn sie noch so lange in einer Gemeinde niedergelassen sein mögen, keinen Anspruch auf Aufnahme ins Bürgerrecht. Für die Taxen und Gebühren ist ein vom GrR zu erlassender Rahmentarif massgebend. W. F.

375. Aargau. *Reglement über die Geschäftsführung des GrR (Grossratsreglement).* GrR 20. Februar. GS XVI Nr. 50.

376. Aargau. *VVO zum G vom 29. Oktober 1940 über das Bürgerrecht.* RR 25. April. GS XVI Nr. 55.

377. Aargau. *D betreffend Einkaufssummen und Gebühren im Bürgerrechtswesen.* GrR 26. Juni. GS XVI Nr. 56.

378. Ticino. *Legge sulla concessione della cittadinanza cantonale e l'attinenza comunale.* GrC 15 maggio/13 ottobre. B. o. No. 31.

Ins Bürgerrecht werden nur Gesuchssteller aufgenommen, die sich genügend assimiliert haben, die italienische Sprache, sowie die Geographie und Geschichte der Schweiz kennen. Erleichterungen werden gewährt, wenn der Gesuchsteller im Kanton geboren ist. Die Gebühren betragen bis zu Fr. 20 000.— für die Gemeinden und bis zu Fr. 10 000.— für den Kanton.

379. Vaud. *A autorisant diverses communes à former des sections de l'assemblée de cercle.* CE 18 février. F. o. No. 15.

Bewilligung im Hinblick auf die Wahlen des GrR.

380. Vaud. *Loi modifiant l'article 6, alinéa 2, de la loi du 3 décembre 1881 sur la naturalisation et la renonciation à la nationalité.* GrC 1er septembre. F. o. No. 73 Recueil p. 279.

Erhöhung der Einbürgerungsgebühren auf Fr. 300.— bis Fr. 10 000.—.

381. Vaud. *D concernant l'élection des jurés fédéraux.* GrC 2 septembre. F. o. No. 74. Recueil p. 298.

Wahlverfahren.

382. Neuchâtel. *D relatif à l'ajournement des élections cantonales.* GrC 21 mai. F. o. No. 41.

383. Genève. *Loi modifiant la loi du 27 mai 1903 du règlement du GrC.* GrC 29 mars. F. o. No. 77, 108. Recueil p. 42.

Verfahren bei Interpellationen, Sitzungspolizei.

384. Genève. *Loi modifiant la loi sur les votations et élections du 3 mars 1906.* GrC 22 novembre. F. o. No. 276, 305. Recueil p. 156.

Voraussetzungen für die Aufnahme auf die Wahllisten, Strafbestimmungen für Wahlvergehen.

---

385. Zürich. *Abänderung der VO betreffend die Einrichtung und Herausgabe des ABl.* RR 27. November ABl S. 1728. GS 36 S. 465.

Abonnementspreis und Insertionsgebühren.

386. Bern. *Herausgabe einer neuen GS.* RRB 13. Juni. GS S. 22.

Die bisher erschienene GS wird mit dem Jahre 1940 abgeschlossen. Ab 1941 erscheinen jährlich Zusatzbände.

387. Schaffhausen. *VO betreffend die Bekanntmachungen im ABl.* RR 26. November. ABl Nr. 48.

Insertionsgebühren.

Gemeindewesen

(Organisation, Staatliche Hilfe, Aufsicht etc.).

388. Bern. *D über die Vereinigung der Burgergemeinden Reiben und Meinisberg.* GrR 9. Juni. ABl Nr. 47. GS S. 21.

389. Obwalden. *Ausrichtung eines Beitrages an die Einwohnergemeinden aus dem obwaldnerischen Anteil am Währungsausgleichsfonds der Schweiz. Nationalbank.* Ldg 27. April. LB VII S. 346.

Beitrag von Fr. 4.— pro Kopf der Wohnbevölkerung.

390. Solothurn. *VO betreffend die Klassifikation der Bürgergemeinden für die Bürgerrechts-Einkaufstaxen und die Staatsbeiträge an die Armenlasten der Bürgergemeinden.* RR 28. Dezember 1940. GS 75 S. 170.

391. Basel-Stadt. *Abänderung des Gemeindegesetzes vom 6. Juli 1916.* GrR 20. März. GS 39 S. 23.

Verlängerung der Amtsdauern von Bürgerrat und weiterem Bürgerrat von 3 auf 4 Jahre.

392. Aargau. *D über die Aenderung des Namens der Gemeinde Meienberg in „Sins".* GrR 10. September. GS XVI Nr. 60.

393. Vaud. *A complétant provisoirement l'article 21 de la loi du 16 septembre 1885 sur l'organisation des autorités communales.* CE 8 juillet. F. o. No. 55.

Verzicht auf Ergänzungswahlen, wenn eine Vakanz innert den letzten 6 Monaten vor den Neuwahlen eintritt.

394. Vaud. *Loi modifiant l'article 21 de la loi du 16 septembre 1885 sur l'organisation des autorités communales.* GrC 1er septembre. F. o. No. 73. Recueil p. 282.

In der Hauptsache gesetzliche Verankerung des vorstehenden A.

395. Genève. *Loi modifiant l'article 29 de la loi sur l'administration des communes, du 28 mars 1931.* GrC 25 juin. F. o. No. 148. Recueil p. 80.

Beschlussfähigkeit der Gemeinderäte ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder.

III. Kirchliches.

396. Fribourg. *D relatif à l'érection d'une paroisse protestante à Estavayer-le-Lac.* GrR 8 mai. F. o. No. 20. GS 110 S. 37.

397. Fribourg. *D concernant la modification d'un article de la Convention du 23 avril 1858 relative à la surveillance des biens du clergé.* GrC 12 novembre. F. o. No. 48. GS 110 S. 63.

Aufsicht über das Vermögen des Kapitels St. Niklaus.

398. Vaud. *A sanctionnant le nouveau règlement de l'Eglise nationale évangélique réformée du canton de Vaud.* CE 21 février. F. o. No. 16. Recueil p. 161.

399. Vaud. *D augmentant les forces pastorales dans les paroisses de Lausanne, Pully et Renens.* GrC 10 décembre. F. o. No. 101. Recueil p. 437.

400. Neuchâtel. *D portant revision des articles 71 et 73 de la Constitution cantonale.* GrC 19 mai. Votation populaire 5/6 juin. Approuvé par l'Assemblée fédérale le 30 septembre. Recueil p. 119. Eidg. GS 57, S. 1102.

Abänderung im Hinblick auf die geplante Fusion der protestantischen Kirchen.

401. Neuchâtel. *D concernant l'application des articles 71 et 73 de la Constitution cantonale.* GrC 19 mai. Votation populaire 5/6 juillet. F. o. No. 41. Recueil p. 123.

Fusion der Eglise nationale und der Eglise indépendante, die sich im Jahre 1873 infolge eines damals erlassenen KirchenG, das die Beziehungen zwischen Staat und Kirche regelte, getrennt hatten.

IV. Zivilrecht. Notariat.
Zivilprozess.

402. Luzern. *Vollzug des BG über die Handelsreisenden.* RR 26. Dezember. KBl Nr. 52. GS 12 S. 639.

403. Uri. *Einführungsbestimmungen zum Schweizerischen Obligationenrecht.* LR 19. Dezember 1940. Volksabstimmung 4. Mai. ABl Nr. 15.

Ergänzende Zuständigkeitsbestimmungen.

404. Schwyz. *Vollzug des BRB über die Allgemeinverbindlichkeit von Gesamtarbeitsverträgen.* RR 3. November. ABl Nr. 45.

405. Glarus. *Ergänzung des G über die Einführung des Schweizerischen ZGB durch einen neuen § 227a.* Ldg 4. Mai. Nachträge zum LB, 5. Heft S. 197.

Kanton, Gemeinden und gewisse öffentlichrechtliche Korporationen haben Anspruch auf Errichtung eines gesetzlichen Grundpfandrechtes für verfallene Beiträge an die Kosten der Erstellung, der Korrektion, Bodenverbesserungen, Anlagen von Wassersammlern und dergl.

406. Glarus. *Abänderung von § 28 des Reglements über die Grundbuchvermessung im Kanton Glarus.* RR 13. November. Nachträge zum LB, 6. Heft S. 301.

Kostentragung.

407. Zug. *Form und Aufbewahrung der Grundbuchbelege, insbesondere der Kauf- und Dienstbarkeitsverträge.* RR 14. November. ABl Nr. 47.

Vorschrift des Normalformates. Aufbewahrung in chronologischer Ordnung.

408. Zug. *VVO zum BRB über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen.* RR 19. November. ABl Nr. 47. GS XIV S. 455.

409. Fribourg. *Loi adaptant la loi du 17 novembre 1933 aux dispositions du CO revisé.* GrC 18 novembre. F. o. No. 48. GS 110 S. 64.

Gebührenreduktion bei Umwandlung bestehender Gesellschaften in eine andere Form oder bei Fusion, ebenso bei Grundstückübertragungen.

410. Solothurn. *VO über die Zwangspacht.* RR 14. Februar. ABl Nr. 8. GS 75 S. 200.

411. Baselland. *Reglement betreffend die Aufsicht über die Stiftungen.* RR 7. Januar. ABl I Nr. 2.

412. Appenzell A.-Rh. *Uebereinkommen mit Appenzell I.-Rh. betreffend die Beurkundung und die grundbuchliche Behandlung von Rechtsgeschäften über dingliche Rechte an Grundstücken, die in beiden Kantonen liegen, vom 9./12. November 1940.* Vom BR genehmigt am 16. Januar. Vom KR Appenzell A.-Rh. genehmigt am 24. März. GS Appenzell A.-Rh. IV S. 431.

413. Appenzell A.-Rh. *Uebereinkommen mit St. Gallen betreffend die Beurkundung und die grundbuchliche Behandlung von Rechtsgeschäften über dingliche Rechte an Grundstücken, die in beiden Kantonen liegen, vom 9. Juli/24. August 1940.* Vom BR genehmigt am 17. September 1940.

Vom KR Appenzell A.-Rh. genehmigt am 24. März 1941. GS Appenzell A.-Rh. IV S. 429. Vom KR St. Gallen genehmigt am 24. August 1940. GS St. Gallen XVII S. 215.

414. St. Gallen. *VO über die entgeltliche Vermittlung land- und forstwirtschaftlicher Liegenschaften (Normal-Mäklervertrag).* RR 22. April. ABl Nr. 18. GS XVII S. 131.

415. Aargau. *VVO zum BRB vom 1. Oktober 1941 über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen.* RR 24. Oktober. GS XVI Nr. 63.

416. Thurgau. *Bereinigung und Entlastung der Grundbuchamtsarchive.* RR 22. September. ABl Nr. 44. GS 19 S. 193.

Vernichtung alter Akten aus der Zeit vor 1912.

417. Vaud. *Loi sur le registre foncier.* GrC 28 mai. Recueil p. 206.

418. Vaud. *A concernant l'assermentation des officiers de l'état civil et de leurs suppléants.* CE 16 juillet. F. o. No. 57. Recueil p. 252.

419. Vaud. *D abrogeant les D ayant accordé avant 1912 la personnalité morale à diverses associations, fondations et autres institutions.* GrC 2 septembre. F. o. No. 74. Recueil p. 289.

420. Vaud. *A abrogeant les A ayant accordé, avant 1912, la personnalité morale à diverses associations, fondations et autres institutions.* CE 29 septembre. Fr. o. No. 79. Recueil p. 311.

421. Neuchâtel. *A portant modification temporaire des articles 74, 77, 79, 87 et 89 et adjonction d'un article 94bis, à la loi du 22 mars 1910 concernant l'introduction du Code civil suisse.* CE 21 mars. F. o. No. 24. Recueil p. 108.

Verfahren bei Bodenverbesserungen.

422. Neuchâtel. *A concernant le prix du chauffage des locaux loués.* CE 11 septembre. F. o. No. 73.

423. Neuchâtel. *A concernant les loyers dûs par des soldats mobilisés.* CE 4 novembre. F. o. No. 91.

424. Neuchâtel. *A prolongeant la validité de l'A du 5 novembre 1937 concernant les transferts immobiliers rendus nécessaires par l'entrée en vigueur du Code des obligations revisé.* CE 6 décembre. F. o. No. 98. Recueil p. 133.

---

425. Zürich. *Massnahmen gegen die Bodenspekulation.* RR 20. November. ABl S. 1666.

426. Bern. *Land- und forstwirtschaftlicher Liegenschaftsverkehr.* RRB 14. März. ABl Nr. 26. GS S. 15.

Zuständigkeit der Regierungsstatthalter.

427. Bern. *Weiterer Beschluss.* RRB 17. Oktober. ABl Nr. 82. GS S. 91.

428. Bern. *VO zu den BRB über Massnahmen gegen die Bodenspekulation und die Ueberschuldung sowie zum Schutze der Pächter.* RR 9. Dezember. ABl Nr. 98. GS S. 114.

429. Luzern. *Abänderung des B vom 8. Februar 1940 über die Verlängerung des Pachtverhältnisses im Sinne von Art. 33 des BRB über Massnahmen gegen die Bodenspekulation und die Ueberschuldung, sowie zum Schutze der Pächter.* RR 21. Januar. KBl Nr. 4. GS 12 S. 532.

430. Obwalden. *Ausführungsvorschriften zum BRB über Massnahmen gegen die Bodenspekulation und die Ueberschuldung sowie zum Schutze der Pächter.* RR 29. November. ABl Nr. 49.

431. Fribourg. *A modifiant partiellement celui du 12 février 1940 en ce qui concerne le transfert de propriétés rurales.* CE 17 juin. F. o. No. 25. GS 110 S. 46.

432. Solothurn. *Abänderung der VVO vom 3. Februar 1940 zum BRB vom 19. Januar 1940 über Massnahmen gegen die Bodenspekulation und die Ueberschuldung sowie zum Schutze der Pächter.* RR 18. November. ABl Nr. 47. GS 75 S. 326.

433. Appenzell A.-Rh. *Revision von § 1 der VVO zum BRB über Massnahmen gegen die Bodenspekulation und die Ueberschuldung, sowie zum Schutze der Pächter vom 19. Januar 1940.* RR 1. Dezember. ABl Nr. 49.

Anwendbarkeit auf alle Grundstücke mit einem Flächeninhalt von mindestens 36 Aren.

434. Thurgau. *Durchführung des mit BRB vom 7. November 1941 abgeänderten BRB vom 19. Januar 1940 über Massnahmen gegen die Bodenspekulation sowie zum Schutze der Pächter.* RR 24. November. ABl Nr. 54.

435. Ticino. *D esec. modificante gli art. 1 e 24 del regolamento cantonale 13 febbraio 1940 di applicazione del D fed. 19 gennaio 1940 che istituisce misure contro le speculazioni fondiarie e l'indebitamento e per la protezione degli affittuari.* CSt 25 febbraio. B. o. No. 5.

Anwendbarkeit des BB im Kanton. Gebühren.

436. Ticino. *D esec. che modifica alcuni articoli del Regolamento 13 febbraio 1940 di applicazione del D del*

Consiglio federale 19 gennaio 1940 che istituisce misure contro le speculazioni fondiarie e l'indebitamento e per la protezione degli affituari. CSt 14 novembre. B. o. No. 29.

437. Vaud. *A complétant celui du 6 février 1940 concernant l'application de l'A du Conseil fédéral du 19 janvier 1940 instituant des mesures contre la spéculation sur les terres et contre le surendettement, ainsi que pour la protection des fermiers.* CE 14 octobre. F. o. No. 83. Recueil p. 362.

438. Wallis. *Anwendung des BRB vom 19. Januar 1940 über Massnahmen gegen die Bodenspekulation und die Ueberschuldung, sowie zum Schutze der Pächter.* StR 28. August. ABl Nr. 36.

439. Wallis. *Anwendung des BRB vom 7. November 1941 über die Abänderung der Massnahmen gegen die Bodenspekulation, sowie zum Schutze der Pächter.* StR 21. November. ABl Nr. 48.

440. Neuchâtel. *A d'exécution de l'A fédéral du 19 janvier 1940 instituant des mesures contre la spéculation sur les terres et contre le surendettement, ainsi que pour la protection des fermiers, modifié par l'A du Conseil fédéral du 7 novembre 1941.* CE 12 décembre. F. o. No. 99.

441. Genève. *A pour l'application dans le canton de Genève des dispositions de l'A du Conseil fédéral du 19 janvier 1940 instituant des mesures contre la spéculation sur les terres et contre le surendettement, ainsi que pour la protection des fermiers.* CE 20 août. F. o. No. 201. Recueil p. 95.

442. Genève. *A pour l'application dans le canton de Genève des dispositions des A du Conseil fédéral des 19 janvier 1940 et 7 novembre 1941 instituant des mesures contre la spéculation sur les terres et contre le surendettement, ainsi que pour la protection des fermiers.* CE 18 novembre. F. o. No. 273. Recueil p. 144.

---

443. Ticino. *D leg. modificante l'art. 52 lett e) della legge 20 febbraio 1940 sul notario.* GrC 21 aprile. B. o. No. 13.

444. Vaud. *A modifiant l'article 87 de la loi du 18 novembre 1940 sur le notariat.* CE 14 juin. F. o. No. 48. Recueil p. 236.

Verwendung von vorgedruckten Formularen für bestimmte Akte.

445. Vaud. *Règlement d'exécution de la loi du 18 novembre 1940 sur le notariat.* CE 30 juillet. Recueil p. 258.

---

446. Uri. *Abänderungen der Zivilprozessordnung.* LR 27. November. ABl Nr. 49.

Zufolge der Einführung des StGB nötig gewordene Abänderung der Bestimmungen der Vaterschaftsprozesse.

447. Basel-Stadt. *Abänderung des G betreffend das staatliche Einigungsamt vom 9. November 1911.* GrR 20. März. Volksabstimmung 18. Mai. GS 39 S. 27.

Nichtwählbarkeit von Ausländern.

448. Appenzell A.-Rh. *Reglement für das kantonale Einigungsamt.* RR 5. September. Vom BR genehmigt am 6. Oktober. GS IV S. 463.

449. Genève. *A modifiant l'A du CE instituant un Office cantonal de conciliation des 11 octobre 1918, 6 décembre 1919 et 11 mars 1936.* CE 17 juin. F. o. No. 141. Recueil p. 75.

Ausschluss von Ausländern.

---

450. Vaud. *A sur le registre des actes de défaut de biens.* CE 29 septembre. F. o. No. 79. Recueil p. 307.

V. Strafrecht. Strafprozess. Strafvollzug.

451. Zürich. *Abänderung des Art. 31, Ziffer 8, und des Art. 56 der Kantonsverfassung.* KR 24. März. Volksabstimmung 6. Juli. ABl S. 803. GS 36 S. 453. Eidg. Gewährleistung durch BB vom 1. Oktober. Eidg GS 57 S. 1105.

Die Begnadigung wird dem Kantonsrat vorbehalten. Die Gesuche sind an den Regierungsrat zu richten. Dieser kann jedoch abgesehen von Urteilen über politische Verbrechen und Vergehen, bei lebenslänglicher Zuchthausstrafe, sowie bei Delikten mit erhöhtem Mindestmass der Zuchthausstrafe, nach freiem Ermessen über die Weiterleitung einer Begnadigungssache an den Kantonsrat oder über die Abweisung entscheiden (§ 491 StPO). Für nach kantonalem Strafrecht ausgesprochene Bussen ist eine Begnadigung ausgeschlossen. § 14 EG. Diese Vorschriften knüpfen an die altbewährte Praxis an; sie erscheinen als gerechtfertigt zur Vermeidung einer missbräuchlichen Belastung des Kantonsrates mit Begnadigungsgesuchen und zur Verhinderung von unangemessenen Eingriffen in die Rechtspflege seitens der gesetzgebenden Behörde. Sto

452. Zürich. *EinführungsG zum Schweizerischen Strafgesetzbuch.* KR 21. April. Volksabstimmung 6. Juli ABl S. 655. GS 36 S. 380.

Das Einführungsgesetz enthält ausser dem kantonalen Strafrecht eine grosse Zahl von Einzelvorschriften, die die Gerichtsverfassung, den Zivil- und Strafprozess und das Verfahren gegen Minderjährige den neuen Verhältnissen anpassen. Beim kanto-

nalen Strafrecht finden grundsätzlich die allgemeinen Bestimmungen des eidg. Strafgesetzbuches Anwendung. Die Uebertretungen sind jedoch, sofern sich nach dem Sinn eines Tatbestandes nichts anderes ergibt, auch bei Fahrlässigkeit strafbar, Versuch und Gehilfenschaft dagegen ohne besondere Norm straflos. Gewisse sichernde Massnahmen und Nebenstrafen sind entweder gar nicht (Art. 42—52 StG) oder nur wo es im kantonalen Recht ausgedrückt wird, anwendbar-(Art. 43—45, 53—55, 61 StG). In leichten Fällen ist statt Busse Verweis zulässig. Die Haft kann bedingt ausgesprochen werden. Von speziellen Tatbeständen sind erwähnenswert die Unterlassung der Nothilfe, sowie der Anzeige bei Tötung oder schwerer Verletzung aus Notwehr oder Notstand, ferner die Verwahrung von Verbrecherwerkzeug. Das Gerichtsverfassungsgesetz sieht u. a. an Aenderungen vor die Möglichkeit, wegen Gefährdung der Staatssicherheit, die Oeffentlichkeit bei Verhandlungen auszuschliessen, ferner den Erlass einer Verordnung des Obergerichts über die Akteneinsicht der Gerichtsberichterstatter, sowie die Protokollierung des Inhalts der Parteivorträge und die Urteilsbegründung auch bei Schwurgerichtsurteilen, beides wichtig wegen der Rechtsmittel. Im Zivilprozess wird die falsche Beweisaussage einer Partei, die bisher nur mit Ordnungsbusse belegt wurde, mit Busse oder Haft bestraft. Beim Strafprozess sei hingewiesen auf die Einführung der Haftung des Staates für den Schaden, den eine Privatperson erleidet, die zu einer Verhaftung Hilfe leistet, sowie auf das Recht, einem Angeschuldigten eine Blutprobe zu entnehmen. Die Bestellung eines amtlichen Verteidigers erfolgt obligatorisch bei Delikten, die mit Zuchthausstrafe bedroht sind. Das Verfahren gegen Minderjährige ist sehr sorgfältig ausgebaut. Die Untersuchung gegen 14—18jährige wird von Jugendanwälten geführt; das Jugendamt ist Aufsichtsbehörde, es amtet als Rekursinstanz gegen Verfügungen der Jugendanwälte, genehmigt die Einstellung des Strafverfahrens, kann Einsprache erheben gegen Strafbefehle, Rechtsmittel ergreifen gegen Gerichtsentscheide, es vertritt die Anklage vor den obern Gerichtsbehörden, erteilt Weisungen an die Jugendanwälte und kann auch eine Untersuchung selbst an die Hand nehmen. Als Jugendgerichte fungieren die Bezirksgerichte, solange nicht der Kantonsrat besondere Jugendgerichte einsetzt. In der Regel findet keine Sicherheitshaft gegen Jugendliche statt; das Verfahren ist nach Möglichkeit von dem gegen Erwachsene zu trennen. Die Verhandlungen sind nicht öffentlich. Die Ueberwachung der Erziehung oder die Schutzaufsicht kann besonderen Jugendschutzkommissionen übertragen werden. Für Untersuchungs- und Prozesskosten können die Eltern nur haftbar gemacht werden, wenn sie ihre Aufsichtspflicht vernachlässigten. Die Untersuchung gegen 18—20jährige erfolgt durch die Bezirksanwaltschaft, für die Beurteilung zuständig sind die Bezirksgerichte, wenn nicht untrennbarer Zusammenhang mit Delikten Erwachsener besteht. Sofern Freiheitsstrafe in Frage kommt, soll ein amtlicher Verteidiger ernannt werden. Das Verfahren ist in der Regel nicht öffentlich, die Presse wird nur zugelassen, wo ein öffentliches Interesse gegeben ist. Die ergänzenden Bestimmungen (6. Titel des EG) befassen sich in der Hauptsache mit dem Vollzug der Massnahmen, der Kostentragung des Strafvollzuges, sowie der sichernden Massnahmen und dergl. Sto

453. Bern. *VO über den Vollzug der Freiheitsstrafen und Massnahmen, die bedingte Entlassung und die Schutzaufsicht gegenüber Erwachsenen.* RR 12. Dezember. ABl Nr. 100. GS S. 118.

454. Bern. *VO über den Vollzug der Massnahmen und Strafen gegen Kinder und Jugendliche, die bedingte Entlassung und die Schutzaufsicht über Jugendliche.* RR 12. Dezember. ABl Nr. 100. GS S. 124.

455. Luzern. *VVO zum G über die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB) vom 21. Dezember 1937.* RR 26. Dezember. KBl Nr. 52. GS 12 S. 616.

Bestimmungen über den Strafvollzug, für den bei Freiheitsstrafen von über 20 Tagen das Justizdepartement, bei geringeren und bei Geldbussen die Amtsstatthalterämter zuständig sind, Massnahmen gegen Jugendliche, Schutzaufsicht, Strafenregister.

456. Uri. *EinführungsG zum Schweizerischen Strafgesetzbuch.* LR 19. Dezember 1940. Volksabstimmung 4. Mai. Vom BR genehmigt am 29. Oktober. ABl Nr. 15.

Dieses Gesetz zerfällt in 5 Teile: das kantonale Strafrecht, das Strafverfahren, den Strafvollzug, das Jugendstrafrecht und die Schlussbestimmungen. Das kantonale Strafrecht erklärt die allgemeinen Vorschriften des eidg. Strafgesetzbuches Art. 1 bis 110 grundsätzlich für anwendbar. Die Strafen des kantonalen Rechts bestehen in Busse von Fr. 2.— bis Fr. 500.—, ferner in Haft, Wirtshausverbot, Beschlagnahme und Amtsentsetzung. Je Fr. 10.— Busse sind umwandelbar in 1 Tag Haft, die Umwandlungsstrafe kann bedingt ausgesprochen werden. Auch Fahrlässigkeit ist im Zweifel strafbar. Unter den Einzeltatbeständen sei die Bestrafung der Unzucht an Personen gleichen Geschlechts von mehr als 16 Jahren, sowie der Unzucht mit Tieren erwähnt. Für die Uebertretungen der zahlreichen Polizei- und Verwaltungsvorschriften ist Ordnungsstrafe vorgesehen. Die Vorschriften des Disziplinar-, Steuer- und Prozesstrafrechts bleiben in Kraft. Unter dem Titel Strafverfahren wird die Zuständigkeit der Strafbehörden festgelegt. Die übrigen Verfahrensvorschriften bleiben bis zum Erlass einer neuen Strafprozessordnung bestehen, ebenso in der Hauptsache die Regeln über den Strafvollzug. Beim Jugendstrafrecht wird der Erziehungs- und Fürsorgezweck stark betont. „Die Ermittlung des Sachverhalts und die Untersuchung und insbesondere auch die gerichtliche Verhandlung und Beurteilung der jugendlichen Verfehlungen, ebenso der Vollzug der Massnahmen und Strafen hat vor allem nach erzieherischen Grundsätzen zu erfolgen" (Art. 50). Dem dient u. a. die Trennung des Verfahrens gegen Jugendliche von dem gegen Erwachsene, ferner die Mitwirkung geeigneter Personen (Lehrer, Geistlicher, Aerzte, Frauen) bei der Untersuchung, die Vermeidung der Zuführung der Jugendlichen durch uniformierte Polizisten, die möglichste Vermeidung der Untersuchungshaft, die als Einzelhaft durchzuführen ist, die Nichtöffentlichkeit der Verhandlung und das Verbot der Presseberichterstattung ohne Zustimmung des Vorsitzenden der erkennenden Behörde. Organe

der Jugendrechtspflege sind Erziehungsrat und Schulräte (für Kinder), Jugendamt, Jugendgericht und Jugendgerichtskommission des Obergerichts. Dem Jugendamt obliegt die Untersuchung gegen Jugendliche von 14—18 Jahren (StGB Art. 89), dem Jugendgericht der Entscheid über die nach Art. 91—99 StGB zu treffende Massnahme. Die Schlussbestimmungen ermächtigen den Landrat, mit andern Kantonen Vereinbarungen abzuschliessen über gemeinsame Benützung von Anstalten, die Dekkung der Versorgungskosten für Kinder und Jugendliche und die Zulassung von Privatanstalten gemäss Art. 384 StGB. Sto

457. Uri. *Strafverfahren beim passiven Luftschutz.* RR 27. Februar. ABl Nr. 10.

Strafinstanz ist der Gemeinderat, Rekursinstanz die Polizeidirektion.

458. Schwyz. *Bestrafung von Widerhandlungen gegen Massnahmen des passiven Luftschutzes.* RR 8. Februar. ABl Nr. 7.

Zuständigkeit der Bezirksämter für Bussen bis zu Fr. 50.—, des Bezirksgerichts für schwerere Strafen.

459. Schwyz. *G über die Einführung des schweizerischen Strafgesetzbuches.* KR 21. Juli. Volksabstimmung 9. Novomber. Vom BR genehmigt am 8. Dezember. ABl Nr. 51.

Das Einführungsgesetz umfasst in 5 Titeln das kantonale Strafrecht, das Strafverfahren, den Vollzug der Strafen und Massnahmen, die Begnadigung, Rehabilitation, Schutzaufsicht und Uebergangs- und Schlussbestimmungen. Die allgemeinen Normen des eidg. Strafgesetzbuches Art. 1—110 gelten auch für das kantonale Strafrecht. Uebertretungen sind grundsätzlich auch bei Fahrlässigkeit strafbar. Von den zahlreichen Einzeltatbeständen sind zu nennen: Unterlassung der Nothilfe, Verheimlichung der Niederkunft durch eine ausseereheliche Schwangere, der Gebrauchsdiebstahl, fahrlässige Sachbeschädigung, Bestialität (Haftstrafe nicht unter 1 Monat), Unzucht mit einer Person gleichen Geschlechts über 16 Jahren, sittenwidriges Benehmen („wer öffentlich grobunzüchtige Reden führt"), Besitz von Diebeswerkzeug, falscher Alarm, fahrlässige falsche Strafanzeige, fahrlässig falsches Zeugnis, Nichtanzeige verbrecherischer Vorhaben. Das bisherige Strafverfahren wird im allgemeinen nicht abgeändert, dagegen die Zuständigkeit der Strafbehörden neu geregelt und ein eingehendes Jugendstrafverfahren eingeführt. Bei Delikten von Kindern zwischen 6 und 14 Jahren führt der Schulinspektor mit dem Schulratspräsidenten die Untersuchung. Er kann die Beobachtung des Kindes anordnen, oder Schularrest verfügen oder einen Verweis erteilen. Ist das Kind verwahrlost (Art. 84 StG) oder behandlungsbedürftig (Art. 85 StG), entscheidet die Kinderschutzkommission, gegen deren Beschlüsse an den Erziehungsrat rekurriert werden kann. Bei Straftaten Jugendlicher von 14—18 Jahren ist die Untersuchung Aufgabe des Jugendrichters; dieser erlässt, wenn keine besonderen Massnahmen nötig sind, die Strafverfügung (Art. 88, 95 StG), sofern er einen Verweis, Busse bis zu Fr. 50.— oder Einschliessung bis zu 3 Tagen für angemessen hält und der Angeschuldigte ge-

ständig ist. Die übrigen Fälle überweist er an das Jugendgericht, wo er in der Verhandlung Antrag stellt. Die Jugendgerichte der Bezirke beurteilen Vergehen oder Uebertretungen, die sonst Sache des Bezirksgerichts oder Einzelrichters wären, das kantonale Jugendgericht befasst sich mit Straftaten, die in die Kompetenz des Kriminalgerichtes fielen. Das Verfahren gegen Jugendliche weist im wesentlichen folgende Besonderheiten auf: Grundsätzliche Vermeidung der Untersuchungshaft, allenfalls Trennung von andern Untersuchungsgefangenen, Trennung vom Verfahren gegen erwachsene Teilnehmer, weitgehende Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse des Jugendlichen unter Beiziehung der Fürsorgestellen, Ausschluss der Oeffentlichkeit bei Verhandlungen, Presseberichterstattung nur mit Bewilligung des Gerichts, wenn sie im öffentlichen Interesse liegt, Möglichkeit, die Jugendlichen von der Anhörung der Parteivorträge auszuschliessen. Gegen Urteile des Jugendgerichts ist ausser im Zivilpunkt nur die Nichtigkeitsbeschwerde, nicht aber eine Appellation zulässig. — Unter den Vollzugsvorschriften ist beachtlich die Auferlegung der Kosten der Freiheitsstrafe an den Verurteilten, wenn dieser begütert ist — sonst hat der Bezirk, dessen Gericht das Urteil fällte oder allenfalls der Kanton, wenn ein Kantonsgericht urteilte, dafür aufzukommen. — Die übrigen Vorschriften sind ohne allgemeines Interesse. Sto

460. Obwalden. *Einführungsbestimmungen zum schweizerischen Strafgesetzbuch.* KR 29. September. LB VII S. 363.

Bei diesen Einführungsbestimmungen handelt es sich um eine nur die allernotwendigsten Vorschriften enthaltende VO des KR. Ein vollständiges, auch das materielle kantonale Strafrecht umfassendes EinführungsG war vom KR am 22. März verabschiedet worden. Dieses wurde in der Ldg vom 27. April dem Volke zur Beratung vorgelegt und ohne Gegenantrag zur Annahme empfohlen. Trotzdem fand die Vorlage in der Volksabstimmung vom 11. Mai keine Gnade, sodass sich der KR zum Erlass der nötigen Bestimmungen auf dem Wege der VO genötigt sah. Gleichzeitig setzte er eine Kommission zur Beratung des kantonalen Strafrechts, das die Vorlage in der Volksabstimmung hauptsächlich zu Fall gebracht haben dürfte, ein. W. F.

461. Schwyz. *Vollzug des Art. 120 des schweizerischen Strafgesetzbuches.* RR 13. Dezember. ABl Nr. 51.

Bezeichnung des Bezirksarztes als Facharzt im Sinne von Art. 120 StGB.

462. Nidwalden. *G betreffend die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches.* Ldg 27. April. Vom BR genehmigt am 6. Juni. ABl Nr. 18.

Das EG regelt in der Hauptsache die Zuständigkeit der Untersuchungs- und Strafbehörden. Die Jugendrechtspflege wird in 4 Paragraphen erledigt. Strafbare Handlungen von Kindern von 6—14 Jahren werden vom Jugendfürsorgeamt (Schulrat) untersucht und beurteilt (§ 10). Jugendliche Täter im Alter von 14—20 Jahren unterstehen dem ordentlichen Strafrechtsverfahren (§ 12). Für die Kosten der Erziehung oder

besondern Behandlung Minderjähriger haften in erster Linie die Eltern, dann das Vermögen der Minderjährigen und die unterstützungspflichtigen Verwandten (§ 13). Diese Lösung des Problems der Behandlung jugendlicher Missetäter ist wohl kurz, aber nicht gut. Sto

463. Nidwalden. *PolizeistrafG.* Ldg 27. April. ABl Nr. 18.

§ 1 erklärt die allgemeinen Bestimmungen des eidg. Strafgesetzes für entsprechend anwendbar auf die kantonalrechtlichen Straftatbestände. Diese bleiben in Kraft, soweit sie nicht dem eidg. Strafrecht widersprechen. Die Uebertretungen des kantonalen Rechts werden mit Haft oder Busse bestraft, im Zweifel auch bei fahrlässiger Begehung. Von den einzelnen Uebertretungen sei auf die Bestrafung des Gebrauchsdiebstahls hingewiesen. Sto

464. Fribourg. *A désignant l'autorité chargée de réprimer les infractions en matière de défense aérienne passive.* CE 7 février. F. o. No. 7. GS 110 S. 7.

465. Fribourg. *VO betreffend die Schutzaufsicht Strafentlassener.* StR 28. November. GS 110 S. 79.

466. Solothurn. *Strafzuständigkeit bei Widerhandlungen gegen Massnahmen des passiven Luftschutzes.* RR 13. Mai. ABl Nr. 20. GS 75 S. 224.

Zuständigkeit des Amtsgerichtspräsidenten.

467. Solothurn. *G über das kantonale Strafrecht und die Einführung des schweizerischen Strafgesetzbuches.* Volksabstimmung 14. September. GS 75, Anhang zu Heft 2.

468. Solothurn. *Anwendbarkeit der Strafbestimmungen des kantonalen WirtschaftsG auf Uebertretungen der eidgenössischen Bestimmungen betreffend Festsetzung der Polizeistunde.* RR 31. Oktober. ABl Nr. 45. GS 75 S. 317.

469. Solothurn. *RechtsVO über die Organisation und das Verfahren zur Anpassung an das Schweiz. Strafgesetzbuch.* Obergericht 20. November. ABl Nr. 52. GS 75 S. 327.

Zuständigkeit in Strafsachen: Friedensrichter: Uebertretungen, die mit einer Busse von höchstens Fr. 20.— bedroht sind; Amtsgerichtspräsident: Uebertretungen, mit dem Recht, Strafverfügungen zu erlassen in Fällen, in denen Busse oder Haft bis zu 8 Tagen angedroht sind; Amtsgericht: alle Verbrechen und Vergehen, die nicht dem Obergericht oder dem Schwurgericht zugewiesen sind; Obergericht: besonders aufgezählte Verbrechen, namentlich Sittlichkeitsdelikte, ferner gewerbsmässiger Betrug und Urkundenfälschung; Schwurgericht: mit lebenslänglichem Zuchthaus, mit Zuchthaus als ausschliesslicher Strafe und mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bedrohte Verbrechen. — Begnadigungsbehörde bei Haftstrafen ist der RR.

470. Solothurn. *Abänderung der VO betreffend die Stellung des Staates und der Gemeinden als Verletzte im Strafprozess vom 13. November 1936/13. Mai 1939.* RR 21. November. GS 75 S. 331.

471. Basel-Stadt. *Aenderung der VO vom 26. März 1938 über die kantonalen Gerichtsinstanzen, die zur Beurteilung von Zuwiderhandlungen gegen Bundesgesetze zuständig sind.* RR 15. Juli. GS 39 S. 88.

Zuweisung von Straftatbeständen an Dreiergericht.

472. Basel-Stadt *G über die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches.* GrR 30. Oktober. KBl Nr. 37 GS 39 S. 120.

Das G enthält neben den Zuständigkeitsbestimmungen und den erforderlichen Abänderungen bisherigen Rechts ein besonderes, sorgfältig ausgebautes G über die Jugendstrafrechtspflege und ein G über Strafvollzug und Begnadigung. In diesen ist der GrR als Begnadigungsbehörde vorgesehen. Er entscheidet auf Antrag einer 9köpfigen Begnadigungskommission, ausser bei Freiheitsstrafen von weniger als 1 Jahr, bei welchen er vom ablehnenden B der Kommission nur Kenntnis zu nehmen hat, während er im Falle eines befürwortenden Antrages entscheidet, ob er diesen genehmigen oder ablehnen will. Das urteilende Gericht hat sich zu Handen der Begnadigungskommission auszusprechen und im Falle der Befürwortung begründeten Antrag zu stellen. Bei politischen Straftaten steht es dem Gericht frei, sich zu äussern, doch hat es, wenn es Ablehnung des Gesuches beantragt, seine Meinung ebenfalls zu motivieren. Die Begnadigungskommission ist bei Anwesenheit von mindestens 7 Mitgliedern beschlussfähig, doch muss ein auf Begnadigung lautender B 5 Stimmen auf sich vereinigen. W. F.

473. Basel-Stadt. *Aufhebung der kantonalen VO über den Verkauf und die Vermietung von Uniformen der schweizerischen Armee.* RR 7. November. KBl II Nr. 39.

474. Basel-Stadt. *VO betreffend die Strafvollzugskommission.* RR 8. Dezember. KBl II Nr. 47. GS 39 S. 199.

475. Basel-Stadt. *Polizeistrafgesetz (Bekanntmachung des derzeitigen Wortlauts mit neuer Paragraphenzählung).* RR 12. Dezember. KBl II Nr. 50. GS 39 S. 207.

476. Basel-Stadt. *Strafprozessordnung (Bekanntmachung des derzeitigen Wortlauts mit neuer Paragraphenzählung).* RR 12. Dezember. KBl II Nr. 51. GS 39 S. 268.

477. Basel-Stadt. *VO über die Gerichtszuständigkeit in Bundesstrafsachen.* RR 19. Dezember. KBl II Nr. 51.

478. Basel-Stadt. *VO über die kantonale Kontrolle von Strafen und Massnahmen und über das Strafregister.* RR 19. Dezember. KBl II Nr. 51.

479. Baselland. *Widerhandlungen gegen Massnahmen des passiven Luftschutzes.* RR 12. Februar. ABl I Nr. 7.

480. Baselland. *Strafbestimmungen gegen die Störung der Beziehungen zum Ausland.* RR 19. August. ABl II Nr. 8.

Vollziehungsbestimmungen zum BRB vom 29. Juli 1941.

481. Baselland. *G betreffend die Einführung des schweizerischen Strafgesetzbuches.* LR 30. Oktober. Volksabstimmung 14. Dezember. Beilage zum ABl I Nr. 2 1942.

Neben der Bezeichnung der zuständigen Behörden — RR für bedingte Entlassung, für Begnadigung LR, bzw. dessen Begnadigungskommission bei Geldbussen — enthält das G die kantonalen Uebertretungstatbestände.

482. Baselland. *G betreffend das Strafverfahren.* LR 30. Oktober. Volksabstimmung 14. Dezember. Beilage zum ABl I Nr. 2 1942.

Zuständig für die Beurteilung von Verbrechen ist das Strafgericht. In die Kompetenz des Strafgerichtsausschusses fallen die Uebertretungen des StGB und des kantonalen EGzStGB sowie der weiteren BG, soweit Freiheitsstrafen von über drei Monaten angedroht sind. Die Uebertretungen der andern kantonalen G und der BG, die eine Strafandrohung von nicht mehr als drei Monaten enthalten, sind dem Polizeigericht zur Beurteilung zugewiesen. Soweit die Verteidigung als notwendig bezeichnet wird, nämlich bei Verbrechen, wenn der Angeschuldigte nicht geständig ist, und bei Minderjährigen oder infolge von Gebrechen zur Wahrung ihrer Rechte Unfähigen, die eines Verbrechens oder Vergehens angeklagt sind, wenn die Verbeiständung durch den gesetzlichen Vertreter ungenügend ist, bestellt bis zur Ueberweisung der Präsident der Ueberweisungsbehörde, später der Strafgerichtspräsident, einen amtlichen Verteidiger. Nach Abschluss der Untersuchung übermittelt der Untersuchungsbeamte die Akten dem Staatsanwalt, der sie mit dem Antrag auf Einstellung oder Ueberweisung an die Ueberweisungsbehörde weiterleitet. Gegen den Ueberweisungsbeschluss kann nur Beschwerde geführt werden, wenn der Verfolgte die Zuständigkeit des Gerichtes bestreitet. Gegen die Einstellung können der Staatsanwalt, der Verletzte und die mit Kosten belastete Partei Beschwerde beim Obergericht erheben.

Im Hauptverfahren kann der Strafgerichtspräsident ihm notwendig erscheinende Ergänzungen selbst vornehmen oder durch den Untersuchungsbeamten vornehmen lassen. Erachtet er die Zuständigkeit als fraglich, so wird zunächst nur über diese entschieden. Appellation ist auch gegen die Urteilsmotive zulässig.

Privatklage ist, soweit das Polizeigericht zuständig ist, beim Friedensrichter anzubringen und gelangt dann durch Abgabe des Akzesscheins an das Gericht. Der Präsident entscheidet, ob mündliches oder schriftliches Verfahren stattfindet. In geringfügigen Fällen kann er ein bedingtes Urteil erlassen, das rechtskräftig wird, wenn der Beschwerte nicht Beurteilung durch das Gericht verlangt.

Die Verfolgung von Uebertretungen wird durch Verzeigung oder Strafantrag eingeleitet. Der Untersuchungsbeamte verhört den Angeschuldigten und kann Einstellung des Verfahrens verfügen, wenn der Verzeigte eine der Verfehlung entsprechende Busse anerkennt. Dem Staatsanwalt steht aber das Recht zu, die Akten mit weitergehendem Antrag an die Ueberweisungsbehörde weiterzuleiten. Diese ist befugt, bedingte Strafbefehle zu erlassen, gegen die der Verzeigte und der Staatsanwalt Einsprache erheben können.

Sehr kurz gefasst ist das Verfahren gegen Jugendliche. Straftaten von Kindern zwischen 8 und 14 Jahren beurteilt die örtliche Schulbehörde, bzw. die Vormundschaftsbehörde, wenn die Tat nicht in der Schule oder in unmittelbarem Zusammenhang mit dieser begangen wurde. Die Untersuchung gegen Jugendliche führt der Untersuchungsbeamte. Die Ueberweisung erfolgt nach den auch für die Erwachsenen geltenden Vorschriften. In schweren Fällen kann dem Jugendlichen ein Verteidiger beigeordnet werden. Unter dieser Voraussetzung nimmt auch der Staatsanwalt am Verfahren teil. W. F.

483. Schaffhausen. *G über die Einführung des schweizerischen Strafgesetzbuches.* GrR 22. September. Volksabstimmung 14. Dezember. ABl 1942 Nr. 3.

484. Appenzell A.-Rh. *Einführungsbestimmungen zum BRB betreffend Widerhandlungen gegen Massnahmen des passiven Luftschutzes vom 28. Januar 1941.* RR 20. Februar. ABl Nr. 9.

Zuständigkeit des Kantonspolizeiamtes für Bussenverfügungen, der Bezirksgerichte als richterlicher Instanz.

485. Appenzell A.-Rh. *G über die Einführung und Anwendung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (EG z. StGB).* Ldg 27. April. Vom BR genehmigt am 9. Mai. ABl Nr. 14. GS IV S. 433.

Zuständige kantonale Behörde zur Ausführung von Vorschriften und Anordnung von Massnahmen des StGB ist durchwegs der RR, mit wenigen, im G besonders aufgeführten Ausnahmen. Richterliche Behörden sind: das Obergericht als Aufsichtsbehörde und Appellationsinstanz, das Kriminalgericht, die Bezirksgerichte, die Gemeindegerichte (Bussen bis Fr. 300.—), das Jugendgericht und die Schulkommissionen (Untersuchung und Behandlung der von Kindern begangenen strafbaren Handlungen). Das G stellt ferner die kantonalen Uebertretungstatbestände auf, worunter den Nichtbesuch der Ldg. Schliesslich ermächtigt es den KR, die Strafprozessordnung auf dem Wege der VO dem neuen Strafrecht anzupassen.

486. Appenzell A.-Rh. *Revision des G betreffend die Strafprozessordnung für den Kanton vom 26. April 1914.* KR 27. November. GS IV S. 453.

Anpassung der Prozessordnung an das neue Strafrecht. Einführung eines aus 5 Mitgliedern und zwei Ersatzleuten bestehenden Jugendgerichts. Dieses wird vom RR bestellt, der auch den

Präsidenten bezeichnet; Frauen sind wählbar. Begnadigungsbehörde ist der KR, Kassationsbehörde der RR, für die Rehabilitation ist das Obergericht zuständig.

487. Appenzell I.-Rh. *Strafprozessordnung.* Ldg *27. April.* Text separat erschienen.

Das ausserordentlich knappe G, zugleich EinführungsG zum schweizerischen Strafgesetzbuch, regelt Untersuchungs- und Gerichtsverfahren, Rechtsmittel, Strafvollzug, Begnadigung, Strafentlassung in 90 Artikeln und ermächtigt den GrR zum Erlass der Bestimmungen über Jugendstrafrecht und kantonales Uebertretungsstrafrecht.

488. Appenzell I.-Rh. *VO über das kantonale Uebertretungs-Strafrecht („Uebertretungen — Verordnung").* GrR 24. November. Separat erschienen.

489. Appenzell I.-Rh. *VO über das Jugendstrafrecht („Jugendlichen-Verordnung").* GrR 24. November. Vom Bundesrat am 8. Dezember genehmigt. Separat erschienen.

Untersuchungsbehörde ist der Jugendsekretär. Als Jugendgericht amtet die Vormundschaftsbehörde. Rekursinstanz ist die Standeskommission.

Für die Versetzung in eine Familie oder Anstalt bedarf es stets der Genehmigung der Standeskommission.

490. St. Gallen. *Zuständigkeit für die Handhabung der eidg. Strafvorschriften für den passiven Luftschutz.* RR 12. Februar. ABl Nr. 7.

Zuständigkeit des Bezirksammanns für Busse bis zu Franken 500.— oder Gefängnis bis zu einem Monat, der Gerichtskommission für Busse bis zu Fr. 1000.— oder Gefängnis bis zu drei Monaten, des Bezirksgerichts in den übrigen Fällen, soweit nicht Zuchthausstrafe in Betracht kommt, die nur das Kantonsgericht aussprechen kann.

491. St. Gallen. *Ergänzung des vorstehenden B.* RR 28. Februar. ABl Nr. 10.

Erlass von Eventualentscheiden (Strafbefehlen), gegen die der Betroffene Einsprache erheben kann.

492. St. Gallen. *G über die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches.* GrR 17. Februar. Vom BR genehmigt am 8. Mai. ABl Nr. 8. GS XVII S. 133.

Das G enthält in einem ersten Titel das kantonale Disziplinar-, sowie das Uebertretungsstrafrecht, bezeichnet im zweiten Titel die zuständigen Behörden, ändert verschiedene Bestimmungen des RechtspflegeG und regelt ferner das Verfahren bei Uebertretungen und leichteren Vergehen und die Jugendstrafrechtspflege. Als Sonderbestimmung sei erwähnt, die unter der Marginale „Anpassung an die Geldentwertung" vorgenommene Erhöhung der in den vor 1922 erlassenen Strafbestimmungen angedrohten Bussen auf das Doppelte, mit Ausnahme der Mindest- und Fixbeträge.

493. Graubünden. *Ausführungsbestimmungen zum BRB vom 21. Januar 1941 betreffend Widerhandlungen gegen Massnahmen des passiven Luftschutzes.* KlR. Ohne Datum. ABl Nr. 15.

Zuständigkeit der Kreisgerichte und deren Ausschüsse.

494. Graubünden. *EinführungsG zum Schweizerischen Strafgesetzbuch.* Volksabstimmung 2. März. Text separat erschienen.

495. Graubünden. *Uebergangsbestimmungen für das kantonale EinführungsG zum Schweizerischen Strafgesetzbuch und Strafverfahren.* KlR 5. Dezember. ABl Nr. 50.

Zuständigkeit für Kassationsbeschwerden gegen Urteile, die vor dem 1. Januar 1942 gefällt wurden, Behandlung von vor dem 1. Januar 1942 anhängig gemachten Ehrverletzungsklagen.

496. Graubünden. *Tarif für die Entschädigungen der Organe der Strafuntersuchung, Zeugen und Sachverständigen.* KlR 5. Dezember. ABl Nr. 51.

Zeugen erhalten ein Zeugengeld von Fr. 1.— und für jede Stunde Zeitverlust ebensoviel, höchstens aber Fr. 10.— zuzüglich Reiseauslagen.

497. Aargau. *G betreffend die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches.* GrR 21. Juli. Volksabstimmung 7. Dezember. GS XVI Nr. 66.

498. Aargau. *VO über die Begnadigung.* GrR 7. November. GS XVI Nr. 70.

499. Aargau. *VO über das Jugendstrafverfahren.* GrR 17. November. GS XVI Nr. 67.

500. Aargau. *D über die Organisation der Strafanstalt Lenzburg.* GrR 17. November. GS XVI Nr. 71.

501. Thurgau. *G betreffend die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches.* GrR 21. Dezember 1940. Volksabstimmung 27. April 1941. ABl Nr. 14. GS 19 S. 1.

Das G bringt auf mehreren Gebieten für den Kanton grundlegende Neuerungen. Die wichtigste ist die Schaffung eines Jugendanwaltes. Das Jugendstrafrecht war zwar bereits bekannt, erfährt aber nun einige Erweiterungen. Von der Schaffung eines Jugendgerichts, das für die wenig zahlreichen im Kanton vorkommenden Straffälle ausgereicht hätte, wurde abgesehen, weil diesem die Vertrautheit mit den örtlichen Verhältnissen gefehlt hätte. Statt einer Spezialisierung der Gerichte wurde das ganze Verfahren in der Hand des Jugendanwaltes zusammengefasst, der die Voruntersuchung leitet, leichtere Fälle beurteilt, in schweren dem Gericht Antrag stellt, den Vollzug und später die Aufsicht übernimmt.

Eine weitere Neuerung bedingten die weitgehenden, dem bisherigen kantonalen Recht diametral entgegengesetzten Vor-

schriften des StGB über die Begnadigung. Für diese ist in schweren Fällen der GrR, in leichteren dessen Begnadigungskommission zuständig.

Das kantonale Strafrecht erfährt eine wesentliche Vermehrung der Uebertretungstatbestände, wobei die Beurteilung aber weitgehend den Bezirksämtern und teilweise den Statthaltern übertragen wurde. W. F.

502. Thurgau. *Verfahren bei Widerhandlungen gegen Massnahmen des passiven Luftschutzes (BRB vom 28. Januar 1941).* RR 18. Februar. ABl Nr. 9. GS 19 S. 70.

Zuständigkeit der Bezirksämter, soweit Zuchthausstrafen vorgesehen sind, der Bezirksgerichte.

503. Thurgau. *Reglement über das Begnadigungsverfahren.* GrR 16. Dezember. ABl Nr. 59. GS 19 S. 257.

Bestellung einer zuständigen, aus 7 Mitgliedern bestehenden Begnadigungskommission durch den GrR. Soweit die Kommission nicht aus eigener Kompetenz entscheidet, stellt sie dem GrR Antrag, der hierauf ohne vorgängige Diskussion in geheimer Abstimmung seinen Entscheid fällt. Wird dem Gesuch stattgegeben, so erfolgt nach allfälliger Diskussion über den Umfang der Begnadigung offene Abstimmung.

504. Thurgau. *VO über den Vollzug der Strafen und Massnahmen des Schweizerischen Strafgesetzbuches.* RR 23. Dezember. ABl Nr. 59. GS 19 S. 256.

Bezeichnung der verschiedenen Anstalten.

505. Ticino. *Legge di applicazione del Codice penale svizzero.* GrC 28 maggio. B. o. No. 33.

506. Ticino. *Legge di procedura per le contravvenzioni.* GrC 29 maggio. B. o. No. 33.

507. Ticino. *Legge sull'ordine pubblico.* GrC 29 maggio. B. o. No. 33.

Die wichtigsten Vorschriften dieses Gesetzes sind das Verbot der Gründung von staatsgefährlichen Vereinigungen, der Teilnahme daran sowie der Aufforderung zu ihrer Bildung (Strafe: bis Fr. 1500.— Busse oder Haft bis zu 1 Monat, bei Rückfall Busse bis zu Fr. 5000.—, Haft bis zu 3 Monaten), ferner das Verbot der gewaltsamen Störung oder Verhinderung von Versammlungen und Umzügen (Strafe: bis Fr. 1500.— Busse, in schweren Fällen bis 3 Monate Haft), sowie der unerlaubten Anlegung von Waffenlagern (Strafe: Busse bis Fr. 1000.— oder Haft bis 3 Monate; kumulierbar). Die übrigen Vorschriften betreffen die Tatbestände des Bettels, des Vagabundierens, der Ruhestörung, der Verweigerung der Hilfe bei gemeiner Gefahr und dergl. Sto

508. Ticino. *Legge sulla magistratura dei minorenni.* GrC 9 giugno. B. o. No. 33.

Regelt das Jugendgerichtsverfahren auf einfache, zweckmässige Weise. Der Jugendanwalt (magistrato) führt die Untersuchung gegen Kinder und Jugendliche, beurteilt die Delikte der Kinder und überwacht die Ausführung der Erziehungsmass-

nahmen. Ein Jugendrat (consiglio per i minorenni) ordnet die in Art. 91 und 94 StG vorgesehenen Massnahmen an, bestraft die Delikte Jugendlicher, spricht die bedingte Entlassung aus und ist Rekursinstanz gegen Urteile des Jugendanwaltes. Der Jugendrat besteht aus 3 Mitgliedern, dem Jugendanwalt als Vorsitzenden und einem Arzt und einem Lehrer (Lehrerin) oder einer in Erziehungsfragen bewanderten Person. Die Beisitzer werden ad hoc vom Justizdepartement auf Vorschlag des Jugendanwaltes ernannt. Das Verfahren ist von dem gegen Erwachsene zu trennen. Die Sicherheitshaft wird in einer Anstalt für Jugendliche verbracht. Eine Zivilpartei wird nicht zugelassen. Die Hauptverhandlung ist nicht öffentlich, auch die Presseberichterstattung unzulässig. Dem Jugendlichen muss ein Anwalt gestellt werden, wenn seine Eltern nicht darauf verzichten. Eltern und Verwandte sind zur Aussage verpflichtet. Bei Beginn der Verhandlung gibt der Jugendanwalt den Beisitzern das Untersuchungsergebnis bekannt; hierauf erfolgt die Beweisaufnahme gemäss dem ordentlichen Strafprozessrecht; im übrigen findet dieses keine Anwendung. Ein Kontumazverfahren ist ausgeschlossen. Dem Jugendanwalt kommt somit praktisch die ausschlaggebende Stellung zu, da er nicht nur die Untersuchung in Händen hat, sondern auch die Verhandlung leitet, an der Urteilsfällung teilnimmt und den Vollzug überwacht. Rechtsmittel sind: der Rekurs gegen Urteile des Jugendanwalts, Kassationsbeschwerde gegen Urteile des Jugendrates, die Revision. Dagegen fehlen Rechtsmittel gegen prozessleitende Verfügungen. Uebertretungen von Kindern und Jugendlichen, deren Ahndung Verwaltungsbehörden obliegt, werden nach dem ordentlichen Verfahren verfolgt. Die Umwandlung einer Busse in Haft ist jedoch bei Kindern ausgeschlossen. Für den Schutz und die Ueberwachung gefährdeter Kinder und Jugendlicher wird eine besondere Organisation mit juristischer Persönlichkeit gebildet. Organe bilden: die Mitgliederversammlung und die Geschäftsleitung (consiglio direttivo) unter dem Vorsitz des Vorstehers des Justizdepartements. Sto

509. Ticino. *Legge sull'esecuzione delle pene e delle misure di sicurezza.* GrC 10 giugno. B. o. No. 33.

510. Ticino. *Testo unico del codice di procedura penale.* GrC 10 luglio. B. o. No. 33.

Die Einführung des eidg. Strafgesetzbuches bedingte nicht nur Aenderungen der Gerichtsorganisation, sondern auch des Strafprozessrechtes, das im Gesetzbuch von 1855 niedergelegt und seither einige Male verbessert, in seinem Wesenskern jedoch nicht umgestaltet worden war. Da man mit dem bisherigen Prozessrecht, von dem gesagt wird: „fu il frutto di lungo studio e grande amore dei nostri predecessori e conserva ancora la freschezza e l'impronta dei sensi liberali di giustizia punitiva che l'hanno permeata", gute Erfahrungen gemacht hatte, begnügte man sich auch diesmal, abgesehen von den zahlreichen Vorschriften, die zwangsläufig geändert werden mussten, mit einigen wenigen Neuerungen. So wurde die Stellung des Verteidigers verstärkt, der nunmehr mit Erlaubnis des Untersuchungsrichters den Einvernahmen des Angeschuldigten und der Zeugen schon in der Voruntersuchung beiwohnen kann, soweit deren Zweck dies zulässt. Da gegen die

Ablehnung seitens des Untersuchungsrichters kein Rechtsmittel gegeben wird, dürfte dieser Bestimmung in der Praxis allerdings keine sehr grosse Bedeutung zukommen. Sodann wurde das Verfahren in den Fällen vereinfacht, in denen eine geschädigte Partei mit einem Einstellungsbeschluss des Staatsanwaltes nicht einverstanden ist; während sie bisher beim Untersuchungsrichter die Fortführung der Untersuchung fordern und auf erneuten Einstellungsbeschluss des Staatsanwalts an die Rekurskammer und von da an den Kassationshof gelangen konnte, hat sie heute innert 10 Tagen seit Erhalt des Einstellungsbeschlusses sich bei der Rekurskammer zu beschweren; sie kann jedoch nicht mehr ohne weiteres den Untersuchungsrichter zur Durchführung einer zwecklosen Untersuchung zwingen. Ferner entscheidet die Rekurskammer jetzt endgültig über Beschwerden gegen die Erhebung der Anklage wegen Formfehlern oder Unzuständigkeit des Gerichts. Gegen die Entscheide der Rekurskammer kann inskünftig nicht mehr eine Nichtigkeitsbeschwerde beim Kassationshof eingereicht werden. Der Angeklagte kann mit Zustimmung des Staatsanwalts auf die Teilnahme der Schöffen (der Assise correzionali und pretoriali) verzichten. Die durch die Einführung des Strafgesetzes gebotenen (nicht allgemein interessierenden) Aenderungen waren so zahlreich, dass es sich gerechtfertigt hätte, statt ein Zusatzgesetz zu erlassen, das Prozessrecht in einen Text zusammenzufassen, obschon sie und die von ihnen unabhängigen Neuerungen das Wesen des Tessiner Verfahrensrechts nicht berühren. Sto

511. Ticino. *D leg. concernente la procedura per le contravvenzioni in materia di protezione antiaerea.* GrC 9 settembre. B. o. No. 23. Testo corretto B. o. No. 26.

512. Ticino. *D leg. sulla protezione dei minorenni.* GrC 9 settembre. B. o. No. 28.

Schaffung von Jugendschutzämtern.

513. Ticino. *Regolamento cantonale sul Casellario Giudiziale.* CSt 23 dicembre. B. o. No. 33.

514. Vaud. *Loi sur la repression des contraventions.* GrC 4 février. Recueil p. 26.

Enthält die allgemeinen Bestimmungen der Polizeidelikte nach kantonalem Recht und das Verfahrensrecht bei allen Uebertretungen. Ausgenommen sind hievon: Uebertretungen von Gemeindepolizei- und Steuervorschriften und solcher des Schulgesetzes. Die Uebertretungen sind grundsätzlich auch bei Fahrlässigkeit strafbar, Versuch und Teilnahme nur, wo es ausdrücklich gesagt wird. Bei juristischen Personen wird der Täter bestraft, kann er nicht festgestellt werden, ist die juristische Person zu büssen. Eine Haftstrafe kann u. U. bedingt ausgesprochen werden. Sto

515. Vaud. *Loi sur l'exécution des peines.* GrC 5 février. Recueil p. 102.

516. Vaud. *Loi sur l'usure.* GrC 26 mai. F. o. No. 45. Recueil p. 202.

Ergänzung des kantonalen StrafG durch Aufnahme einer Bestimmung über den Wucher.

517. Vaud. *A sur l'Office cantonale des mineurs.* CE 23 décembre. F. o. No. 103. Recueil p. 521.

Organisation und Aufgabenkreis des Amtes.

518. Vaud. *A sur le casier judiciaire.* CE 30 décembre. Recueil p. 538.

519. Wallis. *EinführungsG zum Schweizerischen Strafgesetzbuch.* GrR 25. November 1940. Vom BR genehmigt am 21. Januar. ABl Nr. 8bis.

Das ausserordentlich kurze G beschränkt sich auf die Bezeichnung der zuständigen Behörden, worunter des GrR für Begnadigungen. Der StR hat über Begnadigungsgesuche Bericht zu erstatten und ist berechtigt, wenn der Bericht günstig lautet, den Gesuchsteller provisorisch in Freiheit zu setzen, sofern sein Gesuch bis zur nächsten Sitzung des GrR gegenstandlos würde.

520. Wallis. *B betreffend Widerhandlungen gegen Massnahmen des passiven Luftschutzes.* StR 7. Februar. ABl Nr. 8.

521. Wallis. *Ausführungsreglement zur VO des BR über das Strafregister.* StR 19. Dezember. ABl Nr. 52.

522. Neuchâtel. *A concernant le patronage prévu par le Code pénal suisse.* CE 18 novembre. F. o. No. 93. Recueil p. 132.

Uebertragung der Fürsorge für entlassene Sträflinge an die neuenburgische Patronagekommission.

523. Neuchâtel. *A concernant le casier judiciaire.* CE 22 décembre. F. o. No. 102. Recueil p. 142.

524. Genève. *Règlement concernant les mesures à prendre par le directeur du service de protection des mineurs à l'égard des enfants.* Chambre pénale de l'enfance 6 mai. F. o. No. 271.

525. Genève. *Loi pénale genevoise.* GrC 20 septembre. F. o. No. 222, 254. Recueil p. 106.

Der allgemeine Teil des kantonalen Strafrechts weicht nicht wesentlich ab vom eidg. Strafgesetz. Als Strafen sind vorgesehen Zuchthaus, Gefängnis, Haft, Bussen von Fr. 1.— bis Fr. 2000.—, Zuchthausstrafe bis zu einem Jahr, Gefängnis und Haftstrafe können stets mit bedingtem Vollzug ausgesprochen werden. Bei Auswärtigen kann ein Teil einer Freiheitsstrafe durch Verbannung aus dem Kantonsgebiet für die 3fache Strafdauer ersetzt werden. Polizeidelikte verjähren in einem Jahr. Versuch und Teilnahme sind in der Regel straflos. Das kantonale Strafrecht ist nicht anwendbar bei Kindern unter 10 Jahren. 10—14jährige können ausser mit Verweis und Schularrest auch mit Busse bestraft werden. Im übrigen gelten Art. 82—100 StG auch für Minderjährige von 10—20 Jahren, die gegen das kantonale Strafrecht verstossen haben. Der spezielle Teil bringt verschiedene Delikte gegen Verwaltungsvorschriften (so die Dienstverweigerung von Beamten

oder Behördemitgliedern (Strafe: 15 Tage bis 6 Monate Gefängnis), die Aufforderung zum Ungehorsam durch Beamte oder Mitglieder von Behörden (Strafe: 8 Tage bis 6 Monate Gefängnis und Busse von Fr. 50.— bis Fr. 500.—), die Ausübung eines Amtes vor Eidesleistung (Strafe: Fr. 30.— bis 200.— Busse), die Amtsausübung nach Beendigung des Amtes (Strafe: 1—6 Monate Gefängnis und Busse von Fr. 100.— bis Fr. 500.—), die Nichtvorführung von Gefangenen oder Weigerung der Vorlegung der Gefangenenregister durch Gefängnisbeamte (Strafe: Gefängnis von 15 Tagen bis 6 Monaten und Busse von Fr. 30.— bis Fr. 300.—), die fahrlässige Gefangenenbefreiung (Strafe: bei Entweichung von Verbrechern Gefängnis von 15 Tagen bis 6 Monaten, sonst 6 Tage bis 3 Monate). Ausserdem werden die Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung von Behördemitgliedern mit Strafe belegt, ferner die Fälschung amtlicher Siegel (Strafe: bis 3 Jahre Gefängnis und bis Fr. 5000.— Busse), die Teilnahme an der Wiedererrichtung verbotener Organisationen (Strafe: Gefängnis bis zu 2 Jahren und eventuell Busse bis Fr. 5000.—) und das Erschleichen von Eintragungen im Strafregister eines andern oder eines Strafenauszuges (Strafe: Gefängnis bis zu 6 Monaten). Sto

526. Genève. *Loi sur l'exécution des peines, la libération conditionnelle et le patronage des détenus libérés.* GrC 22 novembre. F. o. No. 276, 305. Recueil p. 150.

527. Genève. *Loi modifiant l'article 63 de la loi portant règlement du GrC du 27 mai 1903.* GrC 22 novembre. F. o. No. 276, 305. Recueil p. 158.

Die Begnadigungskommission entscheidet selbständig über Gesuche, wenn die Strafe in Haft, Freiheitsentzug von nicht über 2 Jahren, Einweisung in eine Arbeitserziehungsanstalt oder Busse bis zu Fr. 500.—, besteht.

528. Genève. *Règlement de l'Office cantonal du casier judiciaire.* CE 19 décembre. F. o. No. 304. Recueil p. 175.

529. Genève. *A modifiant l'article 62 du règlement concernant l'administration de la Justice en matière criminelle correctionnelle et de police, et tarif général des frais.* CE 19 décembre. F. o. No. 304. Recueil p. 178.

Versteigerung beschlagnahmter Effekten, die nicht abgeholt werden.

VI. Verwaltungsrecht.

Oeffentliche Ordnung. Militär. Luftschutz. Aufenthalt. Fremde. Volkszählung.

530. Luzern. *Abänderung des § 9, lit. c, der VVO vom 21. November 1936 zum BG über Aufenthalt und Niederlassung von Ausländern vom 26. März 1931.* RR 24. April. KBl Nr. 17. GS 12 S. 544.

Anpassung an die abgeänderten Vorschriften des Bundes.

531. Zug. *RRB betreffend die Wahrung von Sitte und Anstand in der Oeffentlichkeit.* RR 30. Juli. ABl Nr. 31. GS XIV S. 405.

532. Zug. *Kontrolle der politischen Versammlungen.* RR 22. Januar. ABl Nr. 4.

533. Zug. *Abänderung der VO über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer.* RR 2. April. Vom BR genehmigt am 25. April. ABl Nr. 18. GS XIV S. 387.

534. Basel-Stadt. *Abänderung der VO betreffend die Ausführung von Luftschutzbauten.* RR 3. Januar. GS 39 S. 1.

Uebertragung von privaten Arbeiten an das „Luftschutz-Baubureau" des Baudepartements. Ausbezahlung der Subvention. Einforderung von Beiträgen der Nachbarn.

535. Basel-Stadt. *VO betreffend die Eintragung und Löschung der auf der Ausführung von privaten Luftschutzbauten beruhenden öffentlich-rechtlichen Grundlasten im Grundbuch.* RR 14. Januar. GS 39 S. 2.

536. Basel-Stadt. *Abänderung der VO über die Ausführung von Luftschutzbauten.* RR 26. September. KBl II Nr. 27.

Stundung von Beiträgen bei unvermögenden Verpflichteten.

537. Schaffhausen. *Abänderung des § 11, Ziff. 3, der kantonalen FremdenpolizeiVO vom 8. Dezember 1934.* RR 16. April. ABl Nr. 17.

538. St. Gallen. *Gebührenordnung zum BG über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer.* RR 3. April. GS XVII S. 117.

539. St. Gallen. *G über das Militärwesen.* GrR 26. November. ABl Nr. 48. GS XVII S. 251.

Der Vollzug der Bundeserlasse über das Militärwesen wird dem RR übertragen.

540. Vaud. *A complétant l'A du 11 décembre 1939 relatif à l'exécution des prescriptions fédérales concernant la défense aérienne passive (DAP).* CE 4 avril. F. o. No. 28. Recueil p. 185.

Erhöhung der kantonalen Beiträge an private Luftschutzbauten, soweit auch die Bundessubvention erhöht wurde.

541. Vaud. *D ordonnant un recensement de la population du canton de Vaud.* GrC 5 février. F. o. No. 13. Recueil p. 136.

542. Vaud. *A modifiant l'article premier, lettre C, et l'article 2, lettre A, chiffre 5, de l'A du 24 décembre 1934 portant tarif relatif aux taxes de la police des étrangers.* CE 22 avril. F. o No. 33. Recueil p. 186.

Aenderung gemäss BRB vom 7. März 1941.

543. Vaud. *A modifiant l'A du 14 mai 1940 conférant des pouvoirs spéciaux à certaines autorités en vue de la sécurité du pays.* CE 2 juin. F. o. No. 45. Recueil p. 226.

Zuständige Behörden zum Erlass von Haft- und Haussuchungsbefehlen.

544. Genève. *Règlement relatif à la construction d'abris familiaux, sur le territoire de la commune de Genève.* CE 27. janvier. F. o. No. 26. Recueil p. 6.

Luftschutzmassnahme.

Steuern.

545. Luzern. *Steuervereinbarung mit Appenzell A.-Rh.* RR Luzern 24. Juli, RR Appenzell A.-Rh. 3. Juli. Text ABl Appenzell A.-Rh. Nr. 33.

Gegenseitige Befreiung von Schenkungs- und Erbsteuern bei Zuwendung zu Gunsten des Staates, der Gemeinden, der anerkannten Landeskirchen und gemeinnütziger Institutionen.

546. Zürich. *Abänderung und Ergänzung der Dienstanleitung für die Steuerkommissäre vom 16. September 1933.* RR 30. Januar. ABl S. 218. GS 36 S. 290.

Abzugsberechtigung der eidg. Kriegsgewinn- und der Ausgleichssteuer.

547. Zürich. *Weitere Aenderung.* RR 18. September. ABl S. 1359. GS 36 S. 448.

Steuerfreiheit für Militärsold.

548. Zürich. *VO über den Vollzug der Wehrsteuer im Kanton.* RR 4. September. ABl S. 1325. GS 36 S. 365.

549. Zürich. *Reglement für die kantonale Wehrsteuer-Rekurskommission.* RR 4. September. ABl S. 1334. GS 36 S. 374.

550. Bern. *VO betreffend die Erhebung der eidgenössischen Wehrsteuer.* RR 17. Juni. Vom Eidg. Finanz- und Zolldepartement genehmigt am 30. Juni. ABl Nr. 55. GS S. 23.

551. Bern. *VO betreffend die Erhebung eines einmaligen Wehropfers.* RR 24. Oktober. Vom Eidg. Finanz- und

Zolldepartement genehmigt am 12. November. ABl Nr. 93. GS S. 93.

Rekursverfahren, Zuständigkeit.

552. Luzern. *VO über die eidgenössische Wehrsteuer.* RR 14. Juli. KBl Nr. 31. GS 12 S. 548.

553. Luzern. *Reglement für die Wehrsteuer-Rekurskommission.* RR 14. Juli. KBl Nr. 31. GS 12 S. 556.

554. Luzern. *VO über die Vornahme der Revisionsschatzungen der Grundstücke (Katasterschatzungen).* RR 4. August. KBl Nr. 32. GS 12 S. 568.

555. Uri. *Vollziehungsvorschriften zum BRB vom 9. Dezember 1940 über die Erhebung einer Wehrsteuer.* RR 7. Juni. ABl Nr. 44.

556. Schwyz. *VVO zum BRB über die Erhebung einer Wehrsteuer.* RR 16. Oktober. ABl Nr. 46.

557. Schwyz. *Abänderung der VVO zum BRB über die Erhebung eines einmaligen Wehropfers.* RR 16. Oktober. ABl Nr. 46.

Bezeichnung der Rekurskommission.

558. Obwalden. *VVO zum BRB über die Erhebung einer Wehrsteuer.* RR 9. April. ABl Nr. 21.

559. Nidwalden. *VVO zum BRB betreffend die Erhebung einer Wehrsteuer.* RR 3. Februar. ABl Nr. 9.

560. Glarus. *VVO zum BRB über die Erhebung einer Wehrsteuer.* RR 5. November. ABl Nr. 46.

561. Zug. *VVO zum BRB über die Erhebung einer Wehrsteuer.* RR 26. Juni. ABl Nr. 27. GS XIV S. 397.

562. Fribourg. *A concernant la perception d'un impôt pour la défense nationale* CE 24 janvier. F. o. No. 5. GS 110 S. 5.

563. Solothurn. *Abänderung des Volksbeschlusses vom 11. März 1934/14. März 1937 betreffend Erhebung der kantonalen Krisenabgabe pro 1942/43.* KR 3. Juni. Volksabstimmung 14. September. GS 75 S. 301.

Besteuerung nach der Einschätzung pro 1940/41, wobei Aenderungen durch eine Zwischentaxation berücksichtigt werden können.

564. Solothurn. *VVO zum BRB über die Erhebung einer Wehrsteuer.* RR 25. Juni. ABl Nr. 29. GS 75 S. 237.

565. Basel-Stadt. *Ergänzung des G betreffend die direkten Steuern (Schenkungssteuer).* GrR 17. April. GS 39 S. 30.

566. Basel-Stadt. *VO über den Vollzug der eidg. Wehrsteuer im Kanton Basel-Stadt.* RR 29. April. Vom Eidg.

Finanz- und Zolldepartement genehmigt am 12. Mai. GS 39 S. 51.

567. Basel-Stadt. *Ergänzung der VO vom 26. Juni 1922 zum G über die direkten Steuern.* RR 13. Mai. GS 39 S. 55.

Erhebung der Schenkungssteuer.

568. Baselland. *Verlängerung der gegenwärtig laufenden Staatssteuereinschätzungsperiode 1939/41.* RR 7. Oktober. ABl II Nr. 15.

Verlängerung um ein Jahr, um Staatssteuer- und Wehrsteuereinschätzungen gemeinsam vornehmen zu können.

569. Baselland. *Vollziehung des BRB vom 9. Dezember 1940 über die Erhebung einer Wehrsteuer.* RR 28. Oktober. ABl II Nr. 19.

570. Schaffhausen. *VO über den Vollzug des BRB vom 9. Dezember 1940 über die Erhebung einer Wehrsteuer.* RR 16. April. ABl Nr. 19.

571. Schaffhausen. *Sicherungsmassnahmen für den Bezug der Wehrsteuer.* RR 18. April. ABl Nr. 19.

572. Appenzell A.-Rh. *VO betreffend den Vollzug des BRB vom 9. Dezember 1940 über die Erhebung einer Wehrsteuer.* RR 24. Juni. ABl Nr. 28.

573. Appenzell I.-Rh. *Vollzug der Erhebung einer Wehrsteuer.* Standeskommission 22. Februar. Text separat erschienen.

574. St. Gallen. *VO über die Erhebung der eidgenössischen Wehrsteuer.* RR 22. April. GS XVII S. 121.

575. Graubünden. *VO über die Erhebung einer Wehrsteuer.* KlR 8. April. ABl Nr. 20.

576. Graubünden. *Ergänzung der VVO vom 16. August 1940 betreffend die Errichtung des Inventars für das Wehropfer.* KlR 20. Dezember 1940. Vom Eidg. Finanz- und Zolldepartement genehmigt am 20. Februar. ABl Nr. 9.

Meldepflicht der Zivilstandsämter, Siegelung.

578. Aargau. *Ergänzung des § 105 der VVO zu den allgemeinen SteuerG vom 13. August 1926.* RR 21. Februar. GS XVI Nr. 43.

Steuernachlass bei Erwerbsverminderung infolge Aktivdienstes.

579. Aargau. *VVO zum BRB vom 9. Dezember 1940 über die Erhebung einer Wehrsteuer.* RR 18. Juni. GS XVI Nr. 53.

580. Thurgau. *Abänderung der VO über den Militärpflichtersatz.* GrR 25. Oktober 1940. Vom BR genehmigt am 28. April 1941. ABl Nr. 20.

Der Einzug des Militärpflichtersatzes erfolgt nunmehr durch die Sektionschefs, statt, wie bisher, durch die Gemeinderäte.

581. Thurgau. *VO über den Vollzug des BRB vom 9. Dezember 1940 über die Erhebung einer Wehrsteuer.* RR 17. Juni. ABl Nr. 30. GS 19 S. 338.

582. Ticino. *D leg. introducente una tassa sul personale di servizio.* GrC 17 dicembre 1940. B. o. No. 19.

Dienstbotensteuer. Steuer von Fr. 10.— für den ersten, Fr. 20.— für den zweiten und Fr. 30.— für jeden weiteren Hausangestellten.

583. Ticino. *Regolamento di applicazione del sudetto D leg.* CSt 28 agosto. B. o. No. 21.

584. Ticino. *Regolamento di applicazione del D leg. 28 febbraio 1940 istituente una tassa speciale a carico delle proprietà immobiliari appartenenti a persone giuridiche.* CSt 30 maggio. B. o. No. 13.

585. Ticino. *D esec. istituente gli organi di tassazione, di istanza cantonale di ricorso e di riscossione dell'imposta per la difesa nazionale.* CSt 17 ottobre. B. o. No. 27.

586. Vaud. *A modifiant l'article 22 de l'A du 3 décembre 1891 concernant la perception de l'impôt sur les chiens.* CE 4 février. F. o. No. 11. Recueil p. 50.

Verteilung der aus Uebertretungen des A eingehenden Bussen.

587. Vaud. *A abrogeant l'A du 3 décembre 1940 instituant un impôt sur l'énergie produite par les usines hydrauliques établies en vertue d'un droit privé.* CE 11 juin. F. o. No. 47.

588. Vaud. *A d'application dans le canton de Vaud de l'A du Conseil fédéral du 9 décembre 1940 concernant la perception d'un impôt pour la défense nationale.* CE 2 juillet. F. o. No. 53. Recueil p. 246.

589. Vaud. *Loi prorogeant a) pour une nouvelle période les délais prévus aux articles 13 et 90 de la loi d'impôt sur la fortune et le produit du travail du 24 janvier 1923 ; b) pour deux ans la période d'application de l'article 26, alinéa 2 nouveau, de la loi précitée.* GrC 10 décembre. F. o. No. 101. Recueil p. 431.

590. Vaud. *D sur la perception, pour 1942, d'une contribution extraordinaire destinée à aider à la lutte contre le chômage et au financement partiel des dépenses de mobilisation.* GrC 10 décembre. F. o. No. 101. Recueil p. 432.

591. Wallis. *Kantonale VVO zum BRB über die Erhebung einer Wehrsteuer.* StR 9. Dezember 1940. Vom Eidg. Finanz- und Zolldepartement genehmigt am 6. März. ABl Nr. 11.

592. Wallis. *Ergänzung des B vom 22. November 1935 betreffend den Bezug der Hundetaxe.* StR 21. November. ABl Nr. 48.

Bezeichnung der Luxushunde.

593. Neuchâtel. *A concernant la réduction pour l'année 1941 de la valeur d'estimation cadastrale de certains immeubles.* CE 3 janvier. F. o. No. 2.

594. Neuchâtel. *A d'exécution de l'A du Conseil fédéral du 9 décembre 1940 concernant la perception d'un impôt pour la défense nationale.* CE 4 avril. F. o. No. 30.

595. Neuchâtel. *D concernant le renouvellement du D du premier décembre 1931 instituant un impôt extraordinaire de crise.* GrC 6 novembre. F. o. No. 90. Recueil p. 129.

596. Genève. *A relatif aux frais de recours en matière de sacrifice pour la défense nationale.* CE 24 janvier. F. o. No. 23.

597. Genève. *Règlement relatif à l'application de l'article 212 de la loi générale sur les contributions publiques concernant l'inventaire au décès.* CE 4 février. F. o. No. 31. Recueil p. 11.

Die Inventaraufnahme erfolgt durch den Friedensrichter oder einen Notar, wo die Zivilgesetze es vorschreiben, ferner auf Begehren der Erben, des Finanzdepartements oder der Steuerverwaltung.

598. Genève. *Loi instituant, pour la durée de la mobilisation de l'armée, une taxe cantonale sur les créances garanties par gage immobilier en couverture des dépenses faites par les communes pour secours en matière de loyers des mobilisés.* GrC 15 février. F. o. No. 31, 71. Recueil p. 21.

Erhebung einer Steuer von $^1/_2$ ‰ vom Nominalbetrag der grundpfandgesicherten Forderungen. Schuldner ist der Gläubiger, neben dem der Schuldner solidarisch haftet, wenn es sich um Inhabertitel handelt und wenn der Gläubiger im Ausland wohnhaft ist.

599. Genève. *Loi instituant, pour la durée de la mobilisation de l'armée, des centimes additionnels communaux en couverture des dépenses faites par les communes pour secours en matière de loyers des mobilisés.* GrC 15 février. F. o. No. 41, 71. Recueil p. 24.

600. Genève. *Ordonnance cantonale d'application de l'A du Conseil fédéral concernant la perception d'un impôt pour la défense nationale.* CE 28 février. F. o. No. 52. Recueil p. 25.

601. Genève. *Loi modifiant l'art. 5 du titre XI de la IVe partie de la loi générale sur les contributions publiques, relatif à la taxe sur les chiens.* GrC 2 octobre. F. o. No. 231. Recueil p. 123.

Beschlagnahme von Hunden, die die Steuermarke nicht tragen.

602. Genève. *Loi modifiant l'article 2 et portant adjonction d'articles 3bis et 3ter à la loi du 28 juin 1930 sur le droit des pauvres.* GrC 12 novembre. F. o. No. 267, 297. Recueil p. 135.

Erhebung einer einheitlichen Billetsteuer von Fr. —.25 auf Freibilletten, sofern die Eintrittspreise Fr. 3.— übersteigen.

603. Genève. *A législatif autorisant le CE à prélever sur la part du canton dans la perception du sacrifice pour la défense nationale les sommes nécessaires au paiement de la contribution cantonale aux allocations pour perte de salaire et de gain.* GrC 22 novembre. F. o. No. 277. Recueil p. 160.

Verbesserung des Staatshaushalts.

604. Zürich. *Abänderung des G über den Finanzausgleich vom 5. Juli 1931.* KR 25. November 1940. Volksabstimmung 9. April. ABl S. 50. GS 36 S. 301.

Solange die Steuergrenze — wie bisher — 200% erreicht oder übersteigt, werden 3%, statt wie bisher 2% des Staatssteuerertrages dem Finanzausgleich zur Verfügung gestellt. Der Mehrertrag wird nach einem besonderen Schlüssel an die am schwersten belasteten Gemeinden verteilt.

605. Luzern. *Verlängerung der Geltungsdauer des G vom 26. Februar 1937 betreffend die Herabsetzung der gesetzlich festgelegten Staatsbeiträge.* GrR 4. März. KBl Nr. 10. GS 12 S. 355.

606. Glarus. *Fortsetzung der Sparmassnahmen.* LdgB 4. Mai. Nachträge zum LB 5. Heft S. 145.

Herabsetzung der Subventionen, Taggelder und Reiseentschädigungen.

607. Basel-Stadt. *Abänderung des G über dringliche Massnahmen zur Milderung der Wirtschaftskrise im Kanton Basel-Stadt vom 11. September 1936.* GrR 20. März. Volksabstimmung 18. Mai. GS 39 S. 28.

Beschränkung der Wählbarkeit in den Arbeitsbeschaffungsrat auf Schweizerbürger.

608. Appenzell A.-Rh. *Aufhebung von Sparmassnahmen.* KR 27. November. GS IV S. 462.

609. Wallis. *D betreffend die vorübergehenden Massnahmen zur Verbesserung der Finanzlage.* GrR 11. November. ABl Nr. 48.

In der Hauptsache Beibehaltung der schon im Jahre 1936 beschlossenen Erhöhung der Taxen und Gebühren.

---

610. St. Gallen. *Verwendung des kantonalen Anteils am Währungsausgleichsfonds.* GrR 17. Juni. GS XVII S. 130.

Verteilung an Kanton und Gemeinden.

Gewerbe. Handel. Submissionen. Advokatur. Salz. Lebensmittel. Altstoffverwertung. Wirtschaften.

611. Bern. *VO über die Anerkennung der Meisterprüfung und der bewährten Ausbildung von Lehrlingen bei Vergebung von Arbeiten und Lieferungen für den Staat, seine Verwaltungen und Anstalten.* RR 5. September. ABl Nr. 73. GS S. 56.

612. Luzern. *D über die Subventionierung einer Hilfsaktion zugunsten des durch die Kriegsmobilmachung in Bedrängnis geratenen Gewerbes und Detailhandels.* GrR 4. Februar. GS 12 S. 352.

613. Luzern. *Aufhebung der provisorischen Herabsetzung des Kaminfegertarifs vom 5. Dezember 1935.* RR 20. November. KBl Nr. 48. GS 12 S. 601.

614. Uri. *Ergänzung des Art. 59 der Kantonsverfassung (Regelung der Märkte).* LR 20. März. Volksabstimmung 4. Mai. ABl Nr. 15. Eidg. Gewährleistung durch BB vom 5. Dezember. Eidg. GS 57 S. 1421.

Zur Bewilligung neuer sowie zur Aufhebung oder Verlegung bestehender Märkte ist der LR (bisher Ldg) zuständig.

615. Schwyz. *Gewerbsmässige Vermittlung im Grundstücksverkehr.* RR 12. November. ABl Nr. 47.

Der RR erteilt die erforderliche Bewilligung auf die Dauer von 5 Jahren, wofür eine jährliche Gebühr von Fr. 100.— bis Fr. 500.— zu entrichten ist. Die Vermittler haben ferner eine Kaution von Fr. 2000.— bis Fr. 5000.— zu leisten.

616. Fribourg. *A portant majoration du tarif de ramonage.* CE 30 mai. F. o. No. 23. GS 110 S. 45.

Zuschlag von 10%.

617. Fribourg. *A concernant les taxes applicables aux professions ambulantes.* CE 21 novembre. F. o. No. 49. GS 110 S. 66.

Die Abänderung der VVO von 1940 bezweckt eine bessere Erfassung der ausländischen Künstler und Künstlergesellschaften durch Einführung von drei verschiedenen Klassen für die Patente.

618. Solothurn. *VO über die entgeltliche Vermittlung land- und forstwirtschaftlicher Liegenschaften.* RR 10. Januar. ABl Nr. 3. GS 75 S. 185.

619. Basel-Stadt. *Abänderung des Reglements über Zulassung von Wertpapieren zur Kotierung an der Basler Börse.* RR 21. November. KBl II Nr. 43. GS 39 S. 192.

Oeffentliche Bekanntmachung der Zulassung.

620. Schaffhausen. *Gewerbehilfe im Kanton Schaffhausen.* RR 9. Dezember. ABl Nr. 50.

621. St. Gallen. *II. Nachtrag zur VO über die Errichtung und den Betrieb von Lichtspieltheatern und Filmverleihgeschäften.* RR 3. Oktober. ABl Nr. 43. GS XVII S. 218.

Verbot marktschreierischer, auf Sensation abzielender Anpreisungen von Filmen.

622. Ticino. *D esec. circa pesi e misure. Modifica al regol. d'esecuz. della legge federale.* CSt 30 settembre. B. o. No. 23.

623. Ticino. *D esec. concernente l'esportazione del carbone di legna.* CSt 10 ottobre. B. o. No. 24.

624. Ticino. *D esec. che approva lo statuto dell'Ordine cantonale degli ingegneri e degli architetti.* CSt 23 dicembre. B. o. No. 33.

625. Vaud. *Loi réglementant la profession de maître coiffeur.* GrC 4 février. Recueil p. 21.

626. Vaud. *A introduisant des articles 9bis, ter et quater au règlement d'exécution, du 27 mars 1936, de la loi du 18 novembre 1935 sur la police du commerce.* CE 11 mars. F. o. No. 21. Recueil p. 168.

Patentpflicht für Handwerker, die ihre Erzeugnisse kolportieren.

627. Vaud. *A portant modification de l'article 32 du règlement d'exécution, du 29 décembre 1939, de la loi du 12 décembre 1938 sur les agents intermédiaires.* CE 11 mars. F. o. No. 21. Recueil p. 170.

Verteilung der aus Uebertretungen des G herrührenden Bussen.

628. Vaud. *A portant modification de l'article 22 du règlement d'exécution, du 10 mars 1938, de la loi du 12 décembre 1938 sur les bureaux de placement privés.* CE 11 mars. F. o. No. 21. Recueil p. 171.

Verwendung der aus Uebertretung des G stammenden Bussen.

629. Vaud. *Loi modifiant et complétant la loi du 12 décembre 1938 sur les agents intermédiaires.* GrC 26 mai. F. o. No. 45. Recueil p. 203.

Voraussetzungen für den Erhalt und den Entzug der Bewilligung.

630. Vaud. *A modifiant et complétant le règlement d'exécution, du 29 décembre 1939, de la loi du 12 décembre 1938 sur les agents intermédiaires.* CE 7 juin. F. o. No. 47. Recueil p. 230.

Ausweise, die dem Gesuch zur Berufsausübung beizulegen sind, Dauer und Erneuerung der Legitimationskarten, Bussen bei Uebertretungen.

631. Vaud. *A modifiant et complétant le règlement du 29 décembre 1939 portant tarif des honoraires des agents intermédiaires.* CE 7 juin. F. o. No. 47. Recueil p. 229.

632. Vaud. *A modifiant l'A du 31 août 1940 sur les poids et mesures (arrondissements).* CE 7 juin. F. o. No. 47. Recueil p. 227.

Bezeichnung der Bezirke.

633. Vaud. *A modifiant les A des 4 octobre 1927 et 26 avril 1932 sur les cinématographes et les dépôts de films.* CE 7 juin. F. o. No. 47. Recueil p. 233.

Nähere Umschreibung der zu verbietenden Filme, die gegen die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten verstossen. Wahl, Zusammensetzung und Amtsdauer der Kontrollkommission.

634. Vaud. *Règlement d'exécution de la loi du 4 février 1941 réglementant la profession de maître coiffeur.* CE 30 juin. F. o. No. 53. Recueil p. 237.

635. Vaud. *Loi modifiant la loi du 12 décembre 1938 sur les bureaux de placement privés.* GrC 2 septembre. F. o. No. 74. Recueil p. 283.

Gründe für die Verweigerung der Bewilligung.

636. Vaud. *A modifiant le règlement d'exécution du 10 mars 1939 de la loi du 12 décembre 1938 sur les bureaux de placement privés.* CE 12 septembre. F. o. No. 74. Recueil p. 305.

Ausweise, die ein Gesuchsteller seiner Bewerbung beizulegen hat.

637. Vaud. *Règlement organisant les examens pour l'obtention du certificat de capacité d'agent intermédiaire.* CE 10 octobre. F. o. No. 82. Recueil p. 359.

638. Vaud. *A concernant la création de nouveaux dépôts de pain.* CE 21 octobre. F. o. No. 85. Recueil p. 363.

Meldepflicht für neu eröffnete Brotverkaufsstellen.

639. Vaud. *Loi sur la profession de maître de ski.* GrC 24 novembre. F. o. No. 95. Recueil p. 387.

Als Skilehrer darf sich nur ausgeben, wer die erforderliche Bewilligung besitzt, die das Justiz- und Polizeidepartement nach Ablegung einer Prüfung erteilt.

640. Vaud. *A d'exécution de la loi précédante.* GrC 29 novembre. F. o. No. 96. Recueil p. 413.

641. Wallis. *Beteiligung des Staates an der Gewerbehilfe durch die gewerblichen Bürgschaftsgenossenschaften.* StR 24. Juli. ABl Nr. 31.

642. Wallis. *Abänderung des vorstehenden B.* StR 28. November. ABl Nr. 49.

Anpassung der Bestimmungen an den BRB vom 13. September 1941.

643. Neuchâtel. *A concernant l'exécution de travaux et de commandes pour le compte de l'Etat et des communes.* CE 7 février. F. o. No. 13. Recueil p. 89.

Aufträge dürfen nur Unternehmern zugeteilt werden, die die öffentlichen Abgaben regelmässig entrichtet haben, den Berufsorganisationen angeschlossen sind oder sich zur Einhaltung der Arbeitsbedingungen verpflichten und im Berufsregister eingetragen sind.

644. Neuchâtel. *A complétant le règlement pour l'observation des chronomètres, des pendules et d'autres instruments de mesure du temps, à l'Observatoire astronomique et chronométrique de Neuchâtel, du 29 novembre 1932.* CE 7 février. F. o. No. 13.

645. Neuchâtel. *A désignant les professions à inscrire dans le Registre de la profession.* CE 7 mars. F. o. No. 20.

646. Neuchâtel. *A fixant le montant des subventions de l'Etat à l'Office neuchâtelois de cautionnement mutuel pour artisans et commerçants.* CE 21 novembre. F. o. No. 94.

647. Neuchâtel. *A concernant l'inscription au Registre de la profession des mécaniciens en automobiles.* CE 12 décembre. F. o. No. 100.

648. Neuchâtel. *A concernant le commerce des bois de grume.* CE 22 décembre. F. o. No. 102.

649. Genève. *A relatif à l'interdiction des liquidations générales et partielles, et des ventes analogues.* CE 14 janvier. F. o. No. 11. Recueil p. 2.

650. Genève. *A modifiant l'article 10bis du règlement sur l'exercice de la profession d'agent d'affaires du 4 septembre 1928.* CE 17 janvier. F. o. No. 18. Recueil p. 3.

Notengebung bei der Prüfung.

651. Genève. *A relatif aux prix maxime à payer pour les grumes et le bois de feu pour la période d'exploitation 1940—1941.* CE 14 mars. F. o. No. 65. Recueil p. 34.

652. Genève. *A modifiant l'A du 13 juin 1934 relatif à la livraison et à la vente des fruits et légumes sur les marchés publics.* CE 30 juillet. F. o. No. 176. Recueil p. 94.

Verkauf von Waren in Originalpackungen.

653. Genève. *Loi d'application de l'A du Conseil fédéral sur une aide des coopératives de cautionnement des arts et métiers aux artisans et détaillants.* GrC 12 novembre. F. o. No. 267, 297. Recueil p. 137.

---

654. Bern. *Fürsprecherprüfungen.* RRB 31. Januar. GS S. 6.

Ermächtigung des Obergerichts, Bewerbern, die Aktivdienst geleistet haben, bis zu 12 Monaten Bureauzeit zu erlassen.

655. St. Gallen. *Prüfungsbestimmungen für die Anwälte und Rechtsagenten.* Prüfungskommission 24. Juni. Vom Kantonsgericht genehmigt am 27. Juni. ABl Nr. 27.

Schriftliche Prüfung von höchstens 8 Stunden Dauer und vierstündige mündliche Prüfung.

656. Wallis. *Reglement über die Fähigkeitsprüfung der Anwaltskandidaten.* StR 10. Oktober. ABl Nr. 44.

---

657. Luzern. *G über den Salzpreis.* GrR 16. September. KBl Nr. 38. GS 12 S. 400.

Festsetzung auf 25 Rappen und Ermächtigung des RR, weitere Erhöhungen bei Erhöhung des Einstandspreises eintreten zu lassen.

658. Fribourg. *A concernant les parts d'amende en matière de contraventions à la loi sur la régale des sels.* CE 17 juin. F. o. No. 26. GS 110 S. 47.

Herabsetzung des Anteils des Verzeigers auf höchstens Fr. 500.—.

659. Appenzell A.-Rh. *Salzpreiserhöhung.* RR 9. Juni. ABl Nr. 26.

660. St. Gallen. *Kochsalzpreis.* RR 26. August. ABl Nr. 35.

Erhöhung auf Fr. —.32 je kg.

661. Ticino. *D esec. che fissa i nuovi prezzi dei sali.* CSt 27 hiugno. B. o. No. 15.

662. Wallis. *Salzpreis, Provisionen und Entschädigungen an die Salzverkäufer.* StR 24. Juni. ABl Nr. 27.
Festsetzung des Salzpreises auf Fr. —.35.

---

663. Luzern. *VVO zur eidgenössischen FleischschauVO vom 26. August 1938.* RR 9. September 1940. Vom BR genehmigt am 4. März 1941. KBl Nr. 11.

664. Obwalden. *Reglement für die Pilzkontrolle.* RR 9. Juli. Vom BR genehmigt am 3. November. LB VII S. 357.

665. Fribourg. *Fleischschau und Fleischkontrolle.* StR 19. Dezember. GS 110 S. 99.

666. Appenzell A.-Rh. *VVO zur eidg. FleischschauVO vom 26. August 1938.* KR 30. Mai 1940. Vom BR genehmigt am 13. Dezember 1941. GS IV S. 473.

667. Thurgau. *VVO zur eidgenössischen FleischschauVO vom 26. August 1938.* RR 16. Januar. Vom BR genehmigt am 7. Juli. ABl Nr. 33. GS 19 S. 399.

668. Vaud. *A constituant un office de propagande pour les vins vaudois (OPV).* CE 7 mars. F. o. No. 21. Recueil p. 165.

669. Wallis. *Ausführungsbestimmungen zur eidgenössischen FleischschauVO vom 26. August 1938.* StR 29. August 1939. Vom BR genehmigt am 3. Januar 1941. ABl Nr. 5.

670. Neuchâtel. *Règlement d'exécution de l'ordonnance fédérale du 26 août 1938 sur le contrôle des viandes.* CE 18 février. Recueil p. 91.

671. Genève. *A concernant l'âge des veaux de boucherie.* CE 30 juillet. F. o. No. 178.

672. Genève. *Règlement sur le contrôle des viandes.* CE 25 novembre. Recueil p. 162.

---

673. Zug. *Sammlung und Verwertung von Altstoffen und Abfällen.* RR 10. Januar. ABl Nr. 3.

674. Zug. *Abänderung des vorstehenden B.* RR 3. Dezember. ABl Nr. 49.
Bezeichnung der Zentralstelle.

675. Baselland. *Sammlung und Verwertung von Altstoffen und Abfällen.* RR 3. Januar. ABl I Nr. 2.

676. Genève. *A concernant la récupération des déchets.* CE 11 février. F. o. No. 38. Recueil p. 19.

---

677. Nidwalden. *Abänderung des TanzG vom 29. April 1928.* Ldg 27. April. ABl Nr. 18.

Zahlreiche Uebertretungen des G liessen die bisherigen Strafbestimmungen als ungenügend erscheinen. Die Höchstgrenze der Busse wird daher nun auf Fr. 100.— festgesetzt und für besonders schwere Uebertretungen oder nach wiederholter Bestrafung zeitweiliger oder gänzlicher Entzug des Patentes durch den RR angedroht.

Berufsbildung. Stellenvermittlung. Arbeits- und Ruhezeit. Arbeiterschutz. Arbeitseinsatz.

678. Solothurn. *Regelung der Anstellung von Lehrlingen in der Staatsverwaltung.* RR 20. Juni. GS 75 S. 235.

679. Aargau. *VO über die kantonale Lehrlingskommission.* RR 21. Februar. GS XVI Nr. 44.

680. Aargau. *VO über die kaufmännische Berufsbildung.* RR 21. Februar. GS XVI Nr. 45.

681. Aargau. *VO über die Beiträge des Staates an die kaufmännische Berufsbildung.* RR 21. Februar. GS XVI Nr. 46.

682. Aargau. *VO über die gewerbliche Berufsbildung.* RR 21. Februar. GS XVI Nr. 47.

683. Aargau. *VO über die gewerblichen Lehrabschlussprüfungen.* RR 21. Februar. GS XVI Nr. 48.

684. Aargau. *VO über die Beiträge des Staates an die gewerbliche Berufsbildung.* RR 21. Februar. GS XVI Nr. 49.

685. Ticino. *D leg. che modifica e completa la legge sull'insegnamento professionale.* GrC 6 ottobre. B. o. No. 30.

Anpassung des G von 1914 an die Bestimmungen der BG über die Berufsausbildung und das Mindestalter der Arbeitnehmer.

---

686. Vaud. *A sur le contrôle du personnel disponible.* CE 2 mai. F. o. No. 36. Recueil p. 188.

Meldepflicht von Entlassungen und Teilarbeitslosigkeit an das Arbeitsnachweisbureau durch die Arbeitgeber.

---

687. Schaffhausen. *VO über den Stellenwechsel von Bauarbeitern.* RR 30. Juli. ABl Nr. 31.

---

688. Bern. *AusführungsVO zum BG vom 24. Juni 1938 über das Mindestalter der Arbeitnehmer.* RR 1. Juli. ABl Nr. 55. GS S. 32.

689. Luzern. *VVO zum BG über das Mindestalter der Arbeitsnehmer vom 24. Juni 1938.* RR 17. Juli. KBl Nr. 30. GS 12 S. 562.

690. Uri. *VVO zum BG über das Mindestalter der Arbeitnehmer.* LR 28. Oktober. ABl Nr. 45.

691. Schwyz. *Vollzug des BG über das Mindestalter der Arbeitnehmer.* RR 7. Juni. ABl Nr. 24.

692. Obwalden. *VVO zum BG über das Mindestalter der Arbeitnehmer.* KR 29. September. LB VII S. 360.

693. Fribourg. *A concernant l'application de la loi fédérale du 24 juin 1938 sur l'âge minimum des travailleurs.* CE 28 février. F. o. No. 10. GS 110 S. 19.

694. Solothurn. *Unterstellung des Schuhmachergewerbes unter die Ladenschluss-Bestimmungen.* RR 31. Januar. GS 75 S. 195.

695. Solothurn. *Wiederinkrafttreten der ordentlichen kantonalen Bestimmungen über Ladenschluss und Wirtschaftswesen; Polizeistunde bei Abstimmungen und Wahlen* RR 27. Februar. GS 75 S. 202.

696. Solothurn. *Verbot des Austragens von Abendmilch.* RR 28. Februar. GS 75 S. 203.

697. Basel-Stadt. *Ergänzung des Gesetzes betreffend die Gewährung jährlicher Ferien vom 18. Juni 1931.* GrR 14. Februar. GS 39 S. 20.

Errichtung von Ferienkassen durch Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände. Diese Kassen übernehmen die Lohnzahlung während der Ferien.

698. Basel-Stadt. *VO betreffend den Vollzug des BG über das Mindestalter der Arbeitnehmer vom 24. Juni 1938.* RR 16. Mai. GS 39 S. 56.

699. Basel-Stadt. *VO betreffend Anpassung des Arbeitszeitgesetzes vom 8. April 1920 und 3. Juli 1930 an die Verfügung No. 14 des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements über einschränkende Massnahmen für die Verwendung von festen und flüssigen Kraft- und Brennstoffen sowie von Gas und elektrischer Energie.* RR 17. Oktober. KBl II Nr. 33.

700. Schaffhausen. *Arbeitszeit im Schuhmachergewerbe.* RR 5. Februar. ABl Nr. 6.

701. Schaffhausen. *VO zum BG über das Mindestalter der Arbeitnehmer vom 24. Juni 1938.* RR 21. Februar. ABl Nr. 9.

702. Appenzell I.-Rh. *VVO zum BG über das Mindestalter der Arbeitnehmer.* GrR 7. April. Text separat erschienen.

703. St. Gallen. *VO über den Vollzug des BG über das Mindestalter der Arbeitnehmer.* RR 14. November. GS XVII S. 248.

704. Aargau. *G über den Ladenschluss.* GrR 14. Februar 1940. Volksabstimmung 23. März. GS XVI Nr. 59.

Die Gemeinderäte sind ermächtigt, im Falle dringenden Bedürfnisses oder wenn zwei Drittel der Geschäftsinhaber einer Gemeinde es verlangen, den Ladenschluss in gewissen Grenzen hinauszuschieben oder früher anzusetzen.

705. Thurgau. *VVO zum BG über das Mindestalter der Arbeitnehmer.* RR 25. Februar. ABl Nr. 10. GS 19 S. 38.

706. Ticino. *D esec. che revoca quello dell' 11 ottobre 1940 concernente l'orario di apertura e di chiusura dei negozi, dei ristoranti, delle sale di divertimento nonchè delle scuole ed il risparmio di combustibile negli stabilimenti e nelle amministrazioni.* CSt 26 febbraio. B. o. No. 5.

707. Vaud. *A appliquant dans le canton de Vaud la loi fédérale sur l'âge minimum des travailleurs.* CE 25 février. F. o. No. 17. Recueil p. 162.

708. Vaud. *A concernant la réglementation des jours et heures d'ouverture des magasins.* CE 28 février. F. o. No. 18. Recueil p. 164.

709. Wallis. *Arbeit in den Bergwerken.* StR 28. Oktober. ABl Nr. 44.

Verbot der Arbeit an Sonn- und Feiertagen.

710. Neuchâtel. *A concernant le travail dans les ateliers de cordonnerie.* CE 24 janvier. F. o. No. 8.

711. Neuchâtel. *A portant dérogation à l'art. 9 de la loi sur le repos hebdomadaire.* CE 9 mai. F. o. No. 37.

Ladenschluss an Sonntagen.

712. Genève. *A relatif à l'ouverture des magasins de tabac, kiosques à journaux et cafés-restaurants.* CE 8 janvier. F. o. No. 7. Recueil p. 1.

713. Genève. *Loi réglementant la fermeture des magasins les jours de la semaine.* GrC 9 avril. F. o. No. 85, 114. Recueil p. 51.

714. Genève. *A autorisant les boucheries établies dans le canton à ouvrir leur locaux de vente le jeudi après-midi.* CE 20 mai. F. o. No. 119. Recueil p. 61.

715. Genève. *A portant règlement d'exécution de la loi du 9 avril 1941 réglementant la fermeture des magasins les jours de la semaine.* CE 4 juillet. F. o. No. 154. Recueil p. 82.

---

716. Zug. *Erhöhung der Mindestlöhne.* RR 22. November. ABl Nr. 48.

Garantie eines Stundenlohnes von Fr. 1.30 für Verheiratete, Fr. 1.20 für Ledige bei allen öffentlichen Arbeiten, die der Kanton ausführt, vergibt oder durch Beiträge unterstützt.

---

717. Zürich. *Arbeitseinsatz für die Landwirtschaft.* RR 6. März. ABl S. 357.

718. Zürich. *Arbeitseinsatz bei Bauten von nationalem Interesse.* RR 17. Juli. ABl S. 1118.

719. Bern. *Arbeitseinsatz und Anwendung der Arbeitsdienstpflicht bei Bauarbeiten von nationalem Interesse.* RR 25. Juli. ABl Nr. 60.

720. Uri. *Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft.* RR 20. Februar. ABl Nr. 9.

721. Uri. *Weiterer Beschluss.* RR 30. Juni. ABl Nr. 28.

722. Url. *Vollziehungsvorschriften über den Arbeitseinsatz bei Arbeiten von nationalem Interesse.* RR 22. September. ABl Nr. 39.

723. Glarus. *VO über die Organisation und die Durchführung des Arbeitseinsatzes.* RR 20. Februar. ABl Nr. 8. Nachträge zum LB, 5. Heft S. 157.

724. Zug. *Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft.* RR 27. Februar. ABl Nr. 9.

725. Zug. *Arbeitseinsatz bei Bauarbeiten von nationalem Interesse.* RR 6. August. ABl Nr. 32.

726. Fribourg. *A concernant l'affectation de la main-d'œuvre aux travaux de construction d'intérêt national.* CE 11 juillet. F. o. No. 29. GS 110 S. 52.

727. Solothurn. *Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft.* RR 18. Februar. ABl Nr. 8. GS 75 S. 193.

728. Solothurn. *Rekursinstanz zur Behandlung von Beschwerden über den Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft.* RR 18. Februar. GS 75 S. 201.

729. Solothurn. *Arbeitseinsatz bei Bauarbeiten von nationalem Interesse.* RR 2. Mai. ABl Nr. 19. GS 75 S. 223.

730. Baselland. *Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft.* RR 28. Februar. ABl I Nr. 10.

731. Baselland. *Ausrichtung von Versetzungsentschädigungen an Arbeitsdienstpflichtige in der Landwirtschaft.* RR 9. Mai. ABl I Nr. 20.

732. Schaffhausen. *VO über die Führung der Register bei den Arbeitseinsatzstellen und Meldepflicht.* RR 21. Februar. ABl Nr. 9.

733. Schaffhausen. *VO über den Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft.* RR 5. März. ABl Nr. 10.

734. Schaffhausen. *VO über den Arbeitseinsatz bei Bauarbeiten von nationalem Interesse (Anwendung der Arbeitsdienstpflicht).* RR 17. Juli. ABl Nr. 30.

735. Schaffhausen. *Weitere VO.* RR 18. November. ABl Nr. 47.

736. Graubünden. *Ausführungsbestimmungen zur VO des BR über die Arbeitsdienstpflicht vom 17. Mai 1940.* GrR 2. April. ABl Nr. 15.

737. Graubünden. *Arbeitseinsatz bei Bauten von nationalem Interesse.* KlR 25. Juli. ABl Nr. 31.

738. Thurgau. *Organisation des Arbeitseinsatzes in der Landwirtschaft.* RR 4. März. ABl Nr. 11.

739. Thurgau. *Organisation des Arbeitseinsatzes für Bauarbeiten von nationalem Interesse.* RR 29. Juli. ABl Nr. 35.

740. Ticino. *D esec. per la esecuzione della legge federale sul servizio obbligatorio del lavoro.* CSt 28 luglio. B. o. No. 18.

741. Vaud. *A appliquant, dans le canton de Vaud, les prescriptions fédérales concernant l'affectation de la main-d'œuvre à des activités d'intérêt national et le service obligatoire du travail.* CE 14 mars. F. o. No. 22. Recueil p. 172.

742. Wallis. *Organisation des Arbeitseinsatzes in der Landwirtschaft.* StR 21. Februar. ABl Nr. 9.

743. Wallis. *VVO zum BRB betreffend den Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft und bei Bauarbeiten im nationalen Interesse.* StR 2. September. ABl Nr. 38.

744. Genève. *A sur la main-d'œuvre agricole.* CE 29 mars. F. o. No. 76. Recueil p. 37.

745. Genève. *A chargeant l'Office cantonal de placement de l'affectation de la main-d'œuvre aux travaux de construction d'intérêt national.* CE 16 juillet. F. o. No. 170. Recueil p. 93.

Arbeitslosenfürsorge.
Arbeitslosenversicherung.

746. Uri. *VO über die Subventionierung der Arbeitsbeschaffung* LR 20. März. ABl Nr. 15.

747. Uri. *Reglement zu vorstehender VO.* RR 8. November. ABl Nr. 46.

748. Schwyz. *Verlängerung der Geltungsdauer des G über Arbeitslosenversicherung, Krisenbekämpfung und Arbeitsbeschaffung.* KR 20. Dezember 1940. ABl Nr. 2.

Verlängerung bis Ende 1944.

749. Nidwalden. *Abänderung von Art. 3 lit. a des G über die Arbeitslosenversicherung vom 30. April 1933.* LR 20. Dezember. ABl Nr. 52.

Von der Versicherungspflicht sind ausgenommen Personen mit einem Einkommen von mehr als Fr. 4000.— oder einem Vermögen von wenigstens Fr. 15 000.—.

750. Glarus. *Winterzulage für Arbeitslose,* RR 27. Februar. ABl Nr. 10.

751. Fribourg. *Règlement concernant l'octroi de subsides aux travaux de chômage.* CE 11 février. F. o. No. 9. GS 110 S. 9.

752. Solothurn. *Abänderung der VVO vom 25. November 1926 zum G betreffend Arbeitslosenversicherung vom 31. Oktober 1926/12. Februar 1933.* RR 12. August. ABl Nr. 33. GS 75 S. 296.

Einzug der Prämien renitenter Mitglieder durch die Arbeitgeber.

753. Basel-Stadt. *Abänderung der VO vom 31. Oktober 1933 über den Vollzug des GrRB vom 10. November 1932 betreffend Weiterführung der Notunterstützung von Arbeitslosen.* RR 29. April. GS 39 S. 49.

Aenderung der Einkommensgrenze, sowie Aenderung des Taggeldes.

754. Basel-Stadt. *Ausrichtung einer Weihnachtsgabe an Arbeitslose und Wehrmänner.* GrRB 18. September. GS 39 S. 97.

755. Basel-Stadt. *Anhang Nr. 3 zum Reglement vom 19. September 1939 betreffend Subventionsansätze für Staatsbeiträge an Renovations-, Aus- und kleinen Anbauarbeiten an privaten baselstädtischen Liegenschaften.* RR 31. Oktober. KBl II Nr. 37.

Subvention an Arbeiten im Winter 1941/42.

756. Baselland. *Ausrichtung von Teuerungszulagen an die anerkannten Arbeitslosenkassen.* RR 28. Februar. ABl I Nr. 10.

757. Baselland. *Subventionierung von Plankonkurrenzen für öffentliche Bauten (Hoch- und Tiefbau).* RR 30. Mai. ABl I Nr. 23.

Vorbereitungsaktion für Arbeitsbeschaffung.

758. Baselland. *Vorübergehende Einstellung der Subventionierung von Bauarbeiten (Hoch- und Tiefbau).* RR 5. Juni. ABl I Nr. 24.

759. Baselland. *Wiederaufnahme der Subventions-Aktion an Hochbauten.* RR 18. November. ABl II Nr. 21.

760. Schaffhausen. *Gewährung von Teuerungszulagen in der Arbeitslosenversicherung.* RR 5. März. ABl Nr. 10.

761. Schaffhausen. *Einstellung der Beitragsleistungen an private Bauarbeiten.* RR 26. März. ABl Nr. 13.

762. Appenzell A.-Rh. *Ausdehnung der Krisenhilfe.* RR 1. November. ABl Nr. 45.

Ausdehnung auf verschiedene Berufsgruppen und Gewährung einer Winterzulage.

763. Aargau. *Abänderung der VO vom 8. Oktober 1934 betreffend Ausrichtung einer Winterzulage an versicherte Arbeitslose.* GrR 22. Dezember. GS XVI Nr. 65.

Voraussetzungen der Bezugsberechtigung.

764. Ticino. *D leg. di modificazione degli art. 3 e 15 della legge 25 novembre 1929—16 dicembre 1936 circa il contributo dello Stato alle Casse di assicurazione contro la disoccupazione.* GrC 10 giugno. B. o. No. 17.

Staatsbeitrag, Bussen bei Uebertretungen des D leg.

765. Vaud. *A fixant la part des indemnités d'assurance chômage qui est subsidiée l'État de Vaud.* CE 10 octobre. F. o. No. 82. Recueil p. 314.

766. Genève. *A législatif instituant une commission technique pour la recherche d'occasions de travail, la création d'industries nouvelles et l'encouragement donné aux inventions.* GrC 9 avril. F. o. No. 85, 112. Recueil p. 50.

767. Genève. *A suspendant le versement des allocations de chômage.* CE 2 mai. F. o. No. 107. Recueil p. 55.

768. Genève. *A rétablissant le versement des allocations de crise aux chômeurs.* CE 7 octobre. F. o. No. 238. Recueil p. 128.

Vieh (Handel, Zucht, Versicherung). Tierseuchen.

769. Bern. *Abänderung der VO betreffend Massnahmen gegen ansteckende Schweinekrankheiten in bezug auf Schweineseuche.* RR 13. Mai. ABl Nr. 37. GS S. 19.

770. Uri. *Einführung des Viehhandelspatentes.* RR 20. Dezember. ABl Nr. 52.

771. Nidwalden. *Ergänzung der VO betreffend die Bekämpfung der Rindertuberkulose.* LR 5. Juli. ABl Nr. 28.

772. Nidwalden. *Abänderung der VO betreffend die Bekämpfung des Rinderabortus Bang und des gelben Galtes der Milchkühe.* LR 5. Juli. ABl Nr. 28.

773. Nidwalden. *Abänderung der VVO zum BG vom 13. Juni 1917 betreffend die Bekämpfung von Tierseuchen.* LR 5. Juli. ABl Nr. 28.

Anpassung an die Bundesvorschriften.

774. Glarus. *VO betreffend die Ausübung des Viehhandels.* RR 6. Dezember. ABl Nr. 50. Nachträge zum LB, 6. Heft S. 291.

775. Fribourg. *A concernant le ravitaillement du pays en bétail et en viande, l'adaptation et l'assainissement des troupeaux.* CE 23 mai. F. o. No. 22. GS 110 S. 38.

776. Fribourg. *A concernant l'amélioration de l'espèce chevaline.* CE 12 décembre. F. o. No. 51. GS 110 S. 96.

Finanzielle Unterstützung der Zuchtgenossenschaften, Gewährung von Prämien, Beiträge an Pferdemarkt-Schauen und dergl.

777. Solothurn. *VO betreffend die Pferdezucht.* RR 10. Januar. ABl Nr. 3. GS 75 S. 187.

778. Solothurn. *VVO zum BG betreffend die Bekämpfung von Tierseuchen.* RR 10. April/17. Juni. Vom BR genehmigt am 5. Juli. ABl Nr. 30. GS 75 S. 227.

779. Solothurn. *Kantonale VVO zum BG betreffend die Bekämpfung von Tierseuchen.* RR 10. April/17. Juni, genehmigt vom BR am 5. Juli. GS 75 S. 286.

780. Basel-Stadt. *GrRB betreffend Errichtung eines eidgenössischen Vakzine-Instituts beim neuen Schlachthof Basel vom 13. Februar; Vertrag hierüber zwischen Eidg. Volkswirtschaftsdepartement und Regierungsrat Basel-Stadt vom 4./6. Februar.* GS 39 S. 10.

Der Kanton errichtet die Anlage und überlässt sie mietweise der Eidgenossenschaft.

781. Appenzell A.-Rh. *VO über die Ausübung des Viehhandels.* RR 15. Dezember. ABl Nr. 51.

782. Appenzell I.-Rh. *VO über die Ausübung des Viehhandels.* GrR 26. November. Separat erschienen.

783. St. Gallen. *Kantonale Tierseuchenkasse.* GrR 13. Mai. ABl Nr. 21. GS XVII S. 209.

784. St. Gallen. *Erhebung von Sömmerungstaxen für ausserkantonales Vieh.* RR 27. Mai. ABl Nr. 22.

785. St. Gallen. *Nachtrag zur VO betreffend die Bekämpfung der Tierseuchen.* RR 27. Mai. ABl Nr. 24.

Taxen für die Vieh-Gesundheitsscheine.

786. St. Gallen. *VO über die Ausübung des Viehhandels.* RR 20. Juni. ABl Nr. 26. GS XVII S. 204.

787. Vaud. *A concernant la lutte contre l'„avortement épizootique à brucella" des bovidés.* CE 2 mai. F. o. No. 36. Recueil p. 189.

788. Vaud. *Loi revisant partiellement la loi du 16 décembre 1940 instituant une caisse d'assurance obligatoire contre les pertes d'animaux de l'espèce bovine et des espèces chevaline, asine et de leurs croisements, abattus par ordre des autorités ou péris de maladies contagieuses.* GrC 1er septembre. F. o. No. 73. Recueil p. 280.

Aufgabenkreis der Kasse.

789. Neuchâtel. *Règlement d'exécution de l'A du 14 novembre 1941 portant adhésion du canton de Neuchâtel au concordat intercantonal sur le commerce du bétail.* CE 16 décembre. F. o. No. 101. Recueil p. 134.

790. Genève. *A relatif à la réduction des troupeaux.* CE 30 mai. F. o. No. 127. Recueil p. 71.

791. Genève. *A biffant la pneumonie infectieuse du porc au chiffre 9 de l'article 53 du règlement cantonal d'application du 17 juin 1932 de la loi fédérale sur les mesures à prendre pour combattre les épizooties.* CE 30 mai. F. o. No. 127. Recueil p. 73.

792. Genève. *A concernant l'application de l'ordonnance n° 2 du 12 juillet 1941 du Département fédéral de l'économie publique instituant une taxe de contrôle de Fr. 10.— pour le compte de l'Office fédéral de surveillance à tout détenteur d'une patente cantonale autorisant l'exercice du commerce du bétail.* CE 7 octobre. F. o. No. 238. Recueil p. 128.

Förderung der Landwirtschaft.
Pflanzenschutzmittel.

793. Zürich. *Bekämpfung schädlicher Vögel.* RR 13. März. ABl S. 378.

794. Bern. *VO über die Ausdehnung des Ackerbaues.* RR 17. Januar. ABl Nr. 8. GS S. 1.

795. Bern. *Abgabe und Verwendung von Bleiarseniat für die Jahre 1941 und 1942.* RR 30. Mai. ABl Nr. 45.

796. Bern. *VO über die Durchführung der Massnahmen der Bundesbehörden betreffend die Kosten der Lebenshaltung (Pachtzinse, Weidegelder und Sömmerungszinse).* RR 27. Juni. ABl Nr. 52. GS S. 30.

797. Bern. *VO über die Ausdehnung des Ackerbaues (Landwirtschaftlicher und nichtlandwirtschaftlicher Anbau).* RR 23. Dezember. GS S. 156.

798. Luzern. *Kredithilfe für den Mehranbau.* RR 5. Juni. KBl Nr. 23. GS 12 S. 545.

Gewährung von unverzinslichen Krediten für die Anschaffung von Saatgut und dergl.

799. Luzern. *Subventionierung von ausserordentlichen Bodenverbesserungen.* RR 14. August. KBl Nr. 33. GS 12 S. 574.

Kantonsbeitrag bis zu 15%.

800. Luzern. *Abänderung des vorstehenden RRB.* RR 31. Oktober. KBl Nr. 44. GS 12 S. 596.

Erhöhung des Kantonsbeitrages auf 15—20%.

801. Luzern. *D über die Gewährung eines Kredites für die Subventionierung von ausserordentlichen Bodenverbesserungen und die Aeufnung eines Arbeitsbeschaffungsfonds.* GrR 16. September. KBl Nr. 38. GS 12 S. 401.

Gewährung eines Kredites von Fr. 1 000 000.—, der einem Separatkonto zu belasten ist. Dieses soll ausgeglichen werden durch die Erhebung eines Steuerzuschlages von $^1/_{20}$ Einheit, wobei die Erträgnisse des Zuschlages teilweise auch den Gemeinden zugute kommen müssen.

802. Luzern. *Säuberung und Konzentrierung von Obstbaumbeständen für die Gewinnung von Ackerland.* RR 4. Dezember. KBl Nr. 49. GS 12 S. 602.

Ausführungsbestimmungen zu den BRB vom 1. Oktober 1940 und 3. Oktober 1941.

803. Uri. *Anbaupflicht im Frühjahr 1941.* RR 29. Januar. ABl Nr. 5. Ergänzung RR 6. März. ABl Nr. 12.

804. Uri. *Gemeinde-Anbaustellen.* RR 29. Januar. ABl Nr. 5.

805. Uri. *Abgabe von verbilligtem Kartoffelsaatgut an bedürftige Bergbauern.* RR 29. Januar ABl Nr. 5.

806. Schwyz. *Abgabe von verbilligtem Kartoffelsaatgut an bedürftige Bergbauern.* RR 13. Januar. ABl Nr. 3.

807. Schwyz. *Förderung des Ackerbaues.* RR 3. Februar. ABl Nr. 6.

808. Schwyz. *Weiterer Beschluss.* RR 16. September. ABl Nr. 38.

809. Schwyz. *Abgabe von Pflanzland an Nichtlandwirte und industrielle Unternehmungen.* RR 12. Februar. ABl Nr. 7.

810. Schwyz. *Massnahmen zum Schutze der Landwirtschaft gegen schädliche Vögel.* RR 3. Mai. ABl Nr. 19.

811. Schwyz. *Abänderung des Verfahrens zur Durchführung von Bodenverbesserungen.* RR 6. September. ABl Nr. 37.

Anpassung der bestehenden Vorschriften an den BRB vom 11. Februar 1941.

812. Schwyz. *Weitere Aenderung.* RR 19. November. ABl Nr. 47.

Beginn der Meliorationsarbeiten.

813. Schwyz. *Förderung des Ackerbaues und die Selbstversorgungspflicht der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung.* RR 28. Oktober. ABl Nr. 45.

814. Obwalden. *Selbstversorgungspflicht der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung pro 1942.* RR 22. November. ABl Nr. 49.

815. Nidwalden. *Ausdehnung des Ackerbaues.* RR 3. Februar. ABl Nr. 6.

816. Nidwalden. *Weiterer Beschluss.* RR 29. September. ABl Nr. 40.

817. Glarus. *VVO zum BRB über die Ausdehnung des Ackerbaues vom 1. Oktober 1940.* RR 6. Februar. ABl Nr. 6. Nachträge zum LB, 5. Heft S. 191.

818. Glarus. *VO zum G über die Bewirtschaftung der Alpen vom 14. Mai 1939.* LR 17. März. Nachträge zum LB, 5. Heft S. 194.

819. Glarus. *VO über den Verkauf giftiger Pflanzenschutzmittel für die Landwirtschaft, den Obst-, Wein- und Gartenbau.* RR 15. Mai. ABl Nr. 20. Nachträge zum LB, 5. Heft S. 186.

820. Zug. *Ausdehnung des Ackerbaues.* RR 29. Januar. ABl Nr. 4.

821. Zug. *Organisation des freiwilligen Landdienstes für Jugendliche.* RR 2. April. ABl Nr. 14.

822. Zug. *Gewährung von Betriebskrediten für den Mehranbau.* RR 4. Juni. ABl Nr. 23.

823. Zug. *Ausdehnung des Ackerbaues (Selbstversorgungspflicht der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung).* RR 27. November. ABl Nr. 48.

824. Fribourg. *A concernant l'épuration des vergers et les soins à donner aux arbres fruitiers.* CE 28 février. F. o. No. 10. GS 110 S. 21.

825. Fribourg. *A concernant la vente de foin, de regain et de litière sur pied.* CE 22 avril. F. o. No. 17.

826. Fribourg. *A concernant la récolte des fruits sauvages.* CE 19 septembre. F. o. No. 39.

827. Solothurn. *VO zur Verhinderung von Schäden an Saatgut und Kulturen durch das Geflügel.* RR 14. März. ABl Nr. 12. GS 75 S. 210.

828. Basel-Stadt. *Aenderung des GrRB vom 9. Juli 1931 betreffend Verpachtung von Pflanzland an Kleingärtner vom 20. März.* GS 39 S. 23.

Abgabe von Land an Familien unter Abschluss eines Pachtvertrages. Subvention an Vereinigungen von Kleingärtnern.

829. Basel-Stadt. *RRB betreffend Verhütung von Flurschäden vom 30. Mai* . GS 39 S. 63. Vom GrR genehmigt am 20. November. KBl II Nr. 42.

Verbot des Betretens.

830. Basel-Stadt. *RRB betreffend den Schutz der Hasel- und Weidenkätzchen vom 1. April.* GS 39 S. 29.

Verbot des massenhaften Pflückens sowie des Feilbietens.

831. Schaffhausen. *VO über die Förderung des Gemüsebaues in der Kriegszeit.* RR 24. Januar. ABl Nr. 5.

832. Schaffhausen. *VO über den Stellenwechsel des landwirtschaftlichen Personals.* RR 26. März. ABl Nr. 13.

833. Schaffhausen. *VO über die Durchführung von Bodenverbesserungen.* RR 19. September. ABl Nr. 43.

834. St. Gallen. *Ausserordentliche Bodenverbesserungen zur Vermehrung der Lebensmittelerzeugung.* RR 11. März. ABl Nr. 11.

835. St. Gallen. *Enteignung von Heuvorräten.* RR 31. März. ABl Nr. 14.

836. St. Gallen. *G über die Melioration der Rheinebene und die Errichtung eines Arbeitsbeschaffungskontos.* GrR 26. November. Volksabstimmung 21. Dezember. ABl Nr. 49. GS XVII S. 253.

837. Thurgau. *Weitere Förderung des Ackerbaues.* RR 18. Februar. ABl Nr. 8.

838. Thurgau. *Meldewesen im Gemüsebau. RRB* 27. Mai. ABl Nr. 24.

839. Thurgau. *Zuständigkeit für die Durchführung der Vfg Nr. 2 des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements vom 11. November 1941 über die Ausdehnung des Ackerbaues.* RR 9. Dezember. ABl Nr. 56.

840. Ticino. *D esec. in parziale modificazione del D esec. 5 novembre 1940 sull'intensificazione delle colture dei campi.* CSt 11 febbraio. B. o. No. 4.

Bestimmung der Anbauflächen.

841. Ticino. *D esec. per sussidio acquisto di falciatrici meccaniche.* CSt 18 marzo. B. o. No. 7.

842. Ticino. *D esec. concernente i pomodori ticinesi destinati all'esportazione oltre Gottardo.* CSt 6 maggio. B. o. No. 11.

843. Ticino. *D esec. per sussidio alla costruzione di sili da foraggio.* CSt 9 maggio. B. o. No. 12.

844. Ticino. *D esec. circa l'allestimento e l'esame di progetti concernenti bonifiche fondiarie straordinarie per l'incremento della campicoltura.* CSt 10 giugno. B. o. No.14.

845. Vaud. *Loi complétant l'article 15 et modifiant l'article 21 de la loi du 25 octobre 1928 créant une assurance cantonale vaudoise contre les dégâts de grêle.* GrC 4 février. F. o. No. 13. Recueil p. 45.

Einräumung eines gesetzlichen Grundpfandrechtes für die Prämien der Hagelversicherungskasse. Diese ist ferner nicht gehalten, Schäden, die 8% nicht übersteigen, zu vergüten.

846. Vaud. *D concernant l'accélération des travaux d'améliorations foncières en vue du ravitaillement du pays.* GrC 4 février. F. o. No. 13. Recueil p. 48.

Kreditbewilligungen zur Beschleunigung der Meliorationsarbeiten.

847. Vaud. *A d'application de la loi du 25 octobre 1928 créant une assurance cantonale vaudoise contre les dégâts de grêle, complétée et modifiée par la loi du 4 février 1941.* CE 11 février. F. o. No. 13. Recueil p. 138.

848. Vaud. *A modifiant les articles 5, 6, 67, 68 et 69 de l'A précédant.* CE 13 août. F. o. No. 65. Recueil p. 275.

849. Vaud. *A modifiant provisoirement et pendant la durée du service actif, le capital de la branche assurance de base des céréales de l'Assurance cantonale vaudoise contre les dégâts de grêle.* CE 19 décembre. F. o. No. 102. Recueil p. 465.

850. Wallis. *Ausdehnung des Ackerbaues.* StR 21. März. ABl Nr. 13.

851. Wallis. *Ausführung des BRB über ausserordentliche Bodenverbesserungen zur Vermehrung der Lebensmittelerzeugnisse.* StR 9. April. ABl Nr. 16.

852. Neuchâtel. *A d'exécution de l'A fédéral du 1er octobre 1940 sur l'extension de la culture des champs.* CE 28 février. F. o. No. 18.

853. Neuchâtel. *A concernant la transformation des tracteurs.* CE 8 juillet. F. o. No. 55.

854. Neuchâtel. *A allouant une participation financière du canton en vue de promouvoir la culture des champs et à assurer l'utilisation des récoltes* CE 13 août. F. o. No. 65.

855. Neuchâtel. *A concernant le subventionnement de travaux d'améliorations foncières extraordinaires en vue d'augmenter la production de denrées alimentaires.* CE 11 septembre. F. o. No. 74.

856. Genève. *A concernant la culture des porte-graines de plantes maraîchères.* CE 8 avril. F. o. No. 85. Recueil p. 46.

857. Genève. *A concernant la lutte contre le doryphore.* CE 24 juin. F. o. No. 149. Recueil p. 77.

858. Genève. *A concernant les livraisons de foin et paille en 1941—1942.* CE 3 octobre. F. o. No. 234. Recueil p. 124.

Rebbau.

859. Zürich. *VO über die Direktträgerreben.* RR 22. Januar. ABl S. 198. GS 36 S. 288.

860. Schaffhausen. *Nachsubventionierung von veredelten Reben.* RR 16. Mai. ABl Nr. 21.

861. Ticino. *D esec. concernente il regolamento d'esecuzione del D leg. 25 novembre 1940 circa la moltiplicazione degli ibridi produt. diretti e della americana.* CSt 21 marzo. B. o. No. 7.

862. Vaud. *A complétant l'article 2 de l'A du CE du 4 octobre 1940 concernant la réglementation des plantations de vignes d'hybrides producteurs directs (PD).* CE 7 janvier. F. o. No. 3. Recueil p. 5.

863. Neuchâtel. *A concernant la lutte contre le mildiou, la cochylis et l'eudémis.* CE 27 mai. F. o. No. 43.

Forstwesen.

864. Bern. *VO über die Reservefonds der Gemeinde-Forstkassen; Abänderung.* RR 24. Januar. ABl Nr. 10. GS S. 4.

Zuweisungen an den Forstreservefonds.

865. Bern. *VO betreffend die Holzsteigerungen des Staates.* RR 30. September. ABl Nr. 77. GS S. 64.

866. Uri. *Vollziehungsvorschriften zum BRB vom 24. März 1941 über die Schaffung von Forstreservekassen des öffentlichen Waldbesitzes.* RR 30. Juni. ABl Nr. 29.

867. Nidwalden. *Bestimmungen für die Forstreservekassen.* RR 9. Juni. ABl Nr. 25.

868. Fribourg. *A concernant la création d'un fonds cantonal de reboisement.* CE 22 mars. F. o. No. 13. GS 110 S. 25.

869. Solothurn. *Abänderung betreffend die Obliegenheiten des Forstpersonals des Staates und der Gemeinden.* RR 14. März. GS 75 S. 207.

870. Schaffhausen. *VO über die Aufarbeitung und Berechnung der Holznutzungen in den Waldungen des Kantons.* RR 13. Dezember. ABl Nr. 51.

871. St. Gallen. *Verlängerung der Holzabfuhrrechte.* RR 18. März. ABl Nr. 12.

872. Thurgau. *VVO zum BRB über Schaffung von Forstreservekassen des öffentlichen Waldbesitzes vom 18. November 1941.* RR 9. Dezember. Vom BR genehmigt am 22. Dezember. ABl Nr. 59. GS 19 S. 333.

873. Ticino. *D esec. in aggiunta al D 22 novembre 1940 concernente la introduzione di una tessera per imprenditore del taglio di boschi pubblici o di negoziante in legna da ardere.* CSt 17 luglio. B. o. No. 16.

874. Genève. *A rattachant l'Inspectorat cantonal des forêts au Département des travaux publics.* CE 28 février. F. o. No. 52. Recueil p. 27.

875. Neuchâtel. *A relatif au ramassage du bois mort.* CE 27 mai. F. o. No. 43.

876. Genève. *A interdisant la coupe de bois du 15 juin au 15 septembre 1941.* CE 11 juin. F. o. No. 136. Recueil p. 74.

877. Genève. *A modifiant l'article 2 du règlement cantonal sur la police des forêts du 5 février 1907.* CE 25 novembre. F. o. No. 305. Recueil p. 161.

Bezeichnung von Schutzwaldungen.

Jagd und Fischerei.

878. Zürich. *Massnahmen gegen Wildschaden.* RR 20. März. ABl S. 389.

879. Bern. *VVO zum G über die Fischerei vom 14. Oktober 1934.* RR 8. Juli. Vom BR genehmigt am 19. August. ABl Nr. 65. GS S. 35.

880. Bern. *VVO zum G über Jagd- und Vogelschutz vom 30. Januar 1921 (JagdVO).* RR 17. Oktober. Vom BR genehmigt am 10. November. ABl Nr. 93. GS S. 66.

881. Luzern. *Abänderung und Ergänzung des RRB vom 7. September 1931 betreffend die Ausrichtung von Abschussprämien für die Erlegung schädlicher, nicht geschützter Tiere.* RR 21. April. KBl Nr. 17. GS 12 S. 543.

Höhe der Abschussprämie.

882. Luzern. *Abänderung und Ergänzung des G über Jagd und Vogelschutz vom 14. Juli 1930 und betreffend Aufhebung des AbänderungsG vom 15. Juli 1935 zum genannten G,* GrR 13. Mai. KBl Nr. 20. GS 12 S. 361.

Bestimmungen über die Pachtjagd.

883. Luzern. *Einschränkung der Jagd aus militärischen Gründen.* RR 28. August. KBl Nr. 35. GS 12 S. 576.

884. Uri. *Abänderung der VVO zum BG über die Fischerei.* LR 27. Mai. ABl Nr. 23.

Voraussetzungen für den Erhalt des Patentes, Patentgebühren, Ferien- und Wehrmännerpatente.

885. Uri. *Dienstreglement für den kantonalen Fischerei-Obmann.* RR 25. Oktober. ABl Nr. 45.

886. Uri. *Weisungen für den Fischereiaufseher des Kantons.* RRB 25. Oktober. ABl Nr. 45.

887. Glarus. *Fischereipatent für Wehrmänner pro 1941.* RR 13. März. ABl Nr. 14.

Abgabe von Vierteljahrespatenten.

888. Glarus. *Netzfischerei in der Linth.* LR 30. Dezember. Nachträge zum LB, 6. Heft S. 268.

789. Fribourg. *A concernant les cours d'eau réservés à la pêche à la ligne.* CE 21 février. F. o. No. 9.

890. Solothurn. *Abschuss von Spatzen und Krähen, sowie Rehböcken zur Verminderung des Wildschadens.* RR 14. März. ABl Nr. 13. GS 75 S. 208.

891. Solothurn. *Reglement über die Ausrichtung von Beiträgen an Wildschäden aus dem Fonds zur Hebung der Revierjagd.* RR 15. April. ABl Nr. 17. GS 75 S. 215.

892. Solothurn. *Abänderung der VVO vom 2. Februar/ 23. März 1932 zum G über Jagd und Vogelschutz vom 6. Dezember 1931.* RR 18. Juni 1940/23. Mai 1941. ABl Nr. 22. GS 75 S. 226.

893. Solothurn. *Ergänzung der VVO zum BG betreffend Fischerei.* RR 13. Dezember. ABl Nr. 51. GS 75 S. 374.

894. Ticino. *D esec. concernente la protezione del temolo nella Maggia.* CSt 17 ottobre. B. o. No. 25.

895. Ticino. *D leg. concernente l'esercizio della pesca nel Cantone.* GrC 23 dicembre 1940. B. o. No. 1.

Erhöhung der Taxen um Fr. 10.—.

896. Neuchâtel. *A portant complément aux articles 1 et 2 de la loi du 14 mai 1906 sur la pêche dans les cours d'eau.* CE 21 mars. F. o. No. 23.

Fischereibewilligung für Wehrmänner.

897. Neuchâtel. *A portant dérogation de l'article 8 de la loi du 14 mai 1906 sur la pêche dans les cours d'eau.* CE 20 juin. F. o. No. 50.

898. Neuchâtel. *A portant dérogation à l'article 14 de l'A du 16 janvier 1917 réglementant l'exercice du droit de pêche dans les eaux neuchâteloises du Doubs.* CE 20 juin. F. o. No. 50.

899. Neuchâtel. *A rapportant l'A précité.* CE 16 septembre. F. o No. 74.

900. Genève. *A autorisant le Département de justice et police à accorder des réductions sur le coût des permis de pêche à tarif réduit.* CE 24 janvier. F. o. No. 20. Recueil p. 5.

901. Genève. *A modifiant le règlement de police sur la pêche dans les eaux cantonales (lac excepté) du 11 novembre 1938.* CE 23 décembre. F. o. No. 302. Recueil p. 185.

Gebühren.

902. Genève. *A concernant les réductions sur permis de pêche.* CE 23 décembre. F. o. No. 302. Recueil p. 187.

Torfgewinnung.

903. St. Gallen. *Torfausbeute.* RR 1. August. ABl Nr. 32.

904. Vaud. *A concernant l'exploitation et les prix de vente de la tourbe.* CE 14 mars. F. o. No. 22. Recueil p. 175.

905. Neuchâtel. *A concernant le rationnement de la tourbe.* CE 15 juillet. F. o. No. 57.

906. Neuchâtel. *A fixant les prix de la tourbe du contingent supplémentaire.* CE 16 septembre. F. o. No. 74.

Naturschutz.

907. Zürich. *VO zum Schutze des Greifensees.* RR 27. Juni. ABl S. 999. GS 36 S. 342.

Baubeschränkungen, Bewilligungszwang für Reklamen und dergl.

908. Bern. *VO über die Bestellung einer Naturschutzkommission.* RR 28. Januar. ABl Nr. 12. GS S. 5.

Bestellung einer siebengliedrigen Kommission für die Begutachtung und Vorberatung von Geschäften und Fragen des Natur- und Pflanzenschutzes.

909. Ticino. *D esec. che modifica il regolamento circa la protezione delle bellezze naturali e del paesaggio.* CSt 17 gennaio. B. o. No. 3.

Möglichkeit, ganze Gemeinden oder Teile derselben als Schutzgebiet zu bezeichnen.

Sanitätswesen.

910. Zürich. *Arznei-Taxordnung für die vom Bunde anerkannten Krankenkassen und die Unfallversicherungsanstalt in Luzern.* RR 20. März. ABl S. 389. GS 36 S. 300.

911. Zürich *Nachtrag zur Taxordnung für Apotheker.* Sanitätsrat 20. Mai. Text separat erschienen.

912. Zürich. *Ergänzung der VO vom 16. März 1939 über die Bewilligung zur Ausübung der Chiropraktik.* RR 27. Juni. ABl S. 1073. GS 36 S. 346.

Beschränkung der Chiropraktik auf die manuelle Behebung abnormer Wirbelstellungen.

913. Bern. *VO betreffend den wissenschaftlichen Tierversuch.* RR 24. Juni. ABl Nr. 53. GS S. 27.

Ausser an staatlichen wissenschaftlichen Instituten und öffentlichen Spitälern sind Tierversuche nur mit behördlicher Bewilligung gestattet. Eine vom RR ernannte Kommission führt die unmittelbare Aufsicht.

914. Luzern. *Ergänzung der VO vom 6. Dezember 1930 über die Durchführung des BG betreffend Massnahmen gegen die Tuberkulose.* RR 23. Juni. Vom BR genehmigt am 3. Juli. KBl Nr. 28. GS 12 S. 546.

Zwangseinweisung Kranker in Anstalten.

915. Uri. *Reglement für den Amtsarzt.* RR 29. November. ABl Nr. 50.

916. Glarus. *Abänderung von § 1, Abs. 2, der VO über das Abdeckereiwesen vom 24. März 1921.* RR 6. März. ABl Nr. 10. Nachträge zum LB, 5. Heft S. 191.

Meldepflicht an die Fleischschauer.

917. Glarus. *Taxen für die unentgeltliche Beerdigung.* RR 3. Juli. Nachträge zum LB, 5. Heft S. 189.

Festsetzung der vom Kanton zu entrichtenden Vergütungen.

918. Basel-Stadt. *VO betreffend die Kontrolle des wissenschaftlichen Tierversuchs.* RR 19. September. GS 39 S. 99.

919. Basel-Stadt. *VO betreffend Ergänzung der Bestattungs- und Friedhofordnung.* RR 17. Oktober. KBl II Nr. 33.

Schaffung eines „Grabes der Einsamen".

920. Basel-Stadt. *Aenderung der VO betreffend die alten Gottesäcker (beschränkte Wiedereröffnung des Gottesackers Wolf).* RR 4. November. KBl II Nr. 38.

921. Schaffhausen. *Ergänzung der Hebammen-VO vom 11. Mai 1904.* RR 25. Juni. ABl Nr. 26.

Behandlung der Neugeborenen.

922. Graubünden. *Pockenschutzimpfung.* KlR 24. Januar. ABl Nr. 6.

Obligatorium der Impfung.

923. Aargau. *VO über den Verkehr mit Heilmitteln und Giften.* RR 16. Mai. GS XVI Nr. 52.

924. Thurgau. *Festsetzung der Gemeindearmentaxen für die Patienten der Irrenheilanstalt Münsterlingen und die Pfleglinge des Asyls St. Katharinental.* RR 17. Dezember. ABl Nr. 57. GS 19 S. 327.

925. Ticino. *D esec. circa la revisione dell'art. 14 del regolamento sull'esercizio della farmacia del 13 dicembre 1938.* CSt 15 aprile. B. o. No. 9.

Verzeichnis der rezepturbedürftigen Medikamente.

926. Ticino. *D esec. fissante le diarie e tasse per la degenza alla maternità cantonale.* CSt 19 maggio. B. o. No. 12.

927. Vaud. *Règlement concernant la profession de garde-malade pour les maladies nerveux et mentaux (Loi du 23 mai 1939 sur les malades mentaux et autres psychopathes).* CE 14 mars. F. o. No. 22. Recueil p. 178.

928. Vaud. *A instituant un „Fonds de la Clinique infantile".* CE 23 juillet. F. o. No. 59. Recueil p. 253.

929. Vaud. *A concernant l'hospitalisation d'office de certains tuberculeux.* CE 1er décembre. F. o. No. 97. Recueil p. 415.

Ermächtigung des Departements des Innern, die Spitaleinweisung von Kranken zu verfügen, die durch ihr Verhalten eine Gefahr für die Gesundheit anderer bilden.

930. Vaud. *A concernant l'emploi de l'acide cyanhydrique et les substances qui le dégagent pour la destruction des parasites dans les habitations et dans les exploitations industrielles.* CE 23 décembre. F. o. No. 103. Recueil p. 517.

931. Genève. *A approuvant le statut des médecins assurant la direction médicale d'établissements médicaux.* CE 17 janvier. F. o. No. 18. Recueil p. 3.

932. Genève. *A modifiant l'avant-dernier alinéa de l'A du 20 mai 1938 concernant la distribution des stupéfiants par les pharmaciens.* CE 17 janvier. F. o. No. 18. Recueil p. 4.

Ordnungsvorschriften für den Verkauf.

933. Genève. *A modifiant l'article 8 de l'A du 16 décembre 1938 relatif à l'exercice des professions de droguiste et d'herboriste.* CE 28 février. F. o. No. 52. Recueil p. 28.

Anwendbarkeit der allgemeinen Bestimmungen des G über die medizinischen Berufe auf die Drogisten und Kräuterhändler.

934. Genève. *A portant adjonction à l'A du CE du 27 mars 1927 concernant la fermeture des pharmacies.* CE 14 mars. F. o. No. 65. Recueil p. 33.

Schliessungszeit an Festtagen.

935. Genève. *A relatif à l'hospitalisation par contrainte, des tuberculeux asociaux.* CE 2 mai. F. o. No. 127. Recueil p. 55.

936. Genève. *Règlement sur l'emploi, pour la destruction des parasites dans les habitations et dans les exploitations industrielles, de l'acide cyanhydrique et d'autres gaz présentant des dangers analogues.* CE 14 octobre. F. o. No. 242. Recueil p. 129.

937. Genève. *Modifications aux tableaux restrictif et régulateur.* CE 23 décembre. F. o. No. 302. Recueil p. 186.

Freigabe einiger Artikel und Aufnahme der empfängnisverhütenden Mittel.

Motorfahrzeuge. Fahrzeugverkehr.

938. Zürich. *Abänderung der VO vom 27. Juni 1940 über die Verkehrsgebühren für Motorfahrzeuge während der Rationierung flüssiger Brennstoffe (Verkehrsgebühren für Landwirtschaftstraktoren).* RR 19. Juni. ABl S. 1025. GS 36 S. 345.

Feste Gebühren von Fr. 20.— bis 60.—, statt prozentualer Herabsetzung.

939. Bern. *VO über Motorfahrzeuge mit Holz-, Kohlen-, Holzkohlen- oder Karbidgeneratorenanlagen und Explosionsmotoren mit Generatoren.* RR 28. Februar. ABl Nr. 21. GS S. 7.

Feuerpolizeiliche Vorschriften über die Garagierung solcher Fahrzeuge. Authentische Interpretation von § 1 durch RRB vom 11. Dezember. GS S. 116.

940. Bern. *Motorfahrzeugsteuer.* GrRB 11. März. ABl Nr. 24. GS S. 8.

Herabsetzung der Steueransätze um die Hälfte für die Dauer der Treibstoffrationierung.

941. Bern. *D über Sachverständige für das Motorfahrzeugwesen.* GrR 18. November. ABl Nr. 96. GS S. 101.

Einbeziehung der Sachverständigen in die staatliche Organisation, indem gegen deren Entscheide an die Polizeidirektion und an den RR rekurriert werden kann.

942. Luzern. *Berechnung der Motorfahrzeuggebühren nach Massgabe des zugeteilten Brennstoffes.* RR 13. Oktober. KBl Nr. 42. GS 12 S. 585.

943. Luzern. *VO über die Landwirtschafts-Traktoren.* RR 27. Oktober. KBl Nr. 44. GS 12 S. 597.

Umschreibung des Begriffs der (steuerlich besonders behandelten) Landwirtschafts-Traktoren.

944. Uri. *Vorübergehende Regelung der Abgaben für Motorfahrzeuge und Fahrräder.* RR 22. Januar. ABl Nr. 5.

Herabsetzung der Gebühren für die Dauer der Treibstoffrationierung.

945. Schwyz. *Motorfahrzeugsteuern.* RRB 28. Dezember. 1940. ABl Nr. 1.

Herabsetzung der Gebühren um 45%, Zulassung von Ratenzahlungen.

946. Nidwalden. *Ergänzung des Art. 8 der VVO zum BG über den Motorfahrzeug- und Fahrradverkehr.* LR 1. März. ABl Nr. 10.

Gebühren für Kleinmotorräder.

947. Nidwalden. *Verlängerung des LRB betreffend Automobilsteuern vom 7. Dezember 1940.* LR 20. Dezember. ABl Nr. 52.

948. Zug. *G betreffend die vorübergehende Herabsetzung der Motorfahrzeugsteuern.* KR 6. März. GS XIV S. 389.

Festsetzung der Grundsteuer auf 40% der bisherigen Jahressteuer, zu der Zuschläge, abgestuft nach der Menge des verwendeten Betriebsstoffes treten. Elektrisch und mit festem Treibstoff betriebene Fahrzeuge geniessen eine Herabsetzung von 30% der Normalsteuer.

949. Solothurn. *Abänderung der VO über den Motorfahrzeug- und Fahrradverkehr vom 19. Juni 1933/20. November 1937/19. Dezember 1938/22. November 1940.* RR 13. Dezember. ABl Nr. 51. GS 75 S. 373.

Gebühren und Ausweise für Fahrrad-Anhänger.

950. Solothurn. *VO Nr. 2 über die Steuer- und Gebührenerhebung für Motorfahrzeuge in der Zeit der Motorentreibstoff-Rationierung.* RR 23. Dezember. ABl Nr. 52. GS 75 S. 377.

Einlösbarkeit der Schilder für einzelne Monate, Herabsetzung der Gebühren.

951. Basel-Stadt. *Abänderung der VO vom 28. Dezember 1932 betreffend die Ausführung des BG über den Motorfahrzeug- und Fahrradverkehr vom 15. März 1932.* RR 14. November. KBl II Nr. 41.

Prämie für Kollektivversicherung.

952. Basel-Stadt. *Weitere Abänderung.* RR 21. November. KBl II Nr. 43.

Die Versicherung muss jeweils bis mindestens Ende Mai des nächsten Jahres dauern.

953. Baselland. *Vorübergehende Herabsetzung der Motorfahrzeuggebühren.* RR 26. März. ABl I Nr. 13.

Herabsetzung für Fahrzeuge, die auf Ersatztreibstoff umgebaut wurden und auf Lastwagen und Industrietraktoren.

954. Appenzell A.-Rh. *Ermässigung der Motorfahrzeugsteuern für die Dauer der Brennstoffrationierung.* RR 29. März. ABl Nr. 14.

Steuerermässigungen von 20—50%.

955. St. Gallen. *VI. Nachtrag zur VVO vom 2. Januar 1933 über den Motorfahrzeug- und Fahrradverkehr.* RR 26. Juli. ABl Nr. 31.

Steuerermässigungen für Landwirtschaftstraktoren und Fahrzeuge, die Ersatztreibstoff verwenden.

956. St. Gallen. *VII. Nachtrag zu obiger VVO.* RR 28. November. ABl Nr. 49.

Herabsetzung der Gebühren für Händler- und Versuchsschilder.

957. Graubünden. *Gebühren und Steuern für Motorfahrzeuge.* KlR 20. Dezember 1940. ABl Nr. 1.

Verlängerung des B vom 30. August 1940 für die ersten Monate des Jahres 1941.

958. Graubünden. *Besteuerung der Motorfahrzeuge mit Ersatztreibstoffen.* KlR 14. März. ABl Nr. 12.

Steuerreduktion von 20%.

959. Graubünden. *Ausführungsbestimmungen zur Vfg des Eidg. Militärdepartements über die Durchführung einer Motorfahrzeug-Reparatur-Aktion.* KlR 24. Dezember. ABl Nr. 52.

960. Ticino. *D leg. concernente le tasse sui veicoli a motore.* GrC 17 marzo. B. o. No. 7.

Berechnung der Gebühren.

961. Ticino. *Regolamento di applicazione del D leg. 10 gennaio 1940 concernente le tasse sui veicoli azionati da gassogeno.* CSt 15 aprile. B. o. No. 9.

Festsetzung der Taxe auf die Hälfte der Normalgebühr.

962. Ticino. *Regolamento di applicazione del D leg. 10 gennaio 1940 concernente le tasse sulle elettromobili e sugli autoveicoli azionati a gassogeno.* CSt 27 maggio. B. o. No. 13.

Unterstellung der seit 1. Juni 1941 in Betrieb gesetzten Elektromobile und mit Ersatztreibstoff fahrenden Automobile unter die Gebühren des G vom 15. Januar 1935.

963. Ticino. *D leg. circa aggiunta di un art. 3bis al D leg. 24 marzo 1937 concernente la lotta contro la disoccupazione e la creazione di occasioni di lavoro.* GrC 18 dicembre. B. o. No. 32.

Beiträge an die Instandstellung von Motorfahrzeugen.

964. Vaud. *A modifiant l'article 22 de l'A du 19 décembre 1936 sur les cycles.* CE 4 février. F. o. No. 11. Recueil p. 49.

Verteilung der eingegangenen Bussen.

965. Vaud. *A relatif à l'emmagasinage du carbure de calcium comme carburant de remplacement pour les véhicules à moteur.* CE 29 avril. F. o. No. 35. Recueil p. 187.

966. Wallis. *Einzug der Taxen und Gebühren für die Motorfahrzeuge.* StR 10. Oktober. ABl Nr. 44.

Abstufung nach Treibstoffzuteilung.

967. Neuchâtel. *A fixant les taxes auxquelles sont soumis les véhicules automobiles, chariots à moteur, scies ambulantes, etc.* CE 28 novembre. F. o. No. 97.

968. Neuchâtel. *A concernant le subventionnement des réparations de véhicules à moteur.* CE 12 décembre. F. o. No. 100.

969. Genève. *A modifiant le tarif des autos-taxis.* CE 13 mai. F. o. No. 113.

Bau- und Feuerpolizei. Blitzableiter. Dampfkessel. Löschwesen.

970. Zürich. *Signalisierung von Baustellen.* RR 13. März. ABl S. 379.

Einstellung der Beleuchtung zur Einsparung von Brennstoff.

971. Schwyz. *Abänderung des RRB betreffend Beitragsleistung an die Kosten des Umbaues von Kaminen und Feuerwänden.* RR 19. September. ABl Nr. 40.

Höhe des Beitrages, der sich auf höchstens 40% der Baukosten belaufen darf.

972. Nidwalden. *Anwendung der VO des BR vom 25. April 1925 betreffend Aufstellung und Betrieb von Dampfkesseln und Dampfgefässen und der VO des BR vom 19. März 1938 betreffend Aufstellung und Betrieb von Druckbehältern.* RR 2. Juni. ABl Nr. 23.

973. Fribourg. *A modifiant celui du 12 avril 1929 concernant la surveillance des installations électriques intérieures.* CE 27 juin. F. o. No. 27. GS 110 S. 49.

Die bisherigen Bestimmungen werden durch die allgemeine Vorschrift ersetzt, dass Installationen nach den jeweils geltenden Normen des schweizerischen elektrotechnischen Vereins auszuführen sind. Eine Kontrollstelle überwacht die Einhaltung dieser Vorschrift.

974. Solothurn. *Abänderung der Vorschriften über die Erstellung und Instandhaltung von Gebäude-Blitzschutzvorrichtungen vom 6. Mai 1935.* RR 3. Oktober. GS 75 S. 307.

Durch das Verwendungsverbot von Kupfer bedingte Aenderungen.

975. Appenzell A.-Rh. *Abänderung der VO über Automobilgaragen und Lagerung von flüssigen Brennstoffen.* RR 21. Juni. ABl Nr. 30.

Verlängerung der Frist für die Anpassung um 5 Jahre.

976. Vaud. *Loi sur la police des constructions.* GrC 5 février. Recueil p. 78.

Der in Art. 1 umschriebene Inhalt des G umfasst die Sicherstellung der Entwicklung der Ortschaften und ihrer Verbindungswege, den Schutz der Schönheiten und natürlichen Sehenswürdigkeiten, die Sicherheit und Sauberkeit der Ortschaften und Bauten und deren Ueberwachung. Das Ziel soll erreicht werden durch die Anlage von generellen Bebauungsplänen, das Verbot von Bauten, die das Landschaftsbild stören, sowie durch andere Bauvorschriften, namentlich über Wasserverteilung und Kanalisation.

977. Vaud. *Règlement d'application de la loi précédante.* CE 19 décembre. Recueil p. 467.

978. Vaud. *A modifiant l'article 7 de l'A du 28 octobre 1927 sur la construction des garages et ateliers de réparations et sur l'entrepôt des liquides inflammables pour les véhicules à moteur.* CE 24 mars. F. o. No. 25. Recueil p. 184.

Feuerpolizeiliche Vorschriften.

979. Vaud. *A concernant la surveillance des installations électriques intérieures.* CE 2 juillet. F. o. No. 53. Recueil p. 250.

980. Wallis. *Ergänzende VO zum kantonalen Feuerpolizei-Reglement vom 10. Mai 1938 betreffend die elektrischen Installationen.* StR 31. Dezember 1940. ABl Nr. 3

981. Wallis. *Verkauf und Verwendung von Feuerwerk.* StR 10. Juli. ABl Nr. 29.

982. Neuchâtel. *A concernant le remisage des véhicules à moteur avec générateurs à bois, charbon de bois, ou d'acétylène et les installations fixes de moteurs avec générateurs.* CE 25 avril. F. o. No. 34.

Feuerpolizeiliche Vorschriften.

983. Genève. *Règlement concernant les antennes extérieures de T. S. F.* CE 28 janvier. F. o. No. 27. Recueil p. 10.

984. Fribourg. *A relatif aux subsides pour dépenses en faveur de la défense contre l'incendie.* CE 28 février. F. o. No. 10. GS 110 S. 20.

Strassen.

985. Schwyz. *Abänderung des Verzeichnisses der beitragsberechtigten Bezirks- und Gemeindestrassen.* RR 19. Februar. ABl Nr. 9.

986. Ticino. *D leg. circa assunzione da parte dello Stato di alcune strade agricole.* GrC 17 marzo. B. o. No. 12.

987. Genève. *A concernant le transport de détritus sur la voie publique.* CE 8 juillet. F. o. No. 160.

988. Genève. *A reduisant à fr. 5.—, pour la durée de la guerre, les redevances prévues pour les tourniquets à cartes postales placés sur le domaine public.* CE 9 décembre. F. o. No. 290.

Gewässer. Wasserversorgung. Wasserkräfte.

989. Zürich. *VO über Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen.* RR 13. Februar. ABl S. 273. GS 36 S. 295.

990. Zürich. *Gebührenordnung für die Benützung von Wasser der öffentlichen Seen, Flüsse und Bäche zu Trink- und Brauchzwecken.* RR 10. Juli. ABl S. 1100. GS 36 S. 347.

991. Uri. *Abänderung der VVO zum BG über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte.* LR 22. Dezember. ABl Nr. 52.

Festsetzung der Gebühr auf Fr. 2.— bis 5.— pro PS.

992. Obwalden. *Abänderung des Wuhrreglements für die Melchaa und Aa in Sarnen.* RR 16. Juli. LB VII S. 359.

Holzlieferung für den Unterhalt einer Brücke.

993. Zug. *Erstellung von Wasserrechtsverzeichnissen.* RR 14. November. ABl Nr. 47.

Anlage eines Wasserrechtskatasters.

994. Basel-Stadt. *Abänderung des Anhangs zur Basler Hafenverordnung.* RR 3. Oktober. KBl II Nr. 30. GS 39 S. 105.

Hafenabgabe.

995. Baselland. *Erhebung von Hafenabgaben in den Hafenanlagen Birsfelden und Au, Muttenz.* RR 10. Oktober. ABl II Nr. 19.

996. Vaud. *A réglementant l'usage du port de l'Eau Froide, à Villeneuve.* CE 7 mai. F. o. No. 37. Recueil p. 191.

Brandversicherung. Bombardierungsschäden.

997. Zürich. *Erhöhung der Versicherungssummen der bei der kantonalen Gebäudeversicherungsanstalt versicherten Gebäude.* RR 9. Oktober. ABl S. 1462.

Erhöhung der Versicherungssummen grundsätzlich um 25% mit entsprechender Prämienerhöhung.

998. Luzern. *VO über eine allgemeine Erhöhung der Gebäudeschatzungen der kantonalen Brandversicherungsanstalt.* RR 11. September. KBl Nr. 38. GS 12 S. 577.

Erhöhung um 5—20% je nach dem Datum der letzten Schatzung mit entsprechender Prämienerhöhung.

999. Glarus. *Ergänzung von § 11 des G über die Versicherung der Gebäude gegen Feuerschaden.* Ldg 4. Mai Nachträge zum LB, 5. Heft S. 147.

Bezeichnung der Militär- und Polizeidirektion als zuständige Instanz zur Entgegennahme von Rekursen.

1000. Zug. *Vorübergehende Erhöhung des Versicherungswertes der Gebäude.* KR 29. Mai. ABl Nr. 23. GS XIV S. 395.

Pauschalerhöhung um 25%, doch bleibt der Zuschlag im Steuertaxationsverfahren unberücksichtigt.

1001. Baselland. *Regelung der Gebäude- und Schadensschätzungen während der Teuerung.* RR 20. September. ABl II Nr. 13.

Massgeblichkeit der Preise vom 1. Januar 1940 für künftige Schätzungen der kantonalen Brandversicherungsanstalt.

1002. Schaffhausen. *Einführung einer ausserordentlichen Zusatzversicherung von Gebäuden.* RR 2. April. ABl Nr. 14.

Erhöhung um 25%.

1003. St. Gallen. *Teuerungsnachversicherung für Gebäude.* RR 21. Juni. GS XVII S. 210.

Erhöhung der Brandversicherungssumme um 25%. Von den nach dem 1. Juli 1941 rechtskräftig gewordenen Einschätzungen gilt $^1/_5$ der Schatzungssumme als Teuerungsnachversicherung.

1004. Graubünden. *Vorübergehende Erhöhung der Bauwerte.* KlR. Ohne Datum. ABl Nr. 50.

Erhöhung der Brandversicherungssummen um 25%.

1005. Thurgau. *VO über die Einführung einer ausserordentlichen Zusatzversicherung bei Gebäuden.* RR 18. November. Vom GrR genehmigt am 6. Dezember. ABl Nr. 56. GS 19 S. 330.

Erhöhung der Assekuranzsummen für vor dem 1. Januar 1941 geschätzte Gebäude um 25% mit entsprechender Erhöhung der Prämie. Der auf die Zusatzversicherung entfallende Mehrbetrag der Vergütung wird im Schadensfalle aber nur ausbezahlt, wenn das Gebäude vom Geschädigten oder dessen Rechtsnachfolgern innert Jahresfrist wieder so aufgebaut wird, dass es mindestens den früheren Wert erhält.

1006. Vaud. *A accordant une majoration de l'indemnité allouée pour la reconstruction d'un bâtiment sinistré.* CE 3 février. F. o. No. 11. Recueil p. 15.

Heraufsetzung der Entschädigungssummen bis um 25% ohne Prämienerhöhung.

1007. Baselland. *Auszahlung von Vorschüssen zur Deckung der Bombardierungsschäden.* RR 11. März. ABl I Nr. 11.

Beamtenfürsorge.

1008. Solothurn. *Zuschüsse zur Pension an ältere Beamte, Angestellte und Arbeiter des Staates.* KR 16. Juli. GS 75 S. 246.

1009. Ticino. *D leg. di modificazione parziale della legge 12 giugno 1922 sulla Cassa Pensioni del Corpo della Gendarmeria.* GrC 17 marzo. B. o. No. 11.

Aenderung einzelner Beiträge und Herabsetzung der Pension um 20% für im Ausland wohnhafte Rentenbezüger.

1010. Ticino. *D leg. di modificazione parziale della legge 24 maggio 1922 per una Cassa pensioni a favore dei magistrati, funzionari, impiegati ed operai al servizio dello Stato.* GrC 17 marzo. B. o. No. 11.

Gleiche Aenderungen wie bei Nr. 1009.

1011. Vaud. *Loi supprimant la réduction des pensions de retraite du corps enseignant et du corps pastoral vaudois.* GrC 2 septembre. Recueil p. 286.

1012. Vaud. *A relatif à l'application de l'article 4, alinéa 2, des conditions générales des polices de la Caisse cantonale vaudoise des retraites populaires aux employées*

et ouvriers de l'Etat affiliées à cette caisse en vertu de la loi du 1er mars 1927. CE 19 décembre. F. o. No. 102. Recueil p. 464.

1013. Neuchâtel. *Revision partielle du Règlement pour la caisse de pensions et de retraite des pasteurs de l'Eglise nationale neuchâteloise, du 27 novembre 1924.* Synode 29 avril 1940, approuvé par le CE le 30 décembre 1940. Recueil 1941 p. 115.

1014. Neuchâtel. *A concernant le versement de la rente annuelle complémentaire prévue par la loi de 14 mars 1939.* CE 29 avril. Recueil p. 113.

Berechnung der Zusatzrente.

1015. Genève. *A concernant les pensions de retraite allouées en conformité des art. 37 et 38 de la loi du 4 mai 1927 sur l'organisation de la police.* CE 11 février. Recueil p. 18.

Berechnung der Pension auf der Basis eines Ansatzes von 2%, statt 1½%.

Krankenversicherung.

1016. Basel-Stadt. *VO betreffend die Versicherungsprämien und die Kostenbeiträge der Oeffentlichen Krankenkasse.* RR 14. November. KBl II Nr. 41. GS 39 S. 180.

1017. Thurgau. *VO zum G über die obligatorische Krankenversicherung.* RR 28. Oktober. Vom BR genehmigt am 20. November. ABl Nr. 55. GS 19 S. 306.

Alters-, Hinterlassenenfürsorge. Armenwesen. Nothilfe. Trinker. Anstalten. Pflegekinderaufsicht.

1018. Zürich. *Abänderung der VO über die Fürsorge für ältere Arbeitslose vom 8. November 1939.* RR 27. Februar. Vom BR genehmigt am 21. April. ABl S. 525. GS 36 S. 303.

Höhe der Unterstützungen.

1019. Zürich. *Weitere Aenderung.* RR 3. Juli. Vom BR genehmigt am 15. August. ABl S. 1266. GS 36 S. 362.

Alter der zu Unterstützenden.

1020. Zürich. *Kriegsnotunterstützung.* KRB 14. Juli. Volksabstimmung 14. September. ABl S. 1166. GS 36 S. 451.

Bewilligung eines Kredites von 6 Millionen.

1021. Zürich. *VO über die Kriegsnothilfe.* RR 27. Oktober. Vom KR genehmigt am 27. Oktober. ABl S. 1632. GS 36 S. 459.

Der Staat gewährt Beiträge an die von den Gemeinden ausgerichtete Kriegsnothilfe. Diese ist keine Armenunterstützung; anderseits wird sie für Personen, die vollständig oder überwiegend von der Armenbehörde unterstützt werden, nicht subventioniert. Ferner haben sich die Gemeindebehörden dafür einzusetzen, dass durch die Kriegsnothilfe nicht Arbeitgebern, die dazu in der Lage wären, die Anpassung der Löhne an die Teuerung abgenommen wird.

1022. Zürich. *Vollziehungsbestimmungen zu vorstehender VO.* RR 6. November. ABl S. 1634. GS 36 S. 461.

1023. Zürich. *Winterhilfe 1941/1942.* KR 6. Oktober. ABl S. 1471.

1024. Zürich. *Winterhilfe 1941/1942.* RRB 9. Oktober. ABl S. 1472.

Vollzugsvorschriften zu vorstehendem KRB.

1025. Bern. *Beitragsleistung an Notstandsaktionen zugunsten der minderbemittelten Bevölkerung.* GrR 11. November. ABl Nr. 91. GS S. 95.

1026. Luzern. *D über die Sanierung der Fürsorge- und Armenkasse und die Verwendung des Anteils des Kantons am Abwertungsgewinn der Nationalbank.* GrR 4. Februar. GS 12 S. 349.

1027. Luzern. *D über die Ausrichtung von Familien- und Kinderzulagen.* GrR 4. Februar. GS 12 S. 350.

1028. Luzern. *D über die Schaffung eines Hilfsfonds für bedürftige kinderreiche Familien und für Kriegswinterhilfe.* GrR 15. September. GS 12 S. 399.

1029. Luzern. *VO über die Beitragsleistung an Notstandsaktionen der Gemeinden zugunsten der minderbemittelten Bevölkerung.* RR 23. Dezember. KBl Nr. 52. GS 12 S. 609.

1030. Uri. *Beitragsleistung an Notstandsaktionen von Gemeinden zugunsten der minderbemittelten Bevölkerung.* RR 15. November. ABl Nr. 47.

1031. Zug. *Durchführung einer Notstandsaktion für Unbemittelte.* KR 23. Oktober. ABl Nr. 44. GS XIV S. 435.

1032. Fribourg. *A concernant les œuvres de secours en faveur des personnes nécessiteuses.* CE 20 octobre. F. o. No. 43.

1033. Solothurn. *Abänderung der VO über die Alters-, Witwen- und Waisenfürsorge und die Fürsorge für ältere Arbeitslose.* RR 28. Februar. ABl Nr. 10. GS 75 S. 204.

1034. Solothurn. *Ausrichtung einer Teuerungsbeihilfe an die notleidende Bevölkerung und Schaffung einer Lohnkontrolle.* KR 24. Oktober. Volksabstimmung 23. November. GS 75 S. 358.

Zur Prüfung der Lohnverhältnisse und zur Abwehr von Missständen wird eine staatliche Lohnkontrollstelle errichtet, neben der noch eine paritätische Kommission vorgesehen ist. Als äusserste Massnahme gegenüber Arbeitgebern, die die Bezahlung angemessener Löhne verweigern, ist öffentliche Bekanntmachung vorgesehen.

1035. Solothurn. *VVO zum Volksbeschluss auf Ausrichtung einer Teuerungsbeihilfe an die notleidende Bevölkerung und Schaffung einer Lohnkontrolle.* RR 6. Dezember. Beilage zum ABl Nr. 50. GS 75 S. 361.

1036. Basel-Stadt. *GrRB betreffend die Ausrichtung von Beiträgen an die Wohnungsauslagen von Familien mit drei minderjährigen Kindern vom 20. März.* GS 39 S. 22.

Ausrichtung von Beiträgen bis zu Fr. 350.— im Jahr.

1037. Basel-Stadt. *Vollzug des GrRB vom 20. März 1941 über die Ausrichtung von Beiträgen an die Wohnungsauslagen von Familien mit drei minderjährigen Kindern.* RR 29. April. GS 39 S. 51.

1038. Basel-Stadt. *Abänderung der VVO vom 14. November 1939 zum BB über den Vollzug der Uebergangsbestimmung zu Art. 34 quater der Bundesverfassung betreffend Alters- und Hinterlassenenversicherung vom 24. Mai 1939.* RR 24. Mai. GS 39 S. 62.

Unterstützungsansätze pro Werktag.

1039. Basel-Stadt. *Abänderung der VO vom 28. November 1939 über den Vollzug des GrRB betreffend Kriegsnothilfe für selbständig Erwerbende vom 9. November 1939.* RR 10. Juni. GS 39 S. 68.

Aenderung der Notstandsgrenze.

1040. Basel-Stadt. *Ausrichtung einer Teuerungsbeihilfe an Bedürftige.* GrRB 9. Oktober. KBl II Nr. 30.

1041. Basel-Stadt. *VO über den Vollzug dieses GrRB.* RR 21. Oktober. KBl II Nr. 34.

1042. St. Gallen. *Notstandsaktionen zugunsten der minderbemittelten Bevölkerung.* RR 24. Oktober. ABl Nr. 44.

1043. Thurgau. *Durchführung des BRB vom 10. Oktober 1941 über Beitragsleistung an Notstandsaktionen zugunsten der minderbemittelten Bevölkerung.* RR 21. Oktober. ABl Nr. 48.

1044. Ticino. *D leg. circa la fornitura di patate a prezzo ridotto alle famiglie bisognese.* GrC 3 novembre. B. o. No. 28.

1045. Ticino. *D leg. concernente opere di soccorso a favore delle persone nel disagio.* GrC 18 dicembre. B. o. No. 32.

1046. Vaud. *A appliquant, dans le canton de Vaud, l'A du Conseil fédéral, du 10 octobre 1941, sur la participation financière de la Confédération aux œuvres de secours en faveur des personnes dans la gêne.* CE 4 novembre. F. o. No. 94. Recueil p. 373.

1047. Neuchâtel. *A concernant la participation financière de l'Etat aux œuvres de secours d'automne des personnes dans la gène.* CE 4 novembre. F. o. No. 91.

1048. Luzern. *VO über die Bürgerheime.* RR 26. Dezember. GS 12 S. 632.

1049. Solothurn. *Pflegekinder-VO des Kantons Solothurn.* RR 6. Dezember. ABl Nr. 50. GS 75 S. 369.

Zur Aufnahme von Pflegekindern ist eine Bewilligung des für die Wohngemeinde des Aufnehmenden zuständigen Oberamtmanns erforderlich. Diese wird nur erteilt, wenn keine Gefährdung durch Krankheiten vorliegt und die Pflegeperson Gewähr für richtige Erziehung und Unterkunft bietet; sie wird verweigert, wenn die Pflegefamilie dauernd aus öffentlichen Mitteln unterstützt wird. Die Pflegeperson hat das Kind gegen Invalidität infolge Unfalles zu versichern. Eine vom Oberamtmann bezeichnete Vertrauensperson überwacht Pflegekind und Pflegefamilie.

1050. St. Gallen. *Versorgung arbeitsscheuer und liederlicher Personen.* RR 9. Juni. ABl Nr. 24.

1051. Thurgau. *G betreffend die Trinkerfürsorge.* GrR 25. Februar 1939. Volksabstimmung 27. April. ABl Nr. 14. GS 19 S. 39.

Zuständig, die Versorgung in einer Trinkerheilanstalt anzuordnen, ist die Vormundschaftsbehörde. Voraussetzung ist jedoch eine vorangegangene fruchtlose Verwarnung und das Vorliegen eines ärztlichen Zeugnisses, wonach der zu Versorgende infolge von Trunksucht nicht im Stande ist, seine Angelegenheiten zu besorgen, sich oder seine Familie der Gefahr einer Notlage aussetzt, seine Familienpflichten vernachlässigt, seine Gesundheit oder die Sicherheit anderer gefährdet oder schliesslich wiederholt öffentliches Aergernis erregt hat. Gegen den Versorgungsbeschluss kann beim RR Beschwerde geführt werden. Ferner bestimmt das G, dass in allen Wirtschaften, sowie bei öffentlichen Festen und Veranstaltungen, bei denen Getränke abgegeben werden, den Gästen auch ein alkoholfreies Getränk zur Verfügung stehen muss.

1052. Thurgau. *VO über die Einführung des vorstehenden G.* RR 22. September. ABl Nr. 44. GS 19 S. 335.

1053. Vaud. *Loi sur l'internement des alcooliques.* GrC 5 février. F. o. No. 27. Recueil p. 131.

Die besonders zu diesem Zweck geschaffenen Aemter sind berechtigt, Trinker zu verwarnen und zur Abstinenz zu verpflichten. Fruchtet diese Massnahme nichts, so erfolgt Anzeige an das Justiz- und Polizeidepartement, das eine medizinische Untersuchung anordnet und je nach deren Ergebnis zeitweilige Unterbringung in einer Trinkerheilanstalt oder dauernde Versorgung verfügt. Gegen die Entscheide des Departements ist Beschwerdemöglichkeit an den CE gegeben.

1054. Vaud. *A d'exécution de la loi du 5 février 1941 sur l'internement des alcooliques.* CE 24 novembre. F. o. No. 95. Recueil p. 376.

1055. Vaud. *Loi sur l'internement administratif d'éléments dangereux pour la société.* GrC 8 décembre. F. o. No. 99. Recueil p. 416.

Die Versorgung wird von einer besondern, vom CE ernannten dreigliedrigen Kommission für die Dauer von höchstens 5 Jahren ausgesprochen, nachdem der Präfekt des Wohnbezirks die Untersuchung durchgeführt hat. Gegen die Entscheide der Kommission ist Beschwerde an den CE möglich.

1056. Vaud. *A réglant le régime provisoire de l'internement des alcooliques.* CE 29 décembre. Recueil p. 537.

1057. Genève. *Loi complétant la loi du 18 juin 1927 sur le relèvement et l'internement des alcooliques.* GrC 22 novembre. F. o. No. 276, 305. Recueil p. 154.

Eine besondere Kommission, die aus einem vom Gericht ernannten Richter, dem Direktor der psychiatrischen Klinik Bel-Air und einem vom CE ernannten Mitglied besteht, überwacht die durch Gerichtsurteil in Trinkerheilanstalten Eingewiesenen. Die Kommission kann die Freilassung beschliessen, wenn Heilung eingetreten ist, sie kann auch die Freigelassenen unter Aufsicht stellen und hat nach Ablauf der Bewährungsfrist dem Staatsanwalt Bericht zu erstatten.

Lohnersatz. Verdienstersatz. Wehrmännerhilfe.

1058. Zürich. *Geschäftsordnung der kantonalen Schiedskommission für den Lohn- und Verdienstausgleich.* RR 22. Januar. ABl S. 245. GS 36 S. 292.

1059. Bern. *Zusätzliche Leistungen an Wehrmänner.* GrRB 11. März. ABl Nr. 24. GS S. 9.

Beiträge an die Aufwendungen der Gemeinden

1060. Luzern. *VVO zum BRB über eine provisorische Regelung der Verdienstausfallentschädigungen an aktivdienstleistende Selbständigerwerbende vom 14. Juni 1940 und zu der bundesrätlichen AusführungsVO vom 25. Juni 1940.* RR 13. Januar. KBl Nr. 7. GS 12 S. 529.

1061. Uri. *Reglement für die Schiedskommission der Wehrmannsausgleichskasse.* RR 1. April. ABl Nr. 21.

1062. Schwyz. *Geschäftsreglement für die Schiedskommission der Wehrmanns-Ausgleichskasse für die Verdienstersatzordnung.* RR 28. Dezember 1940. Vom eidg. Volkswirtschaftsdepartement genehmigt am 6. Februar. ABl Nr. 7.

1063. Schwyz. *Abänderung des RRB vom 27. August 1940 über den Vollzug der Bundeserlasse betreffend eine provisorische Regelung der Verdienstausfallentschädigung an aktivdienstleistende Selbständigerwerbende.* RR 13. Januar. ABl Nr. 3.

Anwendbarkeit auf die Verdienstersatzordnung.

1064. Schwyz. *Vollzug des BRB über die Abänderung der Lohnersatzordnung vom 28. Dezember 1940, der Vfg Nr. 14 des eidg. Volkswirtschaftsdepartements zur Lohnersatzordnung und der Vfg Nr. 15 des eidg. Volkswirtschaftsdepartements zur Verdienstersatzordnung vom 30. Dezember 1940.* RR 8. Februar. ABl Nr. 7.

1065. Obwalden. *Beiträge an die Verwaltungskosten der Lohn- und Verdienstausfallkassen.* RR 29. November. ABl Nr. 49.

1066. Zug. *Schiedskommission betr. Vollzug der Verdienstersatzordnung.* RR 27. Februar. ABl Nr. 10.

1067. Zug. *Beiträge an die Verwaltungskosten der Lohn- und Verdienstausfallkassen.* RR 21. Oktober. ABl Nr. 43.

1068. Fribourg. *Règlement de procédure pour la Commission d'arbitrage des Caisses cantonales de compensation concernant le régime des allocations pour perte de gain.* CE 2 mai. F. o. No. 19. GS 110 S. 35.

1069. Solothurn. *Lohn- und Verdienstersatzordnung; Kostenanteil der Gemeinden und Verwaltungskostenbeiträge der Betriebe.* RR 7. Januar. ABl Nr. 2. GS 75 S. 183.

1070. Solothurn. *Ausgleichskasse für Wehrmänner; Verwaltungskostenanteil der Arbeitgeber.* RR 12. August. GS 75 S. 295.

1071. Basel-Stadt. *Abänderung des Reglements für die Kantonale Lohnausgleichskasse Basel-Stadt.* RR 15. Juli. Vom eidg. Volkswirtschaftsdepartement genehmigt am 30. Juli. GS 39 S. 89.

Redaktionelle Aenderung.

1072. Basel-Stadt. *Abänderung der Verfügung vom 22. November 1940 betreffend Erhebung von Verwaltungskostenbeiträgen durch die Kantonale Ausgleichskasse Basel-Stadt.* Finanzdepartement 22. Oktober. KBl II Nr. 36.

Kassenbeitrag der selbständigen Gewerbetreibenden und Landwirte.

1073. Baselland. *Reglement für die Schiedskommission betreffend die Verdienstersatzordnung Selbständigerwerbender (Schiedskommission II).* RR 7. Februar. ABl I Nr. 8.

1074. Baselland. *Erhebung von Verwaltungskostenbeiträgen durch die kantonale Lohnausgleichskasse.* RR 9. Mai. ABl I Nr. 22.

1075. Schaffhausen. *Deckung der Verwaltungskosten der kantonalen Lohn- und Verdienstausgleichskasse.* RR 15. Januar. ABl Nr. 3.

1076. Schaffhausen. *Geschäftsreglement der kantonalen Schiedskommission für die Verdienstausgleichskassen.* RR 9. April ABl Nr. 19.

1077. Appenzell A.-Rh. *VVO zum BRB über eine provisorische Regelung der Verdienstausfallentschädigungen an aktivdiensttuende Selbständigerwerbende (Verdienstersatzordnung).* RR 23. Dezember 1940. Vom eidg. Volkswirtschaftsdepartement genehmigt am 8. Januar. ABl Nr. 3.

1078. Appenzell A.-Rh. *Reglement für die Schiedskommission der Wehrmanns-Ausgleichskasse.* RR 23. Dezember 1940. Vom eidg. Volkswirtschaftsdepartement genehmigt am 8. Januar. ABl Nr. 3.

1079. Appenzell I.-Rh. *Abänderungen am Standeskommissionsbeschluss vom 20. Januar 1940 über Lohnersatz im Aktivdienst.* Standeskommission 25. Februar, 29. März und 22. November. Separat erschienen.

1080. Appenzell I.-Rh. *Abänderungen am Standeskommisions-Beschluss vom 3. August 1940 über die Verdienstersatz-Ordnung.* Standeskommission 29. März und 22. November. Separat erschienen.

Aenderung der Art. 5 und 10 (Beteiligung der Bezirke an der Rückerstattungsquote; Zuschlag für Verwaltungskosten).

1081. Appenzell I.-Rh. *Schiedskommission der Wehrmannsausgleichskasse.* Standeskommission 24. Mai. Text separat erschienen.

1082. St. Gallen. *VVO zu den BRB über die Lohn- und Verdienstersatzordnung.* RR 12. September. ABl Nr. 40.

1083. St. Gallen. *Reglement für die Schiedskommission der Lohn- und Verdienstersatz-Ausgleichskasse.* RR 12. September. ABl Nr. 40.

1084. Graubünden. *Ausführungsbestimmungen zum BRB über eine provisorische Regelung der Lohnausfallentschädigungen an aktivdienstuende Arbeitnehmer vom 20. Dezember 1939 und 28. Dezember 1940 und der dazugehörigen bundesrätlichen AusführungsVO vom 4. Januar 1940.* KlR 21. Februar. ABl Nr. 22.

1085. Graubünden. *Ausführungsbestimmungen zum BRB vom 14. Juni 1940 über eine provisorische Regelung der Verdienstausfallentschädigung an aktivdienstuende Selbständigerwerbende und der dazugehörigen AusführungsVO vom 25. Juni 1940, mit Abänderungen vom 30. Dezember 1940 (Verdienstersatzordnung).* KlR 21. Februar. ABl Nr. 22.

1086. Graubünden. *Erhebung der Beiträge für die Verwaltungskosten der Lohnausgleichs- und Verdienstersatzkassen.* KlR 21. Februar. ABl Nr. 22.

1087. Graubünden. *Reglement für die Schiedskommission der kantonalen Ausgleichskasse Graubünden.* KlR 8. Mai. ABl Nr. 27.

1088. Aargau. *VO betreffend die Festsetzung der Beiträge an die Verwaltungskosten der kantonalen Wehrmannsausgleichskassen.* RR 24. Januar. GS XVI Nr. 42.

1089. Ticino. *Regolamento della commissione cantonale d'arbitrato per le contestazioni relative all'ordinamento per perdita di guadagno.* CSt 26 marzo. B. o. No. 7.

1090. Vaud. *Règlement des commissions d'arbitrage des caisses cantonales de compensation pour mobilisés.* CE 3 février. F. o. No. 11. Recueil p. 17.

1091. Vaud. *A modifiant celui du 9 juillet 1940 appliquant les A fédéraux des 20 décembre 1939 et 14 juin 1940, réglant provisoirement le paiement d'allocations pour perte de salaire et de gain aux militaires en service actif.* CE 5 février. F. o. No. 11. Recueil p. 50.

1092. Vaud. *Règlement de la Caisse vaudoise de compensation de l'agriculture (Caisse A).* CE 5 février. F. o. No. 12. Recueil p. 52.

1093. Vaud. *Règlement de la Caisse cantonale centrale de compensation (Caisse C).* CE 5 février. F. o. No. 12. Recueil p. 62.

1094. Vaud. *Règlement de la Caisse cantonale publique de compensation pour mobilisés (Caisse P.).* CE 5 février. F. o. No. 12. Recueil p. 68.

1095. Vaud. *Règlement de la Caisse cantonale vaudoise de compensation de l'industrie, du commerce et de l'artisanat (Caisse ICA).* Comité de la Caisse ICA 14 mai, ratifié par le CE le 28 octobre. F. o. No. 90.

1096. Wallis. *Reglement für die Schiedskommission der kantonalen Ausgleichskasse für Selbständigerwerbende.* StR 17. Januar. ABl Nr. 4.

1097. Neuchâtel. *A fixant le montant des cotisations des membres de condition indépentante de la Caisse cantonale publique de compensation.* CE 8 avril. F. o. No. 29.

1098. Neuchâtel. *A complétant le règlement de la Caisse cantonale publique de compensation.* CE 6 mai. F. o. No. 43.

1099. Neuchâtel. *Règlement de la Commission cantonale d'arbitrage en matière d'allocations pour perte de gain.* CE 6 mai. F. o. No. 43.

1100. Genève. *Règlement de la Commission cantonale d'arbitrage du canton de Genève en matière d'allocations pour perte de gain.* CE 4 mars. F. o. No. 53. Recueil p. 29.

Bekämpfung der Wohnungsnot.

1101. Zürich. *Massnahmen gegen die Wohnungsnot und den Mieterschutz.* RR 27. November. ABl S. 1729.

Zuständigkeit der Justizdirektion. Anwendung des BRB auf einzelne Gemeinden des Kantons durch Regierungsratsbeschlüsse vom 3. Dezember und 18. Dezember.

1102. Bern. *VO zum BRB vom 15. Oktober 1941 betreffend Massnahmen gegen die Wohnungsnot.* RR 5. Dezember. ABl Nr. 97. Vom eidg. Justiz- und Polizeidepartement genehmigt am 8. Dezember. GS S. 107.

Anwendbarkeit des BRB auf das ganze Kantonsgebiet. Zuständig, das Verfahren über die Inanspruchnahme unbenutzter Wohnräume einzuleiten, sind die Mietämter der Gemeinden, die vom Einwohnergemeinderat bestellt werden.

1103. Luzern. *VO über Massnahmen gegen Wohnungsnot.* RR 5. Dezember. KBl Nr. 51. GS 12 S. 605.

1104. Uri. *VVO zum BRB vom 15. Oktober 1941 betreffend Massnahmen gegen die Wohnungsnot.* RR 8. November. ABl Nr. 47.

1105. Uri. *Mietzinskontrolle.* RR 29. November. ABl Nr. 50.

1106. Schwyz. *Mietzinskontrolle.* RRB 21. Mai. ABl Nr. 22.

1107. Schwyz. *Vollzug des BRB betreffend Massnahmen gegen die Wohnungsnot.* RR 3. November. ABl Nr. 50.

1108. Nidwalden. *VVO zum BRB vom 15. Oktober 1941 betreffend Massnahmen gegen die Wohnungsnot.* RR 10. November. ABl Nr. 47.

Zuständigkeit der Gemeinderäte.

1109. Solothurn. *VVO zum BRB vom 15. Oktober 1941 betreffend Massnahmen gegen die Wohnungsnot.* RR 21. Oktober. ABl Nr. 43. GS 75 S. 313.

1110. Schaffhausen. *VO betreffend das Verfahren für die Behandlung von Gesuchen um Bewilligung von Mietzinserhöhungen.* RR 4. Juni. ABl Nr. 23.

Einreichung der Gesuche bei der Preiskontrollstelle.

1111. Schaffhausen. *VO über Massnahmen gegen die Wohnungsnot.* RR 3. Dezember. ABl Nr. 50.

Bestellung einer Mietkommission.

1112. St. Gallen. *Kontrolle von Mietzinsen.* RR 2. Mai. ABl Nr. 19.

1113. St. Gallen. *Massnahmen gegen die Wohnungsnot.* RR 28. Oktober. ABl Nr. 44.

1114. Aargau. *VVO zum BRB vom 15. Oktober 1941 betreffend Massnahmen gegen die Wohnungsnot.* RR 7. November. GS XVI Nr. 64.

Grundsätzlich Anwendbarkeit auf dem ganzen Kanton.

1115. Thurgau. *VO über Massnahmen gegen die Wohnungsnot.* RR 18. November. ABl Nr. 53.

Vollzugsbestimmungen zum entsprechenden BRB.

1116. Ticino. *D esec. circa le misura per rimediare alla penuria degli alloggi.* CSt 4 dicembre. B. o. No. 31.

1117. Genève. *A attribuant au Bureau cantonal de surveillance des prix la compétence de réduire le taux des loyers injustifiés.* CE 28 février. F. o. No. 53. Recueil p. 28.

1118. Genève. *A modifiant l'A du 28 février 1941 et attribuant aux commissions de loyers instituées par les lois du 17 octobre 1936 la compétence en matière de réduction de taux de loyers injustifiés.* CE 13 mai. F. o. No. 111. Recueil p. 58.

Geldsammlungen.

1119. Bern. *VO betreffend die Ausführung des BRB vom 28. Februar 1941 über Sammlungen zu wohltätigen und gemeinnützigen Zwecken.* RR 11. März. ABl Nr. 20. GS S. 11.

1120. Schwyz. *Vollzug des BRB betreffend Sammlungen zu wohltätigen und gemeinnützigen Zwecken.* RR 31. März. ABl Nr. 14.

1121. Zug. *Sammlungen zu wohltätigen und gemeinnützigen Zwecken.* RR 12. März. ABl Nr. 11.

1122. Solothurn. *Sammlungen zu wohltätigen und gemeinnützigen Zwecken.* RR 13. März. ABl Nr. 11. GS S. 205.

1123. Neuchâtel. *A d'exécution de l'A du Conseil fédéral (du 28 février 1941) concernant les collectes en faveur d'œuvres de bienfaisance ou d'utilité publique.* CE 7 mars. F. o. No. 20. Recueil p. 102.

VII. Rechtsorganisation.

Behörden. Aemter. Anstalten.

1124. Zürich. *VO über die Amtsstellung und Besoldung der Beamten und Angestellten der Verwaltung und der Rechtspflege.* RR und Obergericht 19. Mai. Vom KR genehmigt am 19. Mai. ABl S. 873. GS 36 S. 312.

Die VO weist als einzige Besonderheit eine grosszügige Regelung des Ferienanspruchs auf, der lediglich für die beiden ersten Besoldungsklassen und auch hier nur für die ersten vier Dienstjahre bloss 12, nachher 18 Arbeitstage beträgt. Für die höheren Klassen beginnt der Anspruch mit 18 oder 24 Tagen, immerhin wird diese letztgenannte Grenze nicht überschritten.

1125. Zürich. *Vereinigung des Vermessungsamtes mit dem Meliorationsamt.* RR 5. Juni. ABl S. 958.

Mit der Vereinigung wird zugleich die Stelle des Kantonsgeometers aufgehoben.

1126. Zürich. *Abänderung der VO über die Bezirksgefängnisse vom 11. Juli 1925.* RR 5. Juli. ABl S. 1102. GS 36 S. 349.

Obliegenheiten der Gefängnisverwalter.

1127. Zürich. *Weitere Aenderung.* RR 18. September. ABl S. 1358. GS 36 S. 447.

Ferien der Gefängnisverwalter.

1128. Bern. *D über die Organisation des Regierungsstatthalteramtes Bern.* GrR 12. November. ABl Nr. 96. GS S. 97.

1129. Bern. *D betreffend das kantonale Gewerbemuseum und weitere Massnahmen zur Förderung des Gewerbes.* GrR 16. September. ABl Nr. 84. GS S. 60.

1130. Bern. *Reglement über die Obliegenheiten der Aufsichtskommission, der Beamten und Angestellten des Kantonalen Gewerbemuseums in Bern.* RR 16. Dezember. GS S. 128.

1131. Bern. *Regulativ betreffend die Kreise für die Wahl der Betreibungsgehilfen (Weibel).* Aufsichtsbehörde in Betreibungs- und Konkurssachen 18. Dezember. GS S. 145.

1132. Luzern. *Kontrolle der kriegswirtschaftlichen Massnahmen.* RR 16. Januar. KBl Nr. 3. GS 12 S. 531.

Uebertragung des Vollzugs der kriegswirtschaftlichen Massnahmen an die Preiskontrollstelle, die befugt ist, überall Kontrollen vorzunehmen.

1133. Luzern. *Abänderung des § 72 der Staatsverfassung von 1875 (Reorganisation des Amtsstatthalteramtes Luzern).* GrR 13. Mai. Volksabstimmung 7. September. KBl Nr. 30. GS 12 S. 358. Gewährleistung durch BB vom 11. Dezember 1941. Eidg. GS 57 S. 1423. Inkrafterklärung GS 12 S. 359.

Erhöhung der Zahl der Statthalter für die Abteilung Luzern-Stadt auf zwei.

1134. Luzern. *Abänderung des § 4 des B betreffend die Festsetzung der Verpflegungstaxen in der Irrenanstalt Sankt Urban vom 15. Januar 1921.* RR 26. Dezember. KBl Nr. 52. GS 12 S. 638.

1135. Glarus. *Abänderung der Verpflegungstaxen der kantonalen Krankenanstalt in Glarus.* LR 25. Juni. Nachträge zum LB, 5. Heft S. 188.

Erhöhung.

1136. Zug. *VO über die Organisation der Kriegswirtschaft.* RR 31. Dezember 1940. ABl Nr. 2. GS XVI S. 365.

1137. Basel-Stadt. *Organisation der Schiffahrtsdirektion des Kantons Basel-Stadt.* RR 22. April. GS 39 S. 46.

Angliederung des schweiz. Seeschiffahrtsamtes.

1138. Basel-Stadt. *Taxordnung des Frauenspitals.* RR 1. Juli. GS 39 S. 81.

1139. Basel-Stadt. *Taxordnung der Heil- und Pflegeanstalt Friedmatt.* RR 1. Juli. GS 39 S. 85.

1140. Solothurn. *Aufnahme-, Entlassungs- und Tax-Ordnung der Heil- und Pflegeanstalt Rosegg und des kantonalen Pflegeheims Fridau.* RR 28. Dezember 1940. ABl Nr. 1. GS 75 S. 162.

1141. Solothurn. *Uebertragung der Geschäfte für das gesamte Auswanderungswesen an das Volkswirtschaftsdepartement.* RR 4. Januar. GS 75 S. 183.

1142. Solothurn. *Kriegswirtschaftliche Organisation des Landwirtschafts-Departements.* RR 14. Januar. GS 75 S. 189.

1143. Solothurn. *Altersgrenze für Staatsfunktionäre.* RR 15. Juli. ABl Nr. 30. GS 75 S. 245.

1144. Solothurn. *Altersgrenze für die vom KR zu wählenden Staatsbeamten.* KR 16. September. ABl Nr. 39. GS 75 S. 304.

Festlegung der Grenze auf 65 Jahre.

1145. Solothurn. *Zusammenlegung der Aemter der Bezirks- und der Kontrolltierärzte; Neuumschreibung der Amtskreise.* RR 16. August. GS 75 S. 297.

1146. Solothurn. *Altersgrenze für nebenamtliche Staatsfunktionäre, Mitglieder von Kommissionen etc.* RR 16. August. GS 75 S. 297.

Vollendetes 68. Altersjahr.

1147. Solothurn. *Ferienanspruch der Staatsfunktionäre während der Dauer des Aktivdienstes.* RR 29. August. GS 75 S. 300.

1148. Solothurn. *Beeidigung der Beamten und Angestellten; Abänderung und Ergänzung des Verzeichnisses.* RR 4. November. GS 75 S. 319.

1149. Solothurn. *Abänderung des Reglements über die Befugnisse und die Tätigkeit der Zentralstelle für den Obstbau vom 4. Dezember 1935.* RR 14. November. GS 75 S. 325.

Erweiterung der Aufsichtskommission auf 7 Mitglieder.

1150. Schaffhausen. *Neuregelung des Dienstverhältnisses des Personals der kantonalen Heilanstalt Breitenau Schaffhausen.* RR 19. März. ABl Nr. 13.

1151. Schaffhausen. *G über die Organisation des kantonalen Polizeikorps.* GrR 27. Oktober. Volksabstimmung 14. Dezember. ABl Nr. 52.

1152. Aargau. *D betreffend die Kostenvergütung in der Heil- und Pflegeanstalt Königsfelden.* GrR 10. September. GS XVI Nr. 61.

1153. Thurgau. *Errichtung einer kantonalen Zentralstelle für den Ausgleich des militärischen und zivilen Bedarfs an Heu, Emd, Getreide- und Rietstreue.* RR 9. April. ABl Nr. 17.

1154. Thurgau. *VO betreffend die Verpflegungskosten für das Kantonsspital, die Irrenheilanstalt und das Kranken- und Greisenasyl.* RR 17. Dezember. ABl Nr. 57. GS 19 S. 323.

1155. Ticino. *D leg. autorizzante la creazione della „gestione di guerra" con relativo Bilancio.* GrC 3 marzo. B. o. No. 6.

1156. Ticino. *D leg. istituente il „Fondo d'ammortamento del debito di guerra".* GrC 3 marzo. B. o. No. 6.

1157. Ticino. *D leg. che modifica l'art. 5 del D 20 febbraio 1940, regolante il servizio, gli onorari, gli stipendi ed il soldo dei magistrati, funzionari, docenti delle scuole secondarie ed agenti della gendarmeria durante il servizio militare attivo.* GrC 28 maggio. B. o. No. 14.

Feriengewährung.

1158. Ticino. *D leg. concernente la limitazione dell'interesse dei fondi speciali.* GrC 1° dicembre. B. o. No. 30.

Festsetzung des Zinsfusses auf 4%.

1159. Ticino. *D leg. istituente l'Ufficio centrale della contabilità presso il Dipartimento di Agricoltura.* GrC 18 dicembre. B. o. No. 32.

1160. Ticino. *D leg. concernente la nomina di supplenti delle commissioni di espropriazione dei distretti dei centri durante il periodo di mobilisazione.* GrC 18 dicembre. B. o. No. 32.

Ermächtigung des Appellationsgerichts während der Dauer der Mobilisation Suppleanten zu ernennen.

1161. Ticino. *D esec. che istituisce l'Ufficio del Contenzioso del CSt.* CSt. 23 dicembre. B. o. No. 33.

1162. Vaud. *A modifiant et abrogeant les articles 53 à 59 du règlement du 26 décembre 1902 pour l'Ecole de réforme des Croisettes, en Vennes sur Lausanne.* CE 14 janvier. F. o. No. 5. Recueil p. 14.

Kleiderentschädigungen des Personals.

1163. Vaud. *A abrogeant l'article 4 nouveau du règlement précédent.* CE 21 février. F. o. No. 16. Recueil p. 160.

Unterstellung der Anstalt unter die Aufsicht des Justiz- und Polizeidepartements.

1164. Vaud. *A modifiant l'article 14 de l'A du 26 novembre 1928 organisant l'Etablissement thermal cantonal de Lavey.* CE 24 mars. F. o. No. 25. Recueil p. 183.

Voraussetzungen für die Wahl und Amtsdauer des Direktors.

1165. Vaud. *A abrogeant l'A du 27 décembre 1939 créant un poste d'adjoint au chef du service de police à la direction de la police de sûreté.* CE 1er avril. F. o. No. 27.

1166. Vaud. *A concernant l'organisation de l'économie de guerre.* CE 14 mai. F. o. No. 39. Recueil p. 198.

1167. Vaud. *A modifiant ou abrogeant les articles 93 à 104 du règlement provisoire du 21 mai 1937 pour les Etablissements de détention et d'internement de la plaine de l'Orbe, fixant les fonctions de l'aumonier.* CE 30 juillet. F. o. No. 61. Recueil p. 254.

1168. Vaud. *Règlement provisoire concernant l'instituteur attaché aux Etablissements de détention et d'internement de la plaine de l'Orbe.* CE 30 juillet. F. o. No. 61. Recueil p. 256.

1169. Vaud. *Loi modifiant l'article 105 de la loi du 10 novembre 1920 sur l'organisation du CE.* GrC 26 novembre. F. o. No. 97. Recueil p. 395.

Unterteilung des Sanitätsdienstes in eine ärztliche und eine tierärztliche Abteilung. Bezeichnung des Personals und der den Abteilungen unterstehenden Institute.

1170. Wallis. *Festlegung der Altersgrenze für Beamte, Angestellte und Professoren.* StR 1. April. ABl Nr. 14.

1171. Wallis. *Organisation der Kriegseinnehmereien.* StR 4. Juli. ABl Nr. 30.

1172. Neuchâtel. *Règlement concernant les chefs de section militaire.* CE 11 mars. F. o. No. 22. Recueil p. 104.

1173. Genève. *A relatif à la prestation de serment des fonctionnaires de la Prison de Saint-Antoine.* CE 11 février. Recueil p. 20.

1174. Genève. *A approuvant une modification apportée au règlement de la Maison de retraite du Petit-Saconnex.* CE 27 septembre. F. o. No. 229. Recueil p. 120.

1175. Genève. *A modifiant le règlement de la Fourrière cantonale.* CE 3 octobre. F. o. No. 234. Recueil p. 127.

Kantonalbanken.

1176. Luzern. *D über die Erhöhung des Dotationskapitals der Luzerner Kantonalbank von 16 auf 20 Millionen Franken.* GrR 14. Mai. GS 12 S. 398.

1177. St. Gallen. *Reglement über die Aufbewahrung, Ueberwachung und Verwaltung von Wertschriften und Wertsachen der St. Gallischen Kantonalbank.* Bankkommission 29. Oktober, vom RR genehmigt am 14. November. GS XVII S. 242.

Gerichtsorganisation.

1178. Zürich. *Reduktion der Zahl der Mitglieder des Obergerichts.* KR 12. Mai. ABl S. 617. GS 36 S. 304.

Herabsetzung von 25 auf 22.

1179. Zürich. *Reduktion der Zahl der kaufmännischen Richter des Handelsgerichts.* KR 12. Mai. ABl S. 617. GS 36 S. 305.

Herabsetzung von 60 auf 50.

1180. Zürich. *VO über die Organisation des Obergerichts.* Obergericht 21. November. Vom KR genehmigt am 15. Dezember. ABl S. 1845. GS 36 S. 473.

1181. Baselland. *G betreffend die Organisation der richterlichen Behörden (GerichtsverfassungsG).* LR 30. Oktober. Volksabstimmung 14. Dezember. Beilage zum ABl 1942 I Nr. 2.

Oberste Gerichtsbehörde in Zivil- und Strafsachen ist das Obergericht (Präsident und 6 Mitglieder) mit den Abteilungen Polizeikammer und Versicherungsgericht (Präsident und 4 Mitglieder). Die Polizeigerichte (Präsident und 4 Mitglieder) sind Abteilungen der aus dem Präsidenten und 6 Mitgliedern bestehenden 5 Bezirksgerichte. Die 19 Friedensrichter haben Amtssitz an ihrem Wohnort. Das Strafgericht setzt sich aus dem Präsidenten und 6 Mitgliedern zusammen, sein Ausschuss aus Präsident und 4 Mitgliedern. Der Präsident des Strafgerichts bildet zusammen mit zwei weitern Richtern und zwei Ersatzrichtern das Jugendgericht. Der Ueberweisungsbehörde gehören ein Präsident, zwei Mitglieder und zwei Ersatzmänner an. Untersuchungsbeamte sind die Statthalter der Bezirke, die in dieser Tätigkeit der Ueberweisungsbehörde unterstehen. Die Staatsanwaltschaft besteht aus einem Staatsanwalt, dem der RR auch die Vertretung des Staates in Zivilsachen übertragen kann. Obergericht, Strafgericht, Ueberweisungsbehörde und Staatsanwalt werden vom LR, die Bezirksgerichte vom Volke je auf drei Jahre gewählt. Das Jugendgericht, dessen eines Mitglied eine Frau sein kann, bestellt der RR als vormundschaftliche Aufsichtsbehörde. Die Gerichtsverhandlungen sind grundsätzlich öffentlich, ausser bei Ehescheidungen und dergl. und im Strafverfahren gegen Jugendliche. Die Beratung ist in Zivilsachen öffentlich, in Strafsachen geheim. Auf einstimmigen Gerichtsbeschluss hin ist die Presse gehalten, Berichtigungen zur Gerichtsberichterstattung aufzunehmen. W. F.

1182. Appenzell I.-Rh. *Abänderung der Kantonsverfassung.* Ldg B 27. April. Eidg. Gewährleistung durch BB vom 30 September. Eidg. GS 57 S. 1103.

Neuordnung der richterlichen Behörden (Art. 38—43) sowie neue Fassung der Bestimmung über das Begnadigungsrecht des Grossen Rates (Art. 27).

Das Bezirksgericht ist u. a. als zuständig erklärt für Zivilfälle „mit Einschluss der Verwaltungsstreitigkeiten, soweit private Rechtsansprüche in Frage stehen". Die Fassung lässt vermuten, dass damit in beschränktem Umfang Verwaltungsrechtspflege eingeführt ist.

Art. 39 gestattet die Uebertragung von Zivil- und Strafrechtsfällen zur Beurteilung an nichtrichterliche Behörden und Amtsstellen. Die Verfassung gibt damit die strenge Durchführung der Gewaltentrennung auf. A. C.

1183. Ticino. *D leg. che modifica la legge organica giudiziaria civile e penale del 22 settembre 1924.* GrC 28 maggio. No. 33.

Durch die Einführung des schweizerischen Strafgesetzbuches bedingte Abänderungen; namentlich Vorschriften über die Zuständigkeit.

1184. Vaud. *A sur les offices des juges informateurs.* CE 28 octobre. F. o. No. 87. Recueil p. 364.

Bezeichnung der Kreise und Festlegung der Besoldungen.

1185. Vaud. *A concernant le Tribunal cantonal et le tribunal neutre.* CE 16 décembre. F. o. No. 102. Recueil p. 439.

Personalbestand des Kantonsgerichts, Taggelder der Suppleanten.

1186. Neuchâtel. *D portant dérogation aux articles 68 et 69 de la loi sur l'organisation judiciaire.* GrC 21 mai. F. o. No. 41. Recueil p. 125.

Für den ganzen Kanton wird nur noch ein Untersuchungsrichter gewählt, ferner ein Substitut, der Amtssitz in La Chaux-de-Fonds hat.

1187. Neuchâtel. *A portant modification de l'A concernant la répartition des attributions entre les présidents du tribunal du district de Neuchâtel.* CE 16 décembre. F. o. No. 101.

1188. Genève. *A législatif sur le non-remplacement d'un poste de juge au Tribunal de 1er instance.* GrC 12 novembre. F. o. No. 267. Recueil p. 135.

1189. Genève. *Loi modifiant, complétant ou abrogeant diverses dispositions de la loi sur l'organisation judicaire du 13 octobre 1920.* GrC 22 novembre. F. o. No. 276, 305. Recueil p. 144.

Hier sei von den zahlreichen Einzelbestimmungen lediglich auf die Zusammensetzung des Jugendgerichts verwiesen, das aus einem vorsitzenden Richter, der licencié en droit sein soll, und zwei Beisitzern besteht, von denen der eine Arzt, der andere Lehrer sein muss; auch Frauen sind als Beisitzerinnen wählbar. Sto

---

Schulen. Schulfürsorge. Lehrerbildung. Universität.

1190. Zürich. *Abänderung der VO vom 15. April 1937 zu den G über die Leistungen des Staates für das Volksschulwesen und die Besoldungen der Lehrer vom 2. Februar 1919 und 14. Juni 1936.* RR 23. Dezember. GS 36 S. 482.

1191. Bern. *Verwendung der Bundessubvention für die Primarschule.* GrRB 12. März. ABl Nr. 32. GS S. 14.

Verlängerung der Wirksamkeitsdauer des D vom 26. Februar 1931.

1192. Bern. *VO betreffend das Forschungsinstitut für Fremdenverkehr.* RR 2. September. ABl Nr. 71. GS S. 54.

Das Institut, dessen Aufgabe in der wissenschaftlichen Erforschung und Bearbeitung aller den Fremdenverkehr betreffenden volkswirtschaftlichen, betriebswirtschaftlichen und rechtlichen Fragen besteht, wird der juristischen Fakultät der Universität angegliedert.

1193. Bern. *Reglement für die Keramische Fachschule in Bern.* RR 16. Dezember. GS S. 133.

1194. Bern. *Reglement für die Schnitzlerschule Brienz.* RR 16. Dezember. GS S. 139.

1195. Glarus. *Abänderung von § 1 und § 18 des Reglements über die Fähigkeitsprüfungen der glarnerischen Primarlehrer.* RR 20. Juli 1939. Nachträge zum LB, 6. Heft S. 284.

1196. Zug. *Reglement über die Handelsdiplom- und Maturitätsprüfungen an den privaten Anstalten.* RR 25. September. GS XIV S. 407.

1197. Zug. *Reglement über den Erwerb des Diploms für Deutschlehrerinnen und für deutsche Sprache.* RR 30. September. GS XIV S. 427.

1198. Basel-Stadt. *Abänderung des Reglements für die Prüfung von Kandidaten des Lehramts an Primarschulen vom 3. Juli 1933.* Erziehungsrat 27. Januar. Vom RR genehmigt am 27. Juni. GS 39 S. 4.

Neue Umschreibung für das Fach: Heimatkunde.

1199. Basel-Stadt. *VO über die Zeugnisse und die Promotionen und Remotionen an den Primarschulen.* RR 4. Februar. GS 39 S. 5.

1200. Basel-Stadt. *Reglement für die Prüfung von Gewerbelehrerinnen.* Erziehungsrat 17. April. Vom RR genehmigt am 13. Mai. GS 39 S. 33.

1201. Basel-Stadt. *VO betreffend Erhebung des Kollegiengeldes an der Universität Basel.* RR 10. Oktober. KBl II Nr. 31.

1202. Basel-Stadt. *Abänderung der Ordnung für die Volkshochschulkurse an der Universität.* Erziehungsrat 8. Dezember. KBl II Nr. 49.

Entschädigung an auswärtige Vortragende.

1203. Basel-Stadt. *Abänderung der VO über die Zeugnisse und die Promotion und Remotion für das Mädchengymnasium Basel.* RR 19. Dezember. KBl II Nr. 51.

Zusatz zu § 7.

1204. Baselland. *Reglement betreffend die Schulzahnpflege.* RR 3. Januar. ABl I Nr. 2.

1205. Baselland. *Reglement für die amtlichen Lehrerkonferenzen und Arbeitsgruppen.* RR 3. Januar. ABl I Nr. 2.

1206. Baselland. *VO über die Schulinspektion und Schulprüfungen.* LR 10. Juli. ABl II Nr. 4.

1207. Baselland. *Reglement über die Schulinspektion.* RR 12. Dezember. ABl II Nr. 25.

1208. Solothurn. *Beschränkung der Aufnahme in die solothurnische Lehrerbildungsanstalt.* RR 14. März. GS 75 S. 206.

1209. Solothurn. *Reglement für den Abwartdienst in der alten Kantonsschule.* RR 22. November. GS 75 S. 332.

1210. Appenzell I.-Rh. *Maturitätsordnung für die Kantonsschule.* Landesschul-Kommission 14. Februar. Text separat erschienen.

1211. St. Gallen. *Kantonsschulordnung.* RR 21. Februar. GS XVII S. 102.

Einteilung der Schule in Gymnasium, Oberrealschule, die beide zur Maturität führen, und Handelsschule, die mit dem Handelsdiplom oder der Handelsmaturität endet. Voraussetzungen für Ein- und Austritt, Promotion usw.

1212. St. Gallen. *Regulativ über die Ausrichtung von kantonalen Steuer-Ausgleichsbeiträgen an Primarschulgemeinden.* RR 8. Juli. GS XVII S. 213.

1213. St. Gallen. *Ordnung für die wirtschaftswissenschaftliche Diplomprüfung an der Handels-Hochschule Sankt Gallen.* Hochschulrat 16. September, genehmigt vom RR am 24. Oktober. GS XVII S. 220.

1214. St. Gallen. *Ordnung für die Handelslehrerprüfung an der Handels-Hochschule St. Gallen.* Hochschulrat 16. September, vom RR genehmigt am 24. Oktober. GS XVII S. 231.

1215. St. Gallen. *VO über den Schularzt-Dienst.* RR 6. Dezember. GS XVII S. 261.

1216. Aargau. *SchulG.* GrR 20. November 1940. Volksabstimmung 18. Mai. GS XVI Nr. 57.

Das neue G, das nur noch 94 Paragraphen enthält und eigentlich als Schulverfassung angesprochen werden kann, ersetzt das alte, mehr als doppelt so umfangreiche SchulG aus dem Jahre 1865. An wichtigen Neuerungen enthält es die Umstellung der ehemaligen Bürgerschulen in Berufsschulen (im G Fortbildungsschulen genannt), womit die Möglichkeit der Schaffung von landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen gegeben ist. Ebenso wird eine Mädchenfortbildungsschule zur Erziehung von Hausfrauen und Müttern geschaffen. Fortbildungspflichtig sind grundsätzlich alle Jünglinge und Töchter bis zum 19. Altersjahr. Neu ist ferner die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, die Einführung des Schularztes und Schulzahnarztes und die Schülerversicherung. W. F.

1217. Aargau. *VVO zum SchulG vom 20. November 1940.* RR 19. Juli. GS XVI Nr. 58.

1218. Thurgau. *Abänderung des Reglementes für die Prüfung der Primarlehramtskandidaten vom 23. Dezember 1935.* RR 11. März. ABl Nr. 12.

Durchschnittsnote zum Bestehen der Prüfung.

1219. Vaud. *A ordonnant la perception d'une contribution extraordinaire des membres de la Caisse cantonale vaudoise d'assurance infantile en cas de maladie pour couvrir la part des déficits incombant aux parents.* CE 23 juillet. F. o. No. 59.

1220. Neuchâtel. *A concernant l'entrée en vigeur de la loi sur la prolongation de la scolarité obligatoire, du 17 mai 1939.* CE 24 juin. F. o. No. 51. Recueil p. 126.

1221. Neuchâtel. *A concernant l'institution de brevets de maîtres de pratique dans les écoles professionelles.* CE 4 juillet. Recueil p. 128.

1222. Neuchâtel. *Loi portant revision de l'article 42 de la loi sur l'enseignement primaire.* GrC 6 novembre. F. o. No. 90. Recueil p. 130.

Eintrittsalter in die Schule und Dauer des obligatorischen Unterrichts.

1223. Genève. *A modifiant l'article 3 du règlement sur la discipline en dehors de l'école et l'article 119 du règlement de l'enseignement primaire.* CE 3 octobre. Recueil p. 126.

Verbot des Besuches gewisser Veranstaltungen und der Benützung von Spielautomaten, die in öffentlichen Lokalen aufgestellt sind.

1224. Genève. *A ajoutant un article 68bis au règlement de l'enseignement primaire du 22 juillet 1936.* CE 10 octobre. Recueil p. 129.

Besoldungen. Taggelder.

1225. Zürich. *Kilometerentschädigung für die Medizinalbeamten.* RR 16. Januar. ABl S. 136.

Entschädigung von 40 Rappen je Kilometer bei Benutzung eigener Transportmittel.

1226. Zürich. *Aufhebung des Gehaltsabbaues beim staatlichen Personal.* KR 12. Mai. ABl S. 856. GS 36 S. 305.

1227. Zürich. *Ausrichtung von Teuerungszulagen an einen Teil des staatlichen Personals.* KR 12. Mai. ABl S. 857. GS 36 S. 306.

Zulage von 5% an die unteren Besoldungsklassen.

1228. Zürich. *Vollziehungsbestimmungen zu vorstehendem KRB.* RR 15. Mai. ABl S. 858. GS 36 S. 307.

1229. Zürich. *Besoldungen der Mitglieder des RR.* KR 19. Mai. ABl S. 896. GS 36 S. 334.

Fr. 16 800.— und Fr. 1200.— Zulage für den Präsidenten.

1230. Zürich. *Besoldungen der Mitglieder des Obergerichts.* KR 19. Mai. ABl S. 896. GS 36 S. 334.

Fr. 15 600.—.

1231. Zürich. *Ausrichtung von Kinderzulagen an einen Teil des staatlichen Personals.* KR 19. Mai. ABl S. 928. GS 36 S. 336.

1232. Zürich. *Vollziehungsbestimmungen zu vorstehendem KRB.* RR 29. Mai. ABl S. 929. GS 36 S. 337.

1233. Zürich. *Regulativ über die Besoldungs- und Anstellungsverhältnisse der Handwerker und des Personals des Hausdienstes der Staatsverwaltung.* RR 17. Juli. ABl S. 1121. GS 36 S. 351.

1234. Bern. *D über die Gewährung von Teuerungszulagen an das Staatspersonal im Jahre 1941.* GrR 12. Mai. ABl Nr. 39. GS S. 17.

1235. Bern. *Regulativ betreffend die Reiseentschädigung der Beamten und Angestellten der Staatsverwaltung.* RR 6. Juni. ABl Nr. 47. GS S. 20.

1236. Bern. *G betreffend die Aufhebung der Besoldungsabzüge für die Lehrkräfte der Primar- und Mittelschulen.* GrR 9. Juni. Volksabstimmung 14. September. ABl Nr. 89 GS S. 58.

1237. Bern. *VO I betreffend die Taggelder und Reiseentschädigungen der Mitglieder staatlicher Kommissionen (Abänderung).* RR 14. November. ABl Nr. 93. GS S. 99.

1238. Bern. *VO II.* RR 14. November. ABl Nr. 93. GS S. 100.

Erhöhung der Taggelder.

1239. Bern. *VO über die Besoldungsabzüge des Staatspersonals während des Aktivdienstes.* RR 19. November. ABl Nr. 94. GS S. 104.

Entschädigung des Aushilfspersonals.

1240. Bern. *VO betreffend die Stellvertretung von Lehrkräften an den Primar- und Mittelschulen.* RR 4. Dezember. ABl Nr. 102. GS S. 106.

Erhöhung der Entschädigungen der Vertreter.

1241. Luzern. *Entschädigung der Gemeinderatskanzleien und Gemeindesteuerämter für ihre Arbeiten in Krisenabgabe- und Wehropfersachen und für den Schuldenausweis.* RRB 6. Januar. GS 12 S. 527.

1242. Luzern. *Entschädigung der mit der Lebensmittel- und Brennstoffrationierung beauftragten Gemeindebeamten.* RR 21. Januar. KBl Nr. 4. GS 12 S. 533.

1243. Luzern. *D über die Besoldungen der Regierungsräte, der administrativen und gerichtlichen Beamten und Angestellten des Staates, sowie der Lehrerschaft für die Jahre 1941—1945.* GrR 14. Mai. GS 12 S. 363.

1244. Luzern. *D über die Entschädigung der Bankbehörden und die Gehalte der Direktion und des Bankpersonals der Luzerner Kantonalbank.* GrR 14. Mai. GS 12 S. 394.

1245. Luzern. *D über die Ausrichtung von Kriegs-Teuerungszulagen für die Zeit vom 1. Juli 1941 bis 30. Juni 1942.* GrR 25. November. GS 12 S. 404.

Einmalige Zulage von Fr. 100.— bis Fr. 350.—, sofern der Lohn oder Gehalt Fr. 8000.— nicht übersteigt.

1246. Uri. *Abänderung von Art. 22 der VO über die Entschädigung der kantonalen Behörden und der Beamten und Angestellten vom 30. Mai 1923.* LR 26. Mai. ABl Nr. 25.

Taggelder.

1247. Uri. *Teuerungszulagen an das Staatspersonal.* RR 21. Juli. ABl Nr. 32.

1248. Uri. *Ausrichtung von Teuerungszulagen an die Lehrerschaft pro 1941.* Erziehungsrat 8. August. ABl Nr. 36.

1249. Schwyz. *Ausrichtung von Teuerungszulagen an das Personal der Staatsverwaltung pro 1941.* KR 22. Juli. ABl Nr. 33.

1250. Glarus. *Besoldung der Kriminal- und Polizeigerichtspräsidenten.* LRB 26. April. Nachträge zum LB 5. Heft S. 147.

Festsetzung der Besoldung.

1251. Zug. *Ausrichtung einer Teuerungszulage an die kantonalen Beamten und Angestellten pro 1940.* KR 26. Dezember 1940. ABl Nr. 1. GS XIV S. 363.

Einmalige Zulage von Fr. 100.— bis 300.—.

1252. Zug. *Besoldungen der kantonalen Beamten und Angestellten während des Aktivdienstes.* KR 6. März. ABl Nr. 11. GS XIV S. 377.

Abstufung nach den Familienlasten, Höchstbesoldung 90%.

1253. Zug. *G über die Verabfolgung von Teuerungszulagen.* KR 6. März. GS XIV S. 393.

1254. Zug. *Entschädigung an die gemeindlichen Organe bei Inventaraufnahmen für das Wehropfer und die Wehrsteuer.* RR 18. Juni. ABl Nr. 25.

1255. Fribourg. *A relatif au rajustement des traitements et salaires.* CE 25 avril. F. o. No. 19. GS 110 S. 33.

Aufhebung der noch bestehenden Gehaltskürzungen.

1256. Fribourg. *A relatif aux allocations de vie chère au personnel de l'Etat.* CE 28 octobre. F. o. No. 44. GS 110 S. 57.

Halbjährlich auszahlbare Teuerungszulagen.

1257. Solothurn. *Gehaltsbezüge der Aushilfsangestellten des Staates während der Dauer des Aktivdienstes.* RR 7. Januar. GS 75 S. 183.

1258. Solothurn. *Entschädigung für die staatlich anerkannten Feiertage der auf staatlichen Amtsstellen im Taglohn beschäftigten Aushilfsangestellten.* RR 12. Januar. GS 75 S. 189.

1259. Solothurn. *Taggeld der Bezirkskommissäre der landwirtschaftlichen Fachkommission.* RR 4. Februar. GS 75 S. 196.

1260. Solothurn. *Taggeld der Ersatzmänner vorstehender Kommissionen.* RR 27. Juni. GS 75 S. 240.

1261. Solothurn. *Heil- und Pflegeanstalt Rosegg; Ferienentschädigung für das interne Wart- und Dienstpersonal für den Nichtbezug der freien Station während den Ferienurlaubstagen.* RR 11. Februar. GS 75 S. 197.

1262. Solothurn. *Sitzungsgeld der kantonalen Dispensationskommission.* RR 18. April. GS 75 S. 218.

1263. Solothurn. *Gehaltsbezüge der Beamten und Angestellten des Staates während der Dauer des aktiven Dienstes; ledige Staatsfunktionäre mit Unterstützungspflicht.* RR 18. April. GS 75 S. 217.

Am 30. Dezember erliess der RR einen entsprechenden Beschluss für ledige Staatsfunktionäre ohne Unterstützungspflicht. GS 75 S. 384.

1264. Solothurn. *Dienstaltersehrungen und Dienstaltersgeschenke für Beamte und Angestellte des Staates.* RR 18. April. GS 75 S. 219.

Am 6. Juni erliess der RR einen weiteren Beschluss für die Staatsbannwarte. GS 75 S. 227.

1265. Solothurn. *Wohnungsentschädigung für die Angehörigen des kantonalen Polizeikorps.* RR 24. Juni. GS 75 S. 235.

1266. Solothurn. *Entschädigung an die Beamten und Angestellten des Staates für Benützung ihrer Privat-Automobile und -Motorräder zu Amtsreisen.* RR 3. Oktober. GS 75 S. 306.

Neufestsetzung der Kilometerentschädigungen.

1267. Solothurn. *G über das Staatspersonal.* KR 24. Oktober. Volksabstimmung 23. November. GS 75 S. 337.

Der Hauptinhalt des G bildet die Besoldungsrevision, durch die die bisher im Vergleich zu andern Kantonen sehr bescheidenen Gehälter der Staatsbediensteten eine angemessene Erhöhung erfahren. Gleichzeitig wurden einige früher schon diskutierte Neuerungen eingeführt: die Familienausgleichskasse, die aus Beiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gespiesen, zur Ausrichtung von Kinder- und Familienzulagen dient, die Ausdehnung der Unvereinbarkeit von Staatsstelle und Verwaltungsratsposten (bisher betraf dieses Verbot nur den RR), das Verbot von Nebenbeschäftigung und Doppelverdienertum, die Einführung einer Personalkommission und die gleitende Lohnskala.

1268. Solothurn. *VO über die Abstufung der Gehälter der Beamten und Angestellten des Staates.* RR 13. Dezember, vom KR genehmigt am 18. Dezember. GS 75 S. 372.

1269. Solothurn. *VO über die Altersgehaltzulagen an die Primar- und Bezirkslehrer und die Arbeitslehrerinnen sowie über den Grundgehalt der Arbeitslehrerinnen.* KR 18. Dezember. GS 75 S. 375.

1270. Solothurn. *Abänderung des Reglements für die Anstellung und Besoldung weiblicher Angestellter des Staates vom 12. Januar 1932.* RR 24. Dezember. GS 75 S. 381.

1271. Solothurn. *Lohntarif für die Zeughausarbeiter.* RR 27. Dezember. GS 75 S. 382.

1272. Solothurn. *Besoldung der solothurnischen Domsenatoren.* RR 30. Dezember. GS 75 S. 387.

1273. Solothurn. *VO über die Tag- und Sitzungsgelder und die Reiseentschädigungen.* RR 30. Dezember. GS 75 S. 387.

1274. Basel-Stadt. *Gewährung einer Kriegsteuerungszulage für die Zeit vom 1. März bis 31. Dezember 1941 an einen Teil des Personals der öffentlichen Verwaltung.* GrRB 5. Juni. GS 39 S. 64.

Zulage bis Fr. 210.— zuzüglich Fr. 80.— pro Kind.

1274*a*. Basel-Stadt. *VO über den Vollzug des vorstehenden GrRB.* RR 29. Juli. GS 39 S. 90.

1275. Basel-Stadt. *Ausrichtung von Reiseentschädigungen an im Militärdienst befindliche Mitglieder des Grossen Rates.* GrRB 19. Juni. GS 39 S. 80.

1276. Basel-Stadt. *Besoldungs-Reglement für das in Kriegsbetrieben oder mit kriegsbedingten Arbeiten bei der öffentlichen Verwaltung aushilfsweise beschäftigte Bureaupersonal.* RR 26. September. KBl II Nr. 27.

1277. Basel-Stadt. *Gewährung einer Kriegsteuerungszulage an das Personal der öffentlichen Verwaltung für das Jahr 1942.* GrRB 20. November. KBl II Nr. 43.

1278. Schaffhausen. *VO über die Besoldung der Sektionschefs.* RR 5. März. ABl Nr. 10.

1279. Schaffhausen. *VO betreffend Zuweisung von Teuerungszulagen für das Jahr 1941.* RR 23. Juli. ABl Nr. 30.

1280. Schaffhausen. *Zuweisung einer weiteren Teuerungszulage.* RR 20. November. ABl Nr. 47.

1281. St. Gallen. *Ausrichtung von Teuerungszulagen an das Staatspersonal.* RR 15. Oktober. Vom GrR genehmigt am 26. November. ABl Nr. 49.

1282. St. Gallen. *Ausrichtung von Teuerungszulagen an die Primar- und Sekundarschullehrer der öffentlichen Schulen.* GrR 26. November. ABl Nr. 49.

Nachträge aus dem Jahre 1940:

1283. Thurgau. *Besoldungsbezüge der aktivdiensttuenden staatlichen Funktionäre.* RRB 5. Februar. ABl Nr. 9.

Neben der Lohnausfallentschädigung wird eine Zulage von 10—20% in ländlichen Verhältnissen und von 15—25% des Normallohnes in halbstädtischen Verhältnissen gewährt.

1284. Thurgau. *Besoldungsbezüge der aktivdienstleistenden staatlichen Funktionäre.* RRB 13. März. ABl Nr. 16.

Aufhebung des vorstehenden B. Anwendbar sind nunmehr die für das Bundespersonal geltenden Bestimmungen.

1285. Ticino. *D leg. che regola il servizio, gli onorari, gli stipendi ed il soldo dei magistrati, funzionari, docente delle scuole secondarie, ed agenti della gendarmeria durante il servizio militare attivo.* GrC 10 gennaio. B. o. No. 1.

Abänderung des D leg. vom 13. November 1939, das bis Ende Januar in Kraft bleibt.

1286. Ticino. *D leg. che regola il servizio, gli onorari, etc.* GrC 20 febbraio. B. o. No. 9.

1287. Ticino. *D leg. regolante la questione dell'onorario per i docenti di scuole elementare che prestano servizio militare durante la mobilisazione.* GrC 20 febbraio. B. o. No. 9.

1288. Ticino. *D leg. concernente la riduzione dei compensi, gratificazioni ed assegni ai funzionari ed impiegati.* GrC 27 febbraio. B. o. No. 10.

Herabsetzung um 20%.

1289. Ticino. *D leg. concernente la riduzione delle diarie dei deputati al GrC e dei membri delle Commissioni speciali.* GrC 28 febbraio. B. o. No. 10.

Herabsetzung um 10%.

1290. Ticino. *D leg. modificante la legge sugli onorari (diarie e indennità di trasferta).* GrC 28 febbraio. B. o. No. 10.

Festsetzung der Taggelder und Reiseentschädigungen.

1291. Ticino. *D leg. concernente aggiunta al D leg. 28 febbraio sulle diarie e indennità di trasferta.* GrC 14 marzo. B. o. No. 12.

1292. Vaud. *A relatif aux traitements des magistrats, fonctionnaires, employés, aides et ouvriers de l'Etat en service actif.* CE 16 février. F. o. No. 15. Recueil p. 15.

Herabsetzung der Gehälter um 15—70%, Anrechnung des Soldes der Offiziere mit 10—40%.

1293. Vaud. *Loi réduisant, pour l'année 1941, les traitements et indemnités divers servis par l'Etat.* GrC 18 décembre. F. o. No. 104. Recueil p. 343.

Beibehaltung des im Jahre 1937 beschlossenen Abbaus.

1294. Vaud. *D sur l'octroi d'allocations exceptionnelles pour l'année 1941.* GrC 18 décembre. F. o. No. 104. Recueil p. 347.

Einmalige Zulage von Fr. 100.— für Verheiratete und Fr. 50.— für jedes Kind unter 18 Jahren, sofern das Einkommen Fr. 5000.— nicht übersteigt.

1295. Neuchâtel. *A concernant l'atténuation pour l'année 1940 de la réduction temporaire sur les traitements.* CE 16 janvier. F. o. No. 5.

Ermässigung des Abbaues um 2%.

1296. Neuchâtel. *A concernant les traitements des titulaires de fonctions publiques pendant le service actif.* CE 30 janvier. F. o. No. 10. Ratifié par le GrC le 21 mai. F. o. No. 42.

1297. Neuchâtel. *D portant, pour l'année 1941, la suppression de la réduction temporaire sur les traitements et atténuation de la réduction temporaire sur les indemnités.* GrC 19 novembre. F. o. No. 94.

1298. Genève. *Loi relative aux traitements du personnel mobilisé de l'Etat de Genève.* GrC 13 avril. F. o. No. 89, 117. Recueil p. 73.

Gewährung einer Besoldung von 35% (Ledige ohne Unterstützungspflicht) bis 100% (Verheiratete mit Unterstützungspflicht drei oder mehr Personen gegenüber), unter teilweiser Anrechnung des Soldes von Offizieren.

1299. Genève. *Loi prorogeant pour l'année 1941 et modifiant la loi du 15 décembre 1934, modifié le 6 décembre 1937, instituant une retenue temporaire sur les traitements des magistrats, fonctionnaires et employés cantonaux, y compris le personnel des établissements hospitaliers.* GrC 20 décembre. F. o. No. 302. Recueil p. 330.

1300. Genève. *Loi modifiant temporairement le régime des augmentations annuelles de traitement du personnel de l'Etat.* GrC 20 décembre. F. o. No. 302. Recueil p. 331.

Soweit der Lohn Fr. 5600.— übersteigt werden die Besoldungserhöhungen nur alle zwei Jahre vorgenommen.

Erlasse aus dem Jahre 1941:

1301. Thurgau. *Ausrichtung von Teuerungszulagen an Beamte und Angestellte des Staates, der Anstalten, der Bezirke und Kreise.* GrR 5. Juli. ABl Nr. 32. GS 19 S. 364.

1302. Thurgau. Abänderung des vorstehenden B. GrR 16. Dezember. ABl Nr. 59 GS 19 S. 365.

1303. Thurgau. *Ausrichtung von Teuerungszulagen an die Lehrer und Lehrerinnen der Primar- und Sekundarschulen sowie an die Arbeitslehrerinnen.* GrR 5. Juli. ABl Rr. 32. GS 19 S. 367.

1304. Thurgau. *Regulativ über die Besoldung des Jugendanwaltes.* GrR 6. Dezember. ABl Nr. 59. GS 19 S. 367.

1305. Ticino. *D leg. concernente gli onorari minimi dei segretari comunali e le indennità da accordarsi dal Cantone.* GrC 30 giugno — 7 luglio. B. o. No. 20.

1306. Ticino. *D leg. sull'indennità di caro-vita ai dipendenti dello Stato ed ai docenti delle scuole elementari.* GrC 18 luglio. B. o. No. 17.

Teuerungszulagen bis zu Fr. 250.— an die untern Besoldungsklassen.

1307. Ticino. *D leg. che estende il D leg. 18 luglio 1941 dell'indennità di caro-vita alle docenti degli asili infantili.* GrC 3 novembre. B. o. No. 28.

1308. Vaud. *A constituant les arondissements d'information pénale et fixant la rémunération des juges informateurs.* CE 9 mai. F. o. No. 38. Recueil p. 196.

16 Bezirke. Besoldungen Fr. 1000.— bis Fr. 11 500.—.

1309. Vaud. *Loi supprimant la réduction des traitements et indemnités divers servis par l'État.* GrC 2 septembre. Recueil p. 285.

1310. Vaud. *D sur l'octroi d'allocations exceptionnelles pour certaines catégories de traitements.* GrC 2 septembre. F. o. No. 74. Recueil p. 287.

Teuerungs- und Kinderzulagen der Besoldungsklassen unter Fr. 6000.—.

1311. Vaud. *D sur l'octroi d'allocations exceptionnelles au personnel de l'État pour l'année 1942.* GrC 10 décembre. F. o. No. 101. Recueil p. 435.

1312. Vaud. *A d'application du D précité.* CE 19 décembre. F. o. No. 103.

1313. Vaud. *A concernant les tribunaux de district, la Chambre pénale des mineurs et l'office du juge d'instruction.* CE 16 décembre. F. o. No. 102. Recueil p. 441.

Besoldungen.

1314. Vaud. *A concernant les juges et les justices de paix.* CE 16 décembre. F. o. No. 102. Recueil p. 450.

Besoldungen.

1315. Vaud. *A concernant le personnel des asiles d'aliénés de Cery et de la Rosière.* CE 23 décembre. F. o. No. 103. Recueil p. 512.

Besoldungen.

1316. Neuchâtel. *A portant modification de l'A fixant le tableau des fonctionnaires de l'État et la classe de traitement de chacun d'eux.* CE 21 janvier. Recueil p. 87.

1317. Neuchâtel. *A concernant le versement d'allocations de renchérissement pour le second semestre 1941.* CE 24 juin. F. o. No. 50.

1318. Genève. *Loi prorogeant pour l'année 1941 et modifiant la loi du 15 décembre 1934, instituant une retenue temporaire sur le traitement des magistrats, fonctionnaires et employés cantonaux, y compris le personnel des établissements hospitaliers.* GrC 20 décembre 1940. F. o. No. 23. Recueil p. 178.

Verlängerung der Gültigkeitsdauer des G vom 15. Dezember 1934 unter Gewährung von Kinderzulagen.

1319. Genève. *Loi modifiant temporairement le régime des augmentations annuelles de traitement du personnel de l'État.* GrC 20 décembre 1940. F. o. No. 23.

Bei Besoldungen von über Fr. 5600.— finden die ordentlichen Gehaltserhöhungen nur jedes zweite Jahr statt. Das G ist befristet bis 1944.

1320. Genève. *A relatif aux soins médicaux des fonctionnaires de police.* CE 11 février. Recueil p. 17.

Lohnzahlung während der Dauer einer Krankheit.

1321. Genève. *Loi modifiant temporairement la loi du 20 décembre 1940 relative à la retenue sur le traitement des magistrats, fonctionnaires et employés cantonaux, y compris le personnel temporaire et des établissements hospitaliers.* GrC 16 juillet. F. o. No. 170, 200. Recueil p. 91.

Teuerungszulagen.

Gebühren. Taxen.

1322. Luzern. *Bezug von Gebühren durch das kantonale Amt für Kraft und Wärme.* RR 6. März. KBl Nr. 10. GS 12 S. 535.

1323. Obwalden. Gebührentarif für die Errichtung des *Verlassenschaftsinventars für das eidgenössische Wehropfer und die eidgenössische Wehrsteuer.* RR 6. August. ABl Nr. 33.

1324. Zug. *Gebührentarif im Grundbuchwesen.* KR 6. November. GS XIV S. 441.

1325. Fribourg. *A concernant le tarif des indemnités dues aux inspecteurs du bétail.* CE 4 avril. F. o. No. 15. GS 110 S. 27.

1326. Fribourg. *Tarif des émoluments et taxes en matière de police des étrangers.* CE 15 avril. F. o. No. 17. GS 110 S. 29.

1327. Fribourg. *A modifiant partiellement le tarif des émoluments des juges de paix, de leurs greffiers et de leurs huissiers.* CE 10 novembre. F. o. No. 46. GS 110 S. 60.

Gebühren in Erbschaftssachen.

1328. Solothurn. *Gebührentarif.* RR 17. Dezember 1940, vom KR genehmigt am 16. Juli 1941. GS 75 S. 247.

Der Tarif umfasst sämtliche Gebühren für amtliche Verrichtungen mit Einschluss der Gerichtsgebühren.

1329. Solothurn. *Abänderung.* RR 21. Juli. GS 75 S. 284.

1330. Solothurn. *Abänderung von § 71, lit. a.* RR 16. September. GS 75 S. 302.

1331. Solothurn. *VO über den Erlass der Gebühren beim Landabtausch zum Zwecke der Abrundung landwirtschaftlicher Betriebe.* RR 21. März. ABl Nr. 13. GS 75 S. 210.

1332. Solothurn. *Abänderung des Gebührentarifs für amtliche Funktionen der Tierärzte vom 28. Dezember 1934.* RR 11. November. GS 75 S. 324.

1333. Appenzell I.-Rh. *Gebührenordnung für amtliche Verrichtungen der Tierärzte.* Standeskommission 26. April. Text separat erschienen.

1334. Aargau. *Abänderung der VVO vom 8. Juni 1935 zum BG über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer vom 26. März 1931 und zur VVO des BR vom 5. Mai 1933.* RR 18. April. GS XVI Nr. 51.

Gebühren.

1335. Thurgau. *Abänderung der FremdenpolizeiVO vom 25. März 1935.* RR 24. März. ABl Nr. 15. GS 19 S. 35.

Aenderung der Gebühren auf die vom Bund festgesetzten Maxima.

1336. Vaud. *A fixant les émoluments à percevoir pour les actes et décisions émanant du CE, de la Chancellerie d'Etat ou des départements.* CE 10 janvier. F. o. No. 4. Recueil p. 6.

1337. Vaud. *A fixant un émolument pour les enquêtes prévues par l'article 28 de la loi du 18 mai 1911 sur l'organisation de l'état civil.* CE 29 septembre. F. o. No. 86. Recueil p. 313.

1338. Vaud. *Tarif des émoluments et des indemnités en matière judiciaire civile.* CE 10 octobre. Recueil p. 315.

1339. Vaud. *Tarif des émoluments et des indemnités en matière judiciaire pénale.* CE 16 décembre. F. o. No. 102. Recueil p. 453.

1340. Wallis. *Gebührentarif für die mit der Inventaraufnahme und Siegelung betrauten Organe.* StR 3. Juni. ABl Nr. 24.

Bei Inventuren und Siegelungen für Wehropfer und Wehrsteuer beziehen die damit betrauten Organe Fr. 2.50 für die erste und Fr. 1.50 für jede weitere Stunde, ferner Reiseentschädigungen. Die Kostenrechnung wird halbjährlich durch das Finanzdepartement beglichen.

1341. Wallis. *Abänderung der Gebühren der Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen für Ausländer.* StR 5. Dezember. ABl Nr. 51.

Anpassung an den BRB vom 7. März 1941.

1342. Neuchâtel. *Décision portant modification du tarif, du 16 novembre 1934, des émoluments et taxes en matière d'établissements et de séjour des étrangers.* Département de la Police 28 avril. F. o. No. 34. Recueil p. 111.

Anpassung an den BRB vom 7. März 1941.

Nachträge aus dem Jahre 1940:

1343. Genève. *A fixant les émoluments à percevoir par le Département du travail, de l'hygiène et de l'assistance publique.* CE 2 avril. F. o. No. 79. Recueil p. 58.

1344. Genève. *A modifiant les émoluments administratifs prévus dans le règlement de la loi sur les professions médicales et auxiliaires.* CE 2 avril. F. o. No. 79. Recueil p. 59.

Erlasse aus dem Jahre 1941:

1345. Genève. *A fixant les émoluments administratifs pour l'accompagnement par la police de transports dont la charge dépasse les normes de la loi fédérale sur la circulation des automobiles et des cycles.* CE 14 février. F. o. No. 42 Recueil p. 21.

1346. Genève. *A relatif aux émoluments perçus par l'Office vétérinaire cantonal.* CE 30 mai. F. o. No. 127. Recueil p. 73.

1347. Genève. *A ajoutant un article 78bis au tarif des droits et redevances pour les occupations et utilisations du domaine public du 10 juin 1932.* CE 7 juin. No. 133. Recueil p. 74.

Gebühr bei Beanspruchung der Landstrassen auserhalb von Dörfern.